

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 43.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 31. Oktober 1917.

Inhaltsangabe: Preßstimmen zur Kosciuszko-Feier. S. 1763—1772. — Inland: Zur inneren Krisis. S. 1772—1775. — Der deutsch-polnische Klub. S. 1775. — Warnung vor Spionen. S. 1776. — Gewerbliches. S. 1777—1778. — Befestigtes Gebiet: Der Regenschaftrath. S. 1779—1789. — Die evangelische Kirche im Königreich. S. 1789. — Litauisches. S. 1790—1791. — Kriegshilfe für Polen. S. 1792. — Ausland: Die Freiheit der Meere. S. 1793. — Die deutsche Herrschaft in Galizien. S. 1794. — Telegramm des Wiener Polentklubs an den Regenschaftrath. S. 1794. — Regionenangelegenheiten und Nachenschaften des Obersten Nationalkomitees. S. 1795—1799. — Die nationale Rechte. S. 1799. — Die Entente und die Passivisten. S. 1800. — Gegen Dmowski. S. 1800. — Das polnische Heer in Rußland. S. 1801.

Preßstimmen zur Kosciuszko-Feier.

Aus Nr. 237 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1917.

Eine Ehrung Kosciuskos in Posen.

Posen feierte gestern im Festschmuck den hundertsten Todestag Kosciuskos. Es herrschte in der Stadt eine gehobene Stimmung. Überall offenbarte sich Harmonie der Herzen — vom Salon bis zur Dachstube. — Unsere Stadt fühlte sich unter den Eindrücken der Erinnerungen an den erhabenen Namen unseres großen Nationalhelden wiederum als die traditionelle Hauptstadt Großpolens. Sie fühlte sich als die Residenz des polnischen Geistes und des polnischen Gedankens in unserem Landesteil. Sie erinnerte sich an ihre königliche Vergangenheit und ehrte deswegen auch in einer königlichen Weise das Andenken unseres Nationalhelden, der die Personifizierung des lebendigen, kämpfenden, unbezwingbaren und unvergänglichen Polens war.

Der Himmel erwies sich nach dem Regen, der die ganze Woche hindurch angehalten hatte, gnädig. Die Herbstsonne warf ihre weißlich goldenen Strahlen auf die Erde. Sie umrahmte mit hellem Schein die Wipfel der Bäume, die in der Farbenpracht des Herbstes erglänzten. Ihr freundliches Angesicht spiegelte sich in den Fensterscheiben ab und glitt lächelnd an den aufgestellten Bildern, an den farbigen Festbildchen und an den weiß-roten Fahnen und Fähnchen herab, die von dem gelinden Hauch des Windes hin und hergetrieben wurden. Und solcher Fahnen und Fähnchen gab es genug. Trotz allerlei Schwierigkeiten nämlich und trotz des Mangels an entsprechenden Stoffen konnte man bald hier, bald dort unsere Standarten in Nationalfarben erblicken, die dem polnischen Herzen so teuer sind. Und das Auge betrachtete mit Genugthuung dieses lebendige, helle Farbenspiel, das für einen Augenblick die düstere Tagesarbeit unserer Zeit vergessen ließ.

Schon der innere Herzensdrang riß alle dazu hin, das Andenken unseres Diktators in einer sichtbaren Weise gemeinsam zu ehren. Kaufleute und Handwerker,

die Intelligenz und des Volkes breite Massen, Alt und Jung, — alle wetteiferten miteinander, um unserem Nationalhelden ihre von Herzen kommende Huldigung darzubringen. In den Hauptstraßen lenkten die Aufmerksamkeit der Menge die schönen, künstlerischen Dekorationen der Schaufenster und Balkons auf sich. Aber einen viel tieferen Eindruck von der Feier gewannen alle diejenigen, welche in die von unseren kleinen Leuten bewohnten Stadtteile kamen. Ihr Blick konnte sich dort an der Farbenpracht von Hunderten von Fahnen, Standarten, Festbildern und weißen Adlern auf rotem Grunde ergözen, die gar oft unter dem Aufwand sehr bescheidener Mittel eigenhändig angefertigt waren. Der Zuschauer konnte hier ebenso in den armen, niedrigen Kellerfenstern, wie in den Mansarden hoch unter dem Dach sinnige Ausschmückungen sehen, die den besten Beweis dafür abgaben, wie tief die Verehrung des Helden von Racławice in den Herzen der breitesten Volksmassen Wurzel gefaßt hat. Gegen Abend veranstaltete die Bevölkerung auf der Wallischei und in der Schrodka ganz spontan noch eine Illumination. Die Lichter, die an diesem Abend zu Ehren Kosciuskos dort brannten, legen ein unvergängliches Zeugnis davon ab, welchen Reiz und welche Gewalt gerade die Kosciuszko-Legende auf die Gemüter der einfachsten Leute ausübt. Gestern hat in Posen also vor allem das polnische Volk seinem Führer eine würdige und tief empfundene Huldigung dargebracht.

Die gestrige Feier erhielt auch ihre traditionelle kirchliche Weihe durch einen Festgottesdienst in der altertümlichen Pfarrkirche. Durch eine solche Weihe erhalten unsere Nationalfeiern zugleich das ehrwürdige Gepräge eines religiösen Festes. — Abends fand eine Festvorstellung im Theater statt. Es versammelten sich dort die Vertreter aller Volksschichten aus der Stadt und aus der Provinz, um auch in dem Tempel der Kunst den Mänen unseres Nationalhelden zu huldigen.

Die ganze Feier des gestrigen Tages war wirklich eine wunderschöne Kundgebung der tiefsten Verehrung, die Posen dem Verfechter unserer Freiheit gezollt hat. Die polnische Bevölkerung in unserer Stadt durfte auch an diesem Tage zum ersten Mal nach vielen Jahren ihre nationalen Ideale und ihre Hoffnungen nach außen

zum Ausdruck bringen. Deswegen wird die Erinnerung an diesen Tag noch viele Jahre in den Herzen aller leben.

Man darf jedoch hierbei das eine nicht vergessen, daß durch äußere Kundgebungen unserer nationalen Empfindungen die Reihe unserer Aufgaben und Pflichten noch nicht erschöpft wird, selbst wenn die Form dieser Kundgebungen noch so schön wäre. Nach der Begeisterung des gestrigen Festtages werden nämlich wiederum Tage der Arbeit, der Anstrengung und der Mühsal kommen. Deswegen wird die gestrige Feier erst dann einen ständigen Wert haben, wenn wir durch sie eine Anregung nicht etwa zu neuen festlichen Veranstaltungen und Demonstrationen, sondern zu einem treuen und beharrlichen Dienste zum Heile unseres geliebten Vaterlandes erhalten.

Wir waren bis dahin wahrlich der Gefahr einer Sucht nach Feiern nicht ausgesetzt, wie wir sie in den zahlreichen schönen und farbenreichen, aber dem Geiste gar oft toten Feiern und Festlichkeiten in Galizien finden. Die harte Schule unseres Lebens bewahrt uns nämlich davor, das Wesen unseres Patriotismus darin zu suchen, daß wir uns mit „Pfauensfedern“ schmücken. Deswegen war auch das, was sich gestern bei uns in den nationalen Symbolen und Emblemen offenbart hat, wirklich eine mächtige Kundgebung der lange unterdrückten Gefühle. Ein solcher Strom lebender Kraft muß auch uns bei unserer harten Arbeit in der nationalen Verisstätte erfrischen. Aber wir sind überzeugt, daß unsere Volksgemeinschaft bereits eingesehen hat, daß festliche Stimmungen im Grunde genommen doch nur vorübergehend sind, wenn sie nicht dazu beitragen, die Gesamtseele des Volkes tatsächlich zu bereichern. Wer also nur Äußerlichkeiten nachgeht, der lenkt den Strom des nationalen Lebens auf seichte Stellen. Wir wollen deshalb auch danach trachten, daß das, was wir gestern erlebt haben, nicht wie ein hübsches, momentan von einer bengalischen Flamme beleuchtetes Schauspiel vergehe, sondern daß es zu einer Quelle sich gestalte, aus welcher der Geist unseres Volkes, erfrischt und neu belebt, neue Kraft und einen kräftigen Ansporn zur Verwirklichung unserer großen Ideale schöpfen kann.

Aus Nr. 236 des Kraj (Posen)
vom 17. Oktober 1917.

Die Kosciuszko-Feier in Posen.

Der verflossene Sonntag und Montag werden sich dem Gedächtnis der Bewohner von Posen und der zahlreichen, von nah und weit Zugereisten tief einprägen, die in die Stadt Przemyslaw geeilt waren, um hier gemeinschaftlich mit ganz Polen dem Helden im Bauernkittel ihre Huldigung darzubringen.

Das heutige Geschlecht erinnert sich dessen nicht, Posen in solchem Gewande gesehen zu haben. Alle diejenigen, die in den Tagen der Furcht und Trauer nach Kraßau geeilt waren, um dort gelegentlich nationaler Feiern den Geist zu stärken, begrüßten den über uns aufgehenden Morgenstern der Freiheit mit Dankbarkeit und tiefer Rührung.

Die Kosciuszko-Feier in Posen liefert den besten Beweis dafür, daß bei uns tatsächlich eine andere Strömung entstanden ist. Denn kein vernünftiger Mensch wird dem Klatsch Glauben schenken, — daß die preussischen Behörden solche Feiern erlaubt hätten, weil — die Schwäche und das verlorene Spiel der Deutschen sie zu Zugeständnissen zwängen.

Davon aber abgesehen hatte Posen ein polnisches Aussehen angenommen und war gestern der Schauplatz erhebender nationaler Gefühle. Zugleich hat es den Beweis dafür erbracht, daß hier polnisch-nationale Feiern stattfinden können, ohne die öffentliche Ruhe zu stören.

Was bedeuten diese Illuminationen? Was ist das für eine Feier? fragte mancher aus der Provinz, der in unsere Hauptstadt gekommen war, oder ein von den Menschen entfernt wohnendes Aschenbrödel, das sich um nichts kümmert! Die Antwort hierauf war eine einmütige. Das betrifft Kosciuszko, unsern Thaddäus!

Ja, Kosciuszko! Durch seine Heldentat, und seine unbegrenzte Vaterlandsliebe hat er es verdient, daß ihn die Kinder des ganzen Vaterlandes — ohne Ausnahme lieben und ehren. Deshalb war auch Posen seit Menschengedenken noch niemals so geschmückt wie zur Zeit der Kosciuszko-Feier.

Schon seit zwei Wochen hatten sich die Kaufleute der Ausschmückung der Schaufenster angenommen, und unsere Stadt nahm ein immer schöneres Gewand an. Nach so vielen Jahren der Bedrückung und der Sklaverei haben wir das freie und furchtlose Geflatter und Rauschen des wehenden polnischen Adlers gehört. Kein Wunder also, daß unsere Herzen voll Freude waren und wir den Tag mit Ungebuld erwarteten, an dem die eigentliche Kosciuszko-Feier beginnen sollte. Und wir haben sie erlebt!

Zum Schluß bemerkt der „Kraj“ zu der von dem Abgeordneten, Pfarrer Dzięcki aus Bnin in der hiesigen Pfarrkirche gehaltenen Rede:

Seine Worte waren rührend und schön und zählten alle Vorzüge unseres Helden auf, dessen Lebensziel die Liebe und der Dienst des Vaterlandes war. Deshalb forderte der Redner zum Schluß seiner Rede mit Recht das Gelübde, dem Beispiel Kosciuszkos zu folgen und unser Vaterland, dessen Freiheit nach hundertjähriger Sklaverei zu dämmern beginnt, immer mehr mit heißem Herzen zu lieben. Verflucht soll der sein, der sein Vaterland, seine Mutter vergift, der er nicht nur das Leben, sondern auch alles, was er besitzt, verdankt, — diese Mutter aber trotzdem vergessen oder gar verraten sollte! Zum Beschluß der kirchlichen Feier wurde das Lied „Boże coś Polskę“ (Gott der du Polen) gesungen.

Aus Nr. 315 der Gazeta Narodowa (Posen)

vom 21. Oktober 1917.

Nachtlänge.

Wir erhalten eine Reihe von Betrachtungen von seiten eines Verfassers, der nicht genannt werden will. Weil diese Betrachtungen viel Wahres und Richtiges enthalten, so nehmen wir keinen Anstand, sie hier zu veröffentlichen, obwohl sie bitter und schmerzlich sind. Die Einleitung, die für die Redaktion bestimmt ist, übergeben wir und beginnen mit der Sache selbst.

Aus ganz Polen gehen uns Nachrichten zu über die Huldigungen, die unserem Helden aus der vergangenen Zeit gebracht wurden, sowie über die verschiedene Art, in der diese Huldigungen stattgefunden haben.

Unwillkürlich drängt sich uns hierbei ein Vergleich mit dem auf, was wir selbst hier in Posen in dieser Richtung geleistet haben. Und da müssen wir — leider — gestehen, daß von unserer Seite zu wenig geschehen ist.

Es wird selbstverständlich niemand leugnen wollen, daß die Festvorstellung in unserem Theater einen erhebenden Charakter hatte. Ebenso wenig können zwei Meinungen darüber bestehen, daß der Festgottesdienst am folgenden Tage würdevoll war und daß die Stadt an diesem Tage einen echt nationalen schönen Anblick bot. Man darf aber trotzdem die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß diese Nationalfeier in keiner Hinsicht verständnisvoll und genügend ausgenutzt wurde. Sie wurde nämlich mit den kulturellen Zwecken unseres Volkes weder moralisch, noch materiell in einen richtigen Zusammenhang gebracht.

Ich werde mich bald deutlicher erklären. Zunächst will ich aber hier als Beispiel Warschau, Lublin, Kraßau

und Lemberg anführen. Ich will sofort auch den Einwand widerlegen, daß diese Städte unter günstigeren Bedingungen arbeiten. Das ist nämlich nur scheinbar der Fall, denn während des Krieges waltet die Zensur doch überall. Die Mängel in unseren Vorbereitungen lassen sich auch dann nicht entschuldigen, wenn wir die lokalen Verhältnisse — selbst in dem weitesten Umfange — berücksichtigen.

Wir wollen jetzt mit einer Tatsache anfangen, die von nur geringer Bedeutung ist. Es wurden nämlich für das gegenwärtige Nationalfest nur 30 000 Festbilder gedruckt, während an dem hundertjährigen Geburtstag Slowakis über 150 000 solcher Festbilder verteilt wurden. Daran war jetzt nicht der Mangel an Papier schuld, denn die Firma, von der diese Bilder hergestellt wurden, war bereit, noch mehr Bilder zu drucken. Aber selbst diese 30 000 Bilder konnte man nicht in allen Papier- und Galanteriewarenhandlungen erhalten. Man mußte sie besonders in dem Büro des Nationalrates suchen, der übrigens schon nach kurzer Zeit erklärte, daß der Vorrat erschöpft sei! Man hätte diese Bilder ganz einfach in der ganzen Stadt, ja, sogar im ganzen Lande verteilen sollen. Man hätte sie sogar mit einem Zuschlag verkaufen und auf diese Weise den Kosciuszkofonds vergrößern können.

Es hat weiter kein Mensch an das Verkaufen von Festfokarden gedacht. Deshalb haben die Leute und sogar die Kinder solche Fokarden selbst, und zwar oft in einer sinnigen Form fabriziert, denn der geringe Vorrat, über den eine der hiesigen Firmen verfügte, hatte sich bald erschöpft. Sogar die rot-weißen Bändchen, die sich nach einigen kleinen jüdischen Geschäften verirrt haben, wurden sofort vergriffen. Wenn sich ein Kreis von Damen oder Mädchen (auch Scouts) gefunden hätte, der am Sonntag an das Publikum im Theater und am Montag an die Volksmenge vor der Pfarrkirche oder auch sonst an die Passanten in den Straßen solche Abzeichen verkauft hätte, so hätte man wohl niemanden in der Stadt ohne eine karmoisinrote Fokarde gesehen, und die Kasse des Nationalrates wäre dann um viele Markstücke, die man für solche Fokarden eingenommen hätte, bereichert worden. Wenn ... Aber der Pöbel wird erst durch den Schaden klug. Leider! Man hätte die Sache nur richtig organisieren sollen, d. h. man hätte davon natürlich auch die Behörden in Kenntnis setzen müssen.

Jetzt komme ich zu einer wichtigeren Frage. Ich weiß nicht, wer eigentlich mit der Wahl eines entsprechenden Theatersstückes für die Festvorstellung im Theater beauftragt wurde. Ich bin aber der Ansicht, — und derselben Ansicht ist auch unsere öffentliche Meinung, — daß über eine solche Wahl ausschließlich das ausführende Komitee zu bestimmen hatte. Wenn jedoch das Komitee für diese Wahl nicht gesorgt hat, so trägt es die Verantwortung für alle Mängel und Mißgriffe in dieser Hinsicht. Es trägt mit einem Worte die Verantwortung für alles, was nachher geschehen ist.

Und es ist Folgendes geschehen. Es wurde ein ganz minderwertiges Stück aufgeführt, das mit Recht seit vielen Jahren in Vergessenheit geraten war. Eine in jeder Hinsicht erbärmliche Schöpfung. Zwei Akte mußten gestrichen werden, um den Zweck der Vorstellung nicht ganz zu verunglimpfen. Sonst wurde ein ganzer Wust von Ungereimtheiten produziert, die den Stempel einer Alltagsvorstellung trugen. Die Darstellung unseres großen Führers war geradezu karikaturartig. Sie war anscheinend darauf berechnet, den Massen ein Gelegenheitschauspiel zu bieten.

Der „patriotischen“, übrigens sehr banalen Momente wegen, die in der Mitte des Stückes vorkommen, mußte man einen geradezu widerlichen Anfang, in dem die Person unseres Diktators beinahe herabgesetzt wurde, und ebenso ein so pessimistisches Ende herunter-schlucken, daß es geradezu niederdrückend wirkte.

Und das alles nur deswegen, weil man an die Sache nicht rechtzeitig gedacht oder aber sie ungeeigneten Händen anvertraut hat.

Bleiben wir jedoch noch bei der Festvorstellung im Theater. Ich weiß nicht, ob und wie oft man vorher die Gruppierung des lebenden Bildes geprüft hat. Das weiß ich aber, daß dieses Bild wirklich nicht vorbereitet war. Denn abgesehen davon, daß das Publikum eine halbe Stunde warten mußte, bis der Vorhang sich endlich hob, war die Gruppierung selbst nur wenig künstlerisch. Denn die Aufstellung der einzelnen Gruppen trat garnicht deutlich genug hervor, und infolgedessen wurde auch die Hauptperson in den Hintergrund gerückt.

Das ausführende Komitee hätte sich außerdem mit der geistlichen Behörde dahin verständigen sollen, daß an dem Nationalfeste ebenfalls in den anderen Pfarrgemeinden eine ganze Reihe von Festgottesdiensten mit Festpredigt abgehalten werde.

Wenn man nämlich den hundertsten Todestag Kosciuszko als ein Nationalfest angekündigt und für einen arbeitslosen Tag erklärt hat, so mußte man zugleich den feiernden Massen auch etwas bieten, was diesen Tag ausfüllen konnte. Man hätte selbstverständlich mit einem Festgottesdienst anfangen und vielleicht auch mit einem Gottesdienst, etwa mit einer Rosenkranzandacht mit Aussetzung des Allerheiligsten schließen können. Ich bin überzeugt, daß unsere willige und auch selbst tätige Geistlichkeit für einen solchen Gedanken leicht zu gewinnen gewesen wäre. Dadurch hätte man aber einen so gewaltigen Andrang nach der Pfarrkirche vermieden und zugleich verhindert, daß ganze Massen dem Gottesdienst überhaupt nicht beiwohnten und deswegen auch nirgends beteten.

Aber selbst nachmittags und am Abend war an diesem Tage unser Volk mit Ausnahme jenes Bruchteils, der ins Theater kam, auf Nichtstun angewiesen. Hätte man da nicht in zehn Mittelpunkt der Stadt volkstümliche Vorlesungen über Kosciuszko oder entsprechende Festvorstellungen organisieren können? Die Ausführung eines solchen Planes hätten ja die Gesangs- oder anderen Vereine übernehmen können, aber die Anregung hierzu hätte von dem Festkomitee ausgehen müssen. Und da möge mir keiner sagen, daß es in Polen keine genügende Zahl von Vortragenden gebe. Ich könnte schon selbst ohne weiteres Nachdenken mindestens hundert solche Männer, Geistliche, Ärzte, Rechtsanwälte und vor allem Journalisten nennen, die zur öffentlichen Arbeit berufen sind, die eine solche Arbeit gut verrichten und sich von ihr niemals zurückgezogen haben. Allerdings hätte man in dieser Hinsicht nicht parteilich vorgehen, sondern in einem jeden Vortragenden nur den Polen sehen sollen, der nach Kräften und nach Möglichkeit der guten und uns allen so teuren Sache dienen möchte.

Wenn man ähnliche Feiern in allen Stadtteilen veranstaltet hätte, so hätte man auch mit Leichtigkeit irgend eine Broschüre über das Leben und die Taten Kosciuszko unter die Teilnehmer verteilen können. Eine solche Broschüre hätte man aber schon vor einem halben Jahre in einem ehrlichen echt-polnischen Geiste schreiben und dann in Tausenden von Exemplaren im ganzen Lande, in den Hütten sowohl als auch in den Palästen, verbreiten sollen.

Aber das Nationalfest ist vorübergegangen, und auch sein Widerhall ist bereits verklungen, ohne daß das polnische Volk irgend ein dauerndes Andenken für sich behalten hätte.

Am Jubiläumstage unseres Sieges vor Wien — im Jahre 1883 — hatten wir weder einen Nationalrat noch so viele andere Organisationen, und trotzdem drangen damals in jedes Dorf und in jedes Städtchen irgendeine Denkmünze, ein Portrait, eine Jubiläumsmedaille und auch ein Vortragender. Es wurde damals mit

einem Worte das ganze Volk aufgeklärt, und deswegen empfand es freudig die Bedeutung dieses Tages.

Ich erinnere mich noch, wie ich mich selbst an dieser Feier in einem ziemlich verlassenem Winkel unserer Provinz beteiligte. Die Feier fand in dem Schuppen einer Ziegelei statt. Der Schuppen konnte kaum alle Leute fassen, die sich an ihr beteiligen wollten. Jeder Teilnehmer bekam eine Broschüre, ein Porträt oder eine Medaille mit dem Bildnis unseres Helden.

Der Mangel an einer Organisation am Todestage Kosciuszkos zeigte sich weiter noch darin, daß man diejenigen sich selbst überlassen hat, die man in erster Linie in Obhut hätte nehmen müssen, nämlich die breiten Massen unseres Volkes und unsere Jugend. Sie wurden von niemandem geführt, kontrolliert und beaufsichtigt. — Es hätte deshalb auch von unserer Seite, wenn wir jetzt schon nicht so geschult wären, sogar zu einer Katastrophe kommen können.

Eines unserer Blätter suchte, wie ich gelesen habe, die Eltern für die unüberlegten Handlungen, die von ihren Kindern an diesem Tage verübt wurden, verantwortlich zu machen. In moralischer Hinsicht waren aber am 15. d. M. Vertreter der Eltern die ausführenden Faktoren des Festkomitees. Sie hätten es wenigstens sein sollen. Sie hätten die ganze Feier in der Weise organisieren müssen, daß alle genügend geistige Nahrung für sich fanden und daß allen Herzen eine freudige Genugtuung dadurch geboten wurde, daß sie an der Hebung der feierlichen Stimmung auch selbst mitwirken durften. Wenn aber das letztere sich als unmöglich erwiesen hätte, so hätte man allen wenigstens solche Eindrücke bieten sollen, die sich aus Predigten, Vorträgen, Gesangsaufführungen, Deklamationen usw. ergeben.

Indessen durfte sich nur ein Teil an dem Festprogramm dieses Tages erfreuen. Die breiten Massen waren, wenn ich mich so ausdrücken darf, nur auf das Faulenzen angewiesen. Es wäre auch kein Wunder gewesen, wenn sie sich selbst Lust gemacht hätten in weniger erwünschten Kundgebungen, die beinahe zu einer Katastrophe geführt hätten. Die Massen auf die Straße zu bringen — ist nicht schwer; aber durchzuführen, daß sie eine ernste Haltung bewahren, wo das Herz überschäumt, und ein würdevolles Schweigen, wo aus dem Munde der Schrei des Protestes sich erhebt, — das ist eine Kunst und . . . ein Verdienst.

Nach den Vorbeeren der Initiative zu greifen und sich dieser Vorbeeren zu rühmen — mag ja schmeichelt und anregend für die Eigenliebe sein; aber sein Vorhaben bis in die kleinsten Einzelheiten durchzuführen, es organisch auszubauen, zu vollenden und bis zum Ende zu überwachen, daß ist die richtige Mühwaltung und ein tatsächlicher Grund zu jener Anerkennung, die uns den Namen von Männern der Tat verleiht.

„Audiatur et altera pars.“

Ich will annehmen, daß das Komitee gewisse Gründe zu seiner Rechtfertigung anführen kann. Ich möchte diese Gründe wirklich gern kennen lernen. Da ich sie aber eben nicht kenne, so muß ich das Urteil der vergangenen Jahrhunderte fürchten, das schon Kochanowski über sein Volk ausgesprochen hat, als er sah, daß seine Warnungen nichts anderes, als die Stimme eines Predigers in der Wüste waren? Dieses Urteil lautete:

„Der Pole tauscht die alte gegen eine neue Wahrheit um,

Er bleibt nämlich jetzt schon vor und nach dem Schaden . . . (dumm).

. R. A. M.

Aus Nr. 240 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 20. Oktober 1917.

Nachklänge der Kosciuszkofeier.

In der Art und Weise, in der von deutscher Seite die Kosciuszkofeier bei uns geschildert wird, zeigt sich vortrefflich der Geist, der gegenwärtig in der deutschen Volksgesamtheit wühlt. Amtlich wurden den Festlichkeiten größere Schwierigkeiten nicht bereitet. Wo solche seitens der Militärbehörde gemacht wurden, hat man sie wieder beseitigt. Die fortschrittliche Presse hat sie in wirklich fortschrittlicher und bequemer Weise — mit Stillschweigen behandelt. Die alldeutsche Presse hat sich in dieser Beziehung ganz anders verhalten. Das „Posener Tageblatt“ mußte es sich anfänglich versagen, es sofort auszusprechen, was angesichts der Ausschmückung unserer Stadt seine alldeutsche Seele schmerzhaft berühren mußte, die Posen von jeher als eine urdeutsche Stadt betrachtete. Dafür macht es jetzt um so eifertiger von der Möglichkeit Gebrauch, die Stimmen verwandter Blätter wiederholen zu können.

So teilt es freudig mit, daß die „Deutsche Zeitung“ (Nr. 526) über die Kosciuszkofeier in Posen einen scharfen Artikel bringe, worin sich „die Gefühle der breitesten Kreise der deutschen Bevölkerung abspiegeln.“ Wer diesen Tag in Posen verlebt habe, sei geradezu erstarrt und habe sich gefragt, wie es möglich sei, daß man solche Demonstrationen zulassen konnte und wie sich das mit dem „inneren Frieden“ vereinbaren lasse, daß man insbesondere den Protestanten nahegelegt habe, die vierhundertjährige Reformationsfeier zu unterlassen. Zum Schluß führt das „Posener Tageblatt“ folgende Schlussbemerkung des Artikels der „Deutschen Zeitung“ an:

„Wir sind es unsern Kindern, dem preussischen Staate und dem königlichen Hause schuldig, offen zu fordern, daß bei der Polenpolitik der gegenwärtigen Staatsregierung die Interessen der treuen deutschen Bevölkerung nicht unter die Räder des polnischen Wagens geraten. Jetzt ist zum Besinnen noch Zeit, es wird aber nicht lange dauern — dann wird es damit zu spät sein!“

Obige Sätze beweisen, daß die Herren Alldeutschen, die unter unsern Verhältnissen Katatisten genannt werden, während der ganzen Kriegszeit absolut nichts gelernt haben. Und daraus muß man schließen, daß sie auch niemals etwas lernen werden. Ebenso, wie sie keinen Weltfrieden auf der Grundlage der Verständigung haben wollen, so wollen sie auch unter keinen Umständen Frieden mit den Polen haben. So wie sie auf dem Gebiete der Weltpolitik ihre uferlosen Pläne mit Hilfe ihrer Faust durchzuführen wünschen, deren Kraft im Kriege schon offensichtlich Bankrott macht, so wünschen sie mit eiserner Faust fernerhin nach Bismarckschem Rezept auch den polnischen Geist in unsern Gebieten zu bedrücken. Sie fragen hierbei durchaus nicht nach dem „neuen Geiste“, zu dem die Regierung sich in ihrer Antwort auf die päpstliche Note bekannt hat und gegen den sie mit Hilfe der berühmten „Vaterlandspartei“ eine erbitterte Offensive begonnen haben.

Damit, daß sie in ihrem Kampfe — sogar angesichts der Kosciuszkofeier — zu pathetischen Phrasen von „unsere Kinder“ und vom „Königlichen Hause“ ihre Zuflucht nehmen, machen sie sich selbst nur lächerlich, weil die Festlichkeit sich — abgesehen von unwesentlichen abendlichen Ausschreitungen Einzelner — ernstlich als ein Ausfluß dessen abgepielt hat, was in der Seele jedes Polen steckt und was uns keine alldeutschen Gelüste entreißen werden, — zumal dadurch weder das „Königliche Haus“ eingestürzt, noch das Gebäude des „Posener Tageblattes“ irgend welchen Schaden erlitten hat.

Aus Nr. 316 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 22. Oktober 1917.

Die Aktion des Hafatismus gegen die Kosciuszko-Feiern.

Die unveröhnliche Haltung der Hafatisten und ihrer Anhänger gegen das Polentum ist genügend bekannt. Eine jede Äußerung des nationalen polnischen Lebens wirkt auf sie wie ein rotes Tuch auf ein gewisses Tier. So war es vor dem Kriege, und so ist es auch heute. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Kosciuszko-Feiern für sie ein Dorn im Auge sind und sie zu Protesten veranlassen. Wir würden uns mit dieser bei den Hafatisten üblichen antipolnischen Auffassung nicht abgeben, wenn man annehmen könnte, daß sie ohne Einfluß auf die Kreise bleiben wird, von deren Entscheidung die verhältnismäßige Freiheit unseres nationalen Lebens nach außen hin abhängt. Nun ist es aber Tatsache, daß die hafatistischen Blätter gegen die Kosciuszko-Feiern bei uns eine so leidenschaftliche Stimme erheben, daß man von ihrer Seite die Aufforderung an die Behörden befürchten muß, sich der polnischen Bevölkerung gegenüber unfreundlich zu erweisen und weitere Gedenkfeiern zu verbieten. Man muß sich daher die hafatistischen Äußerungen näher ansehen und ihren Widerjinn nachweisen, der sich lediglich auf blinden Haß gegen alles, was polnisch ist, stützt.

Das Hauptorgan des Hafatismus in unserm Landesteil, das „Posener Tageblatt“, hat sich im Leitartikel der Nummer vom Sonntag erlaubt, die Teilnehmer an der Kosciuszko-Feier in Posen als „polnische Nadaumacher“ zu bezeichnen und zu schreiben, daß die Posener Feier eine Provokation des Deutschtums war. „Die Deutschen (lies: Hafatisten; Red.) zittern vor berechtigter Erregung aus Anlaß dessen, was in Posen geschehen ist“ — — — Wir glauben gern, daß die Posener Hafatisten von solchen Gefühlen befeelt waren, da sie stets schon bei der bloßen Erwähnung des Polentums „zitterten.“ Daß aber die Allgemeinheit der deutschen Bevölkerung in Posen dieses Gefühl geteilt hatte, können wir nicht sagen. Die deutsche Bevölkerung in Posen besteht zum großen Teil aus Beamten, die sich der polnischen Bevölkerung gegenüber so verhalten, wie es ihre Vorgesetzten wünschen. Es gab eine Zeit, wo die Regierungsvertreter in Berlin — man braucht bloß an den Minister Hammerstein zu erinnern — sich offen zu hafatistischen Grundsätzen bekannten. Es gab eine Zeit, wo das militärische Oberkommando die Losung des rücksichtslosen Boykotts gegen die polnischen Gewerbetreibenden verkündete. Dieselbe Losung verkündete das Präsidium der preußischen Ansiedelungskommission, und diesem Beispiel folgten die Verwaltung, Eisenbahn, Postbehörden usw. Es gab also eine Zeit rücksichtslosen Kampfes gegen die Äußerungen polnischen Lebens. Durch den Krieg wurde dieser Kampf unterdrückt, und unterdessen haben sich Änderungen vollzogen, die nach voraussichtlichen Berechnungen die Methoden dieses Kampfes der Vergangenheit überantworten werden. Die deutsche Zivilbevölkerung war nicht immer mit der Anwendung dieser Methoden einverstanden, teilweise schon aus wirtschaftlichen Gründen, die es nicht gestatten, einen Unterschied zwischen dem Unternehmer und dem Kunden zu machen. Daher hat sich auch an dem genannten Tage die deutsche Zivilbevölkerung in Posen nicht nur passiv verhalten und kein Gefühl der Empörung gezeigt, sondern sogar die bunten Dekorationen, die Ruhe der Massen und unsere Pietät gegenüber den geschichtlichen Ruhmestaten bewundert. In Ermangelung von Beweisen operiert jedoch das hafatistische „Tageblatt“ mit Phrasen und sucht der

Bevölkerung und den deutschen Behörden eine eingebildete Empörung einzureden.

Bei der Besprechung der grundsätzlichen Ideale Kosciuszkos bezeichnet das „Tageblatt“ diesen als „Revolutionär“. Das Blatt unterscheidet offenbar nicht zwischen der Freiheitsliebe aller Stände und dem Haß gegen die alte Weltordnung. Wir sehen in Kosciuszko den Helden der Vaterlandsliebe und einen Mann der reinsten Absichten. Aber in seinen Geist kann sich schwerlich jemand hineindenken und hineinfühlen, der uns so fremd und feindlich gesinnt ist, wie die Hafatisten. Das „Tageblatt“ müßte dann auch jeden Helden der deutschen Freiheit für einen Revolutionär halten, der vor 100 Jahren nach der Befreiung vom französischen Joch strebte. Nur daß das hafatistische Posener Organ sophistisch sagen wird: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Es wird Kosciuszko nicht dieselben Rechte zuerkennen, die den deutschen Helden gebühren.

Daß Kosciuszko auch gegen die preußischen Heere kämpfte, ist Tatsache; es ist aber nicht seine Schuld, daß sie ihn auf eigenem polnischen Boden angriffen. Vereint mit den russischen Kräften vermehrten sie die Macht des Zarentums, das später zu einer Gefahr für Preußen selbst wurde, zu einer Gefahr, die heute mit Millionen von Opfern bekämpft wird.

Die Unverschämtheit des hafatistischen Organs geht bis zu den äußersten Grenzen in der Behauptung, daß es die Zulassung der Kosciuszko-Feiern auf dem Gebiete des entstehenden polnischen Staates und Galiziens „teilweise verstehe“. Lächerlich ist diese Annahme des Posener Blattes, das darüber entscheiden möchte, was den Polen in ihrem Lande gestattet sein soll oder nicht.

Geheimnisvoll schreibt das „Tageblatt“ von „Tatsachen, die unterdrückt worden sind“ und von der „entgegenkommenden Haltung der Behörden gegenüber den Polen auf Kosten des Deutschtums“ und fügt hinzu, daß es sich mit einer sachlichen Verwahrung begnügen müsse, da man nicht alles sagen dürfe. An die Adresse derer, die an die Möglichkeit einer Verständigung auf politischem Boden glauben, macht es die Bemerkung, daß man die „Ausführungen des Polentums“ nicht hätte verteidigen sollen. Von Tatsachen, die mit dem Schleier des Geheimnisses bedeckt sind, ist uns nichts bekannt. Die sachliche Verwahrung steht in Widerspruch mit der vorhergehenden „Empörung“, bei der das „Tageblatt“ „zittert und noch lange zittern wird“. Der letztere Satz spricht direkt dem Grundsatz des Blattes Hohn. Seine ganze bisherige Arbeit bestand nicht darin, einen Weg der Verständigung zu suchen, sondern die einen zu reizen und die andern aufzuheizen. Damit kehren wir zu unserm Ausgangspunkt zurück, daß die feindlichen und gehässigen Stimmen auf die Meinung sowohl der deutschen Bevölkerung als auch auf die Kreise derer einwirken können, in deren Macht die Anwendung oder Milderung der Ausnahmegeetze liegt.

Die Methode des „Tageblatts“ ist also bekannt und unverändert geblieben. Die polnische Bevölkerung muß die Auffassung empören, daß Posen für eine deutsche Stadt zu halten sei. Der Politiker dieses Blattes will die geschichtliche und kulturelle Stellung der Hauptstadt Großpolens vergessen und zugleich die Augen vor der Tatsache schließen, daß 40 % der Bevölkerung Posens aus Beamten, ihren Familien und Soldaten bestehen. Der Charakter Posens ist daher nur scheinbar ein fremder; denn der Kern ist polnisch geblieben. Wenn man daher positive Politik treiben will, dann darf man nicht mit eingebildeten Tatsachen operieren, sondern muß sich auf die Wahrheit stützen. So haben gewiß auch die Behörden die Sache aufgefaßt und der polnischen Bevölkerung gestattet, ihren Helden zu ehren.

Aus Nr. 242 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. Oktober 1917.

Der hafatistijische Angriff auf dem Hintergrunde der Kosciuszko-Feier.

Es war von vornherein nicht daran zu zweifeln, daß die prächtige Kosciuszko-Feier, die so bedeutsam den polnischen Charakter unserer Stadt unterstrichen hat, ein Dorn im Auge für die Hafatisten sein wird, die auf dem Posener Boden einen zwar nicht zahlreichen, aber um so lauter und rücksichtsloseren Bruchteil der deutschen Bevölkerung ausmachen. Nicht lange vermochte auch das Posener politische Organ des „Ostmarkenvereins“, das „Posener Tageblatt“, die diplomatische Maske der Gleichgültigkeit zu bewahren, die es zu Anfang anzulegen beliebte. Schon vor einigen Tagen brachte das „Pos. Tageblatt“ mit offenkundiger Genugtuung eine von antipolnischem Geiste durchwehte Notiz aus der geistesverwandten „Deutschen Ztg.“. Nunmehr aber entladet es in einem haßerfüllten Artikel den allzu lange zurückgehaltenen Ärger aus Anlaß der schönen polnischen Feier.

Die Veranlassung zu diesem gehässigen Angriff gab dem Schriftleiter des „Pos. Tageblatts“, Herrn Ginschel, eine Zuschrift an die „Pos. Neuesten Nachrichten“, in der ein deutscher Verfasser mit nicht großem Verständnis, aber ziemlich sympathisch den Verlauf der öffentlichen Kosciuszkofeier kritisierte. Gerade diese Tatsache, daß man in den Kreisen der hiesigen vernünftigen Deutschen die Kundgebungen zu Ehren Kosciuszkos so ruhig und kühl aufgenommen hat, hat anscheinend am meisten den Zorn des Herrn Ginschel hervorgerufen und ihn vollends aus der Fassung gebracht. Schon der erste Satz beweist zur Genüge, daß Herr Ginschel unter dem Eindruck der trockenen, mit etwas geringschätziger Toleranz geschriebenen Bemerkungen der „Pos. Neuesten Nachrichten“ (nebenbei gesagt: des Konkurrenzblattes) in eine solche Wut geriet, die ihm jegliche Klarheit des Urteils nahm. Er schreibt nämlich: „Die Kosciuszkofeier in Posen hat bekanntlich (!) solche Formen angenommen, daß sie zu einer Provokation des Deutschtums und der Behörden, den Polen aber peinlich wurde.“ Worin kann man — fragen wir — eine Provokation des Deutschtums und der Behörden erblicken, wenn die Polen in einer Weise, die ihren Gefühlen entspricht, der Ehrfurcht vor ihrem großen nationalen Helden Ausdruck gaben? Haben denn die Deutschen solche Feiern nicht in großer Zahl in Posen abgehalten, und hat man dies jemals von polnischer Seite als Provokation aufgefaßt? Wahrlich, von einer Provokation der Deutschen kann hierbei höchstens der reden, der im Sinne der hafatistischen Reden die Polen für Bürger zweiter Klasse hält und ihnen das verweigern möchte, worauf die Deutschen einen Anspruch machen.

Worin das Peinliche für die Polen bestehen soll, ist schwer zu verstehen. Herr Ginschel hat hier gewiß jene vereinzelt Lärmjenern von halbwichsigen Burschen am Abend des Kosciuszkoabends im Sinne, die wir gleich am nächsten Tage in entsprechender Weise verurteilten. Diese Vorgänge, die von jeder öffentlichen Kundgebung in größeren Städten unzertrennlich sind, sind für uns eine längst verklungene Episode. Die ernsten polnischen Schichten haben in würdiger und entsprechender Weise ihren Gefühlen gegenüber dem Helden Ausdruck gegeben. Lächerlich ist daher der Versuch, jene unreifen Kundgebungen halbwichsiger, die der elterlichen Zucht entbehren mit den Absichten der Kosciuszkofeier in Verbindung zu bringen.

Jene Lächerlichkeit hat auch der betreffende Deutsche in den „Neuesten Nachrichten“ herausgeföhlt, der in skeptisch-verzeihendem Tone von diesen lauten

Temperamentsäußerungen der Straßenmenge schrieb. Seiner Ansicht nach „konnte dieser ungewöhnliche Anblick in gewissen deutschen Kreisen ein Gefühl der Beklemmung hervorrufen, aber dieses Gefühl war nicht gerechtfertigt“. „Jene Kundgebungen — schrieb ferner jener Deutsche von anscheinend nüchternem Verstand — hatten in ihrem kindlich-naiven Ausdruck nichts Beunruhigendes, womit nicht gesagt sein soll, daß es besser gewesen wäre, wenn sie unterblieben wären.“

Auf diese ruhige Behandlung der Vorgänge am Montag abend hin fühlte sich Herr Ginschel in seinen tiefsten hafatistischen Geföhlen beleidigt und schrieb einen Artikel, in welchem er „mit vollem Nachdruck gegen eine solche Darstellung der Sache, gegen die Entschuldigung der polnischen Ausschreitungen und eine solche Geringschätzung der berechtigten deutschen Befürchtungen“ Protest erhebt. Mit der Geste eines Helden ruft der Redakteur des „Posener Tageblatts“: „Nicht ein Gefühl der Beklemmung haben jene Vorgänge am Kosciuszkoabend in Posen in den deutschen Kreisen hervorgerufen, sondern eine berechnete Empörung, die noch lange nachzittern wird.“ Und bald darauf kommt die eigentliche Absicht des Herrn Ginschel ans Tageslicht, indem er hinzufügt: „Unsrer Ansicht nach hatten jene Provinzialbehörden in der Ostmark Recht, die von vornherein die öffentlichen Kosciuszkoferien nicht zulassen wollten.“ Man hätte also, wenn es nach dem Wunsche des Herrn Ginschel gegangen wäre, die feierliche Begehung des Andenkens an unsern Helden in unserm Landesteil überhaupt nicht zulassen sollen. Sein gegenwärtiges Auftreten hat aber offenbar den Zweck, die Behörden zu Verboten der weiteren Feierlichkeiten zu veranlassen. Gegen solche Feiern im Königreich und in Galizien hätte Herr Ginschel schließlich nichts einzuwenden; denn er schreibt: „Daß man den Polen die Freiheit bei der Begehung der Kosciuszkofeier im Königreich und in Galizien gelassen hat, wäre schließlich (!) verständlich gewesen, da dort keine Reibung mit dem Staatsinteresse drohte. Aber unsere Reichsbehörden wollen leider die polnische Politik, die sie im Königreich für angebracht halten, nach Möglichkeit auch nach Preußen übertragen, und gerade dieser Fall zeigt, wie gefährlich dies ist.“

So macht also Herr Ginschel aus der Kosciuszkofeier ein großes Staatsproblem und fährt alle Geschübe aus seinem hafatistischen Arsenal auf. Hierbei konstatiert Herr Ginschel mit Grauen, daß Kosciuszko ein Revolutionsheld gewesen sei, und diese Feststellung erfüllt sein Herz mit panischem Schrecken, wobei noch das Gespenst der russischen Revolution und die Hoffnung der Entente auf die Revolution in Rußland vor seinen Augen erscheint. Diese Hoffnung bezeichnet Herr Ginschel selbst als Wahnsinn. Ist es daher klug von seiner Seite, Gespenster hervorzurufen, die ihm nur zur Verschärfung seiner leidenschaftlichen Polemik dienen, im Auslande aber ganz anders aufgefaßt werden können?

Kosciuszko war übrigens tatsächlich ein Revolutionär, aber ein solcher wie alle großen Männer vor dem Jahre 48, deren Andenken die Deutschen auch heute mit Ehrfurcht begehen, wie auch der junge Schiller seine Dramen mit dem Motto „in tyrannos“ schrieb.

Herr Ginschel erinnert außerdem daran, daß Kosciuszko auch gegen die preußischen Heere gekämpft hat und fragt: „War es denn nötig, daß man dem preußischen Bevölkerungsteil gestattet hat, gerade diese Tatsachen während des gegenwärtigen schweren Krieges feierlich zu begehen?“ Tatsächlich hat Kosciuszko gegen die Preußen als Verbündeten derselben Russen gekämpft, mit denen die Deutschen heute einen blutigen Kampf führen. Aber in unserm Ge-

dächtnis lebt Kościuszko vor allem als der Sieger von Raclawice, wo er über das russische Heer einen Sieg davontrug.

Übrigens war die Kościuszko-Feier eine nationale, aber keine politische Kundgebung, und deshalb war sie, indem sie den Gefühlen der polnischen Bevölkerung einen positiven Ausdruck gab, gegen niemanden gerichtet.

Wenn es aber Herrn Ginschel ärgert, daß die Polen sich nach Kräften bemühten, bei dieser Gelegenheit zu zeigen, daß Posen nicht eine deutsche, sondern eine polnische Stadt ist, so entspricht dies der Wahrheit, aber dagegen werden auch die tüchtigsten hafatistischen Köpfe keinen Rat wissen. Die alteingesessene polnische Bevölkerung, die über zwei Drittel der Bewohner Posens bildet, wird niemandem gestatten, ihr die Rechte zu verweigern, die ihr zukommen. Diese Bevölkerung sucht keinen Kampf mit den Deutschen, denen gegenüber sie sich von den Gefühlen der Eintracht, Achtung und Toleranz leiten läßt, die dem polnischen Volke eigen, Herrn Ginschel aber und seinen Genossen vollkommen fremd sind. Aber wenn der hafatistische Haß sich gegen das wendet, was dem Volke heilig ist, dann wird er eine ruhige, aber entschiedene Abfertigung von Seiten aller Polen ohne Unterschied der Überzeugungen finden.

Aus Nr. 242 des *Oređownik* (Posen)
vom 22. Oktober 1917.

Das „Posener Tageblatt“ und die Kościuszko-Feier.

Die Besprechung des betr. Artikels des „Pos. Tageblatts“ schließt das Blatt mit folgenden Worten:

So macht also Herr Ginschel aus der Angelegenheit der Kościuszko-Feier eine große Staatsache und fährt alle Geschütze aus seinem hafatistischen Arsenal auf. Hierbei — o Schrecken! — konstatiert Herr Ginschel, daß Kościuszko ein Revolutionsheld gewesen sei, und diese Feststellung erfüllt ihn mit einem solchen panischen Schrecken, daß ihm das üppige Haar zu Berge steht. Herr Ginschel vergift offenbar, daß auch die Deutschen das Andenken ihrer großen Männer ehren, die vor dem Jahre 1848 als Verschwörer galten, daß ihr erster Dichter Schiller ein Revolutionär gegenüber den deutschen Fürsten des 18. Jahrhunderts war. Da sieht man, wohin Herrn Ginschel seine antipolnische Gesinnung gebracht hat. Seine ganze schreckliche Bombe, die zur Unzeit geschleudert wurde, war mit Sand gefüllt. Es ärgert ihn, daß die Polen „sich bei dieser Gelegenheit nach Kräften bemühten zu zeigen, daß Posen nicht eine deutsche, sondern eine polnische Stadt sei“. Ja, so ist es tatsächlich, und dagegen kann auch der Zorn des Herrn Ginschel nichts ausrichten. Die alte Hauptstadt Großpolens, die in so machtvoller Weise das Andenken Kościuskos gefeiert hat, wird mit verzeihendem Lächeln über den unglücklichen Versuch des hafatistischen Organs, in so lächerlicher Weise das „bedrohte Vaterland“ retten zu wollen, zur Tagesordnung übergehen.

Aus Nr. 243 des *Dziennik Kujawski* (Hohenalza)
vom 23. Oktober 1917.

Betrifft die Kościuszko-Feiern.

In einem gewissen Teil der Presse, den man nicht näher zu bezeichnen braucht, herrscht darüber eine große Erbitterung, daß die Staatsbehörden die Kościuszko-Feiern gestattet haben, deren Form ihrer Verwirklichung den Polen die Gelegenheit gab, ihr Polentum in einer Weise zu demonstrieren, die die deutschen Gefühle verlegt. Insbesondere das „Posener Tageblatt“

erblickt in der Genehmigung sogar eine Gefahr für die Interessen des preussischen Staates.

Offenbar werden wir weder mit diesem noch mit ähnlichen Blättern polemisieren. Denn es ist nämlich schwer, diejenigen zu überzeugen, die der Lauf der Kriegsergebnisse nichts gelehrt hat, insbesondere nicht das, daß für diese Änderung der Verhältnisse die Änderung der Politik der preussischen Regierung gegenüber der polnischen Volksgesamtheit des preussischen Teilgebietes die Hauptursache ist.

Die Plakate an den Fenstern, die rot-weißen Fahnen und die nationalen Kokarden — das waren angeblich nach der Ansicht der betreffenden Blätter die reizbaren Momente. Wir haben aber von der Liebe und dem Kultus unserer deutschen Mitbürger zu ihren nationalen Helden eine zu tiefe und ernste Überzeugung, als daß wir sie verdächtigen sollten, daß obige Blätter die öffentliche Meinung der deutschen Allgemeinheit wiedergeben. Die Unzufriedenen und Kritisierenden sind diejenigen, denen die sogenannte „Schneidigkeit“ und der vollständige Mangel an Verständnis für die Individualität anderer Völker bei der Wahl ihrer Wege Mittel geboten haben, die die deutsche Allgemeinheit in den Verdacht einer erobungsüchtigen Rücksichtslosigkeit nach jeder Richtung hin gebracht haben. Daher sind wir der Meinung, daß diese Stimmen ihr Ziel verfehlen und auch bei den Staatsbehörden keinen Eindruck machen werden. Denn diese sind jetzt hoffentlich bessere Psychologen und können in den polnischen Seelen korrekter lesen. Denn nun was handelt es sich hier? Die polnische Volksgesamtheit manifestiert in einer lebendigen und heißen Weise, weil sie es nicht nur versteht, ihre Helden zu ehren, sondern weil sie diese Ehre und Liebe auch trotz schwerer Erlebnisse bewahrt hat. Die Merkmale ihrer nationalen Lebenskraft offenbaren sich um so lebendiger, als sie in den letzten zwanzig Jahren keinen Abfluß hatten. Daher hat die Kraft der Tatsachen solch eine erhebende und festliche Stimmung geschaffen. Wir verstehen es auch nicht wie das ernste deutsche Kreise unangenehm berühren konnte! Uns sind im Gegenteil von angesehener deutscher Seite Erklärungen bekannt, die der Würde Anerkennung zollten, mit der die polnische Volksgesamtheit ihren Festakt beging.

Daß vielleicht hier oder da unpassende Ausschreitungen vorgekommen sind, darf man nicht auf die Rechnung der Volksgesamtheit setzen. Die Unangemessenheit verurteilt auch die polnische Volksgesamtheit als eine Erniedrigung der Würde und des Ansehens der Festlichkeit. Wir wiederholen aber, daß derartige Ausschreitungen — mit Ausnahme eines am Montag abend in Posen vorgekommenen Ereignisses — nicht eingetreten sind.

Im allgemeinen hat das polnische Volk wie ein Mann dem Andenken seines Helden in Sammlung und Ernst gehuldigt, die mit heißen Gefühlen umstrahlt waren, wie es der Augenblick mit sich brachte.

Nur chauvinistische Auffassungen nationaler Gefühle können aus diesen Festlichkeiten und deren Verlauf einen Alarmruf des „bedrohten Deutschlands“ formulieren.

Die polnische Volksgesamtheit — die das Andenken ihres Führers geehrt hat — wird über diese Stimmen zur Tagesordnung übergehen, wie es sich nach diesen Festlichkeiten an ihre alltägliche Arbeit herangemacht hat, für die sie aus der Anregung des Geistes — hervorgerufen durch die Festlichkeiten — Kraft und Stärke schöpft.

Aus Nr. 240 des *Kurjer Poznański* (Posen)
vom 20. Oktober 1917.

Eine Kościuszko-Ausstellung in Posen.

Das Mielnyski'sche Museum beabsichtigt anfangs November eine Ausstellung von Kościuszko = Denkmälern.

würdigkeiten in seinen Räumen zu veranstalten. Es möchte zu diesem Zwecke mit dem eigenen Denkwürdigen auch möglichst viele solche Denkwürdigkeiten vereinigen, die sich in Privatbesitz befinden. Deswegen wenden wir uns an die polnische Volksgemeinschaft mit der höflichen und zugleich inständigen Bitte, uns alle Denkwürdigkeiten, die sich auf die Person Kosciuszko oder auf seine Zeit beziehen, für eine solche Ausstellung einzusenden. Wir nehmen alle Gegenstände an, die Privatandenken an unsern Diktator sind, also Briefe mit der eigenhändigen Unterschrift Kosciuszko, Handarbeiten Kosciuszko, Geschenke Kosciuszko, Porträts, Miniaturbilder, Stahlstiche mit seinem Bildnis usw., außerdem aber auch Medaillons und Denkmünzen, die zu Ehren Kosciuszko geprägt wurden, die Aufrufe und Manifeste Kosciuszko im Original, Erinnerungsurkunden, die von Kosciuszko unterzeichnet sind, sowie Bücher und Werke aus seinem Nachlaß. Der Vorstand des Museums übernimmt die volle Verantwortung für alle eingefandten Gegenstände für die ganze Dauer der Ausstellung (etwa vier Wochen). Er verpflichtet sich zugleich, diese Gegenstände sofort nach Schluß der Ausstellung den Eigentümern zurückzusenden. Alle Briefe und Sendungen, die für die Ausstellung bestimmt sind, bitten wir an das Wielzynski'sche Museum in Posen, Viktoriastr. 26, zu adressieren. Angesichts des bevorstehenden Termins der Eröffnung der Ausstellung ist Eile geboten.

Verein der Freunde der Wissenschaften
in Posen.

Aus Nr. 476 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 14. Oktober 1917.

Ein großer Jahrestag.

Der geistige Nachlaß Kosciuszko ist Eigentum des ganzen Volkes geworden. Er ist das Testament der politischen Weisungen und die Lösung sowohl der Waffentat, als auch der Arbeit auf allen Gebieten des sozialen und politischen Lebens geworden.

Dafür ehren wir Kosciuszko. Aus diesen Lösungen seiner Taten und seines Lebens ist das Recht auf seine Verdienste und sein Andenken im Volke zu unsterblichem Ruhm gewachsen, den sein Name noch Jahrhunderte lang ausstrahlen wird. Der hundertjährige Sterbetag des Helden und des Kämpfers für die Freiheit des Vaterlandes erinnert an diese Taten, ruft die Erinnerung an seinen Namen wieder wach, ruft sein politisches Testament aus dem Schatten der Vergangenheit hervor und stellt es als Wegweiser hin. Und das geschieht in dem „eigenartigen Augenblicke“, den die Dichter vorhergesagt, die Maler in Visionen hervorgerufen und heiße Herzen Tausender von Märtyrern für die nationale Sache empfunden und vorhergesehen haben.

Um so heißer schlagen heute die Herzen der Söhne Polens den Ton der Verherrlichung an, um so klarer treten die sozialen Ideale des großen nationalen Helden in die Erscheinung und ermahnen zu Taten. Über Polen erhebt sich der Geist des Kosciuszko und erinnert an die Lösungen des Waffenkampfes und an die Lösungen der nationalen Einheit und der Gleichstellung der Stände, ihrer Rechte und Pflichten dem Vaterlande gegenüber.

Denn er ist der Held nicht nur des untergehenden, sondern auch des wiedererstehenden polnischen Staates. Und seine militärischen und politischen Taten haben bewirkt, daß Kosciuszko im Gedächtnis des Volkes nicht bloß als Held und Kämpfer für die Freiheit, sondern auch als großer sozialer Reformator lebt. Er ist das stolze Eigentum unserer nationalen Kultur und nimmt in ihrer Geschichte die erste Stellung ein.

Kein Wunder also, daß unter seinem Namen Schulen und Institutionen, Aufklärungs- und Wohltätigkeits-Stiftungen entstanden und daß sich unter der Lösung seines Namens am Vorabend des Weltkrieges unsere letzte militärische Tat vorbereitete. Wir alle sind aus ihm — können wir mit dem Dichter wiederholen — und deshalb elektrifiziert heute — in diesem entscheidenden Augenblicke — sein Name das Volk und wird zu einer regenbogenfarbigen Vision der Zukunft Polens.

Ehre dem unsterblichen Andenken Kosciuszko!

Aus Nr. 242 des Głos Narodu (Krakau)
vom 14. Oktober 1917.

Kosciuszko.

Er hat für Polen nicht solche berühmten Siege errungen wie die bei Orszka, Kirnholm, Chocim oder Wien. Auch kämpfte er nicht um Smolensk oder Moskau. Es war ihm nicht vergönnt, auf polnischen Schlachtfeldern solche Lorbeeren in den Kranz seines Feldherrnruhmes zu flechten, wie er sie im Kampfe mit einem fremden Heere jenseits des Meeres geerntet hat. Er hat die Ziele nicht erreicht, um die er seinen Säbel schwang und das Volk mit sich forttrieb. Er hat nicht die drei Machthaber aus Polen vertrieben. Im Gegenteil! Nachdem nach der dritten Teilung Polens noch ein, wenn auch schrecklich beschnittener, aber immerhin noch doppelt größerer polnischer Staat verblieben war, als das spätere Kongreß-Königreich, bot die Kosciuszko'sche Insurrektion den Feinden den Vorwand, auch noch den verbliebenen Rest Polens zu teilen.

Und dennoch hat das Volk ihn unter seine größten Männer gestellt, Königen gleichgestellt und ihn als ungekrönten König in der Gruft des königlichen Schlosses in Krakau beigesetzt.

Denn er war ein König — der König des polnischen Gedankens. Er hat den Gedanken des unabhängigen Staates in seine Hände genommen, mit seinem, auf dem Schlachtfelde von Maciejowice vergossenen Herzblut erwärmt und ihn den folgenden Geschlechtern rein übergeben. Und dieser polnische Gedanke war der Balsam, der die Leiche Polens vor der Zersetzung der Fäulnis bewahrt.

Und das hat das Volk verstanden. Von ihm erwartete es den Ruf, als das napoleonische Kriegsgestümmel die Hoffnung auf die Wiedererstehung des Staates mit sich brachte. Ihn wollte es an der Spitze des polnischen Heeres sehen. Nachdem er gestorben war, hat man seinen Leib ins Vaterland gebracht, damit er nicht bloß aus dem Himmel auf das Volk niederschau, sondern daß auch sein Staub unter dem Volke zum Beweise dafür wäre, daß das Volk seinen Idealen treu geblieben ist.

Die staatliche Unabhängigkeit — das war eins seiner Ideale. Die elenden Kompromisse des Grodnoer Reichstages, der als Preis für die Unterzeichnung des Teilungsaktes einen zerstückelten, zum Leben unfähigen Rumpf des Vaterlandes, ein Scheindasein, retten wollte erkannte er nicht an. Der vergiftete Geist der Volksgesamtheit würde das Volk dahin führen, daß es der Dünger für andere wäre.

Die innere Freiheit — war das zweite Ideal Kosciuszko. Er forderte die Freiheit nicht bloß für die Geistlichkeit, für den Adel und für die Stadtbewohner, sondern auch die Freiheit für alle, vor allem die Freiheit für diejenigen, die am wenigsten Freiheit hatten — für die Bauern. Dieses Ideal verkündete er in seinem Universal. Kosciuszko ging sogar noch weiter als die Verfassung von 1791. Er entwickelte und erweiterte sie. Ihm genügte nicht der Schutz „des Rechts“, den dieses den Bauern sicherte. Er gab gerade-

zu allen eine persönliche Freiheit — ohne jegliche Beschränkungen.

Und er hat auch das erzielt, was nicht einmal die Verfassung vom 3. Mai erreichte. Während nach dieser für alle Stände Hochrufe ausgebracht wurden, hat er diese Stände in der Tat vereinigt, so daß zum Kampfe gegen den Feind auch die Bauern freiwillig an die Seite des Adels und der Städter traten.

Nach dem Mißlingen des Aufstandes wurde Kościuszko die Verkörperung des Strebens des Volkes nach Unabhängigkeit. Auch noch später warf er zum Schutz der Landbewohner, als ein neues polnisches staatliches Gebilde — das Kongreß-Königreich — entstanden war, noch schwere Worte in die Waagschale der geschichtlichen Ereignisse.

Und diese Ideale blieben die Ideale des ganzen Volkes. Auf die Unabhängigkeit wollte er nicht verzichten, und er hat darauf nicht verzichtet. Mit allen Kräften bemühte er sich, den Grundsatz der inneren Freiheit durchzuführen in dem Glauben, daß er alle am stärksten vereinigen werde, um gemeinschaftlich ein freies und unabhängiges Vaterland zu erkämpfen.

Auch in der heutigen schweren Zeit empfindet das Volk die Ideale Kościuszkos noch kräftiger, und es erwartet die Unabhängigkeit, die auf der Gleichheit aller ihrer Söhne ihre Macht errichten soll. Deshalb erweist das Volk Kościuszko um so williger Ehren, weil er mit seinen Gedanken heute noch mit uns lebt.

Stanislaus Kutrzeba.

Aus Nr. 238 des *Naprzód* (Kraukau)

vom 16. Oktober 1917.

Nach den Kościuszko-Feiern in Kraukau. Traurige Erinnerungen.

Ein ausnahmsweise schöner, sonniger Herbsttag. Kraukau in gehobener Stimmung und im Festgewand. Kokarden, Festbilder, Fahnen. Durch die Straßen ziehen in Abteilungen Studenten, Schüler, Delegierte, Bauerngruppen.

Alles schien eine schöne, bewegte Feier zu verkündigen, die allerdings einem Führer unseres Volkes gelten sollte, der schon längst gestorben ist, die aber einen Widerhall der heutigen Tage, Bedürfnisse und Losungen bilden sollte. Denn wir leben jetzt in einer Umschwungszeit, wo die Ideale Kościuszkos schon in Erfüllung gehen und wo gerade das Volk, das durch Kościuszko geweckt wurde, einen entscheidenden Einfluß gewinnt. Was waren die Legionen und das große Werk Piłsudskis anders, als eine Manifestation des aufgeklärten Volkes — des Bauern und des Arbeiters? Deswegen sollte sich auch der Jahrestag Kościuszkos gerade zu einer Feier des Bauern und des Arbeiters gestalten.

Wie ist aber diese Feier in Kraukau ausgefallen?

Wir müssen hier ohne jede Vertuschung, ohne jede journalistische Verlogenheit und konventionelle Überzuckerung die Wahrheit sagen. Diese Feier ist fatal ausgefallen.

Wir müssen hier diese Wahrheit frei und offen aussprechen, um diejenigen, die es angeht, zu warnen. Es sollen nämlich für die Zukunft alle jenen falschen Mittel und veralteten Methoden vermieden werden, deren sich das Kościuszko-Komitee jetzt bedient hat. Denn gerade dieses Komitee, das sich durch allerlei reaktionäre Überlieferungen unserer Gemeinschaft hat beeinflussen lassen, und nicht etwa unsere Bevölkerung trägt die Schuld an der ganzen Sache. Die Bevölkerung wartete nämlich mit Spannung auf jenes lebendige Wort, das die Überlieferungen Kościuszkos mit der gegenwärtigen Zeit in Verbindung setzen würde.

Sie hat aber auf dieses Wort vergeblich gewartet... Es genügt, hier zu sagen, daß keiner von den drei Fest-

rednern, kein einziger auch nur mit einem Wort der Legionen Erwähnung getan hat, jener Legionen, die doch Träger der Losungen Kościuszkos in der gegenwärtigen Zeit sind. Also nicht einmal mit einem Wort! — Das klingt ganz unwahrscheinlich, aber es ist trotzdem eine traurige Tatsache. Unsere Bevölkerung ist deswegen auch in einer gedrückten Stimmung von der Feier-geschieden.

Wir sahen auf dem Markte einen theatralischen Aufmarsch der Senfemänner mit hölzernen, grau gestrichenen Sensen, die den Requisitionen eines Theaters entnommen waren. Wir sahen weiter hin und herrennende, für die Ordnung sorgende kaiserlich-königliche Polizisten und Spigel mit Kokarden, — buchstäblich ganze Scharen polizeilicher Organe. Wir sahen außerdem noch den unvermeidlichen (ja, leider unvermeidlichen!) „Vertreter der Bürgerlichen“, Herrn Kosobudzki, jene theatralische Gestalt aller unserer Nationalfeste, in dem Pelzmantel eines Edelmannes und mit dem Feldherrnstab in der Hand. Und wir sahen schließlich auch Geistliche und Bischöfe, mit Gold beladen. Also eine Unmenge von Dekorationen, Konventionalitäten und kaiserlich-königlichen Offizialitäten, — alles voll Glanz und Schimmer.

Wo blieb aber das Volk? Wo blieben diejenigen, welche Kościuszko auferweckt hat. Wo sah man seine Epigonen und Losungen? Wo war Kościuszko selbst als jener Verteidiger und Führer der Unterdrückten, jener Republikaner, Demokrat und Revolutionär?

Er war nicht zu finden in allen diesen theatralischen Dekorationen, in den polizeilichen Maßnahmen, in dem Mangel an einer bürgerlichen Organisation, und in den gut angepassten Trauerliedern. Vielleicht hat er sich aber in den Festreden geoffenbart, nämlich in dem Munde der vom Komitee sicherlich sorgsam ausgesuchten Festredner?

Solcher Festredner gab es nur drei...

Der erste war Herr Johannes von Kant Jedorowicz, der Mann, der sich in Kraukau einer allgemeinen — Antipathie erfreut. Er war der bekannte Organisator jener Wahlauschreitungen, die gegen das Volk gerichtet waren. Er hat auch in Kraukau die Bastei Kościuszkos zerstört. Als er daher auf der Rednerbühne erschien und mit einem künstlichen Pathos seine schlecht memorierten konventionellen Phrasen vorzutragen anfang, ließen sich im Publikum Rufe vernehmen: „Gib die Bastei wieder!“

Und gerade dieser Mann wurde zum Dolmetsch des Volkes ausgesucht! Ein Feind des Volkes pries also den Führer dieses Volkes. Und was hat er gesagt? Er sprach nur von dem irdischen Staub und von dem Grabe Kościuszkos, an dem Kraukau die Wache übernommen hat. Das Publikum hörte zu, lachte und entrüstete sich... über das Komitee, für welches Kościuszko nur — Staub war...

Der zweite Festredner war der bereits erwähnte Herr Kosobudzki, ein Bürgerlicher, — nämlich ein Schlosser, der sich mit dem Pelzmantel eines Edelmannes dekoriert hatte. Er hatte sich gerade zu dieser Volksfeier und zu diesem Proteste gegen die Targowica des Adels — mit einem bewundernswerten Takt zum Edelmann ausstaffiert. Es fehlte noch das äußere Aussehen eines Edelmannes... Und was hat auch dieser Redner gesagt? Er sprach ausschließlich von der Dankbarkeit der Kraukauer Bürger für die Privilegien, die den Bürgern Kraukaus Dank Kościuszkos (?) zugestanden wurden. Der Bürgerstand, Privilegien, Dankbarkeit, — waren also die stets wiederkehrenden Worte in seiner Rede. Von irgend einem Gedanken — war nichts zu spüren.

Erst der dritte Redner, der Schulze Czerzyt aus Tomy, hat einige entsprechende Sätze gefunden, wenn sie auch nur allgemein und konventionell waren. Als er daher von der Demokratisierung als von einer Losung Kościuszkos und von einem geeinigten Polen

als von unserm Ziele sprach, dankte ihm das Publikum mit Beifallsklatschen.

So waren also die Festredner beschaffen. Legionäre hat man bei der Feier nicht gesehen, weil ihnen die offizielle Beteiligung verboten war.

Zum Schluß der Feier sang das Publikum ganz spontan den „Eidswur“ der Konopnicka.

Wir schreiben über diese ganze Feier so offen und aufrichtig an der leitenden Stelle unseres Blattes, weil alle Mängel, die wir hier vorgebracht haben, nicht etwa die Folge einer zufälligen Nachlässigkeit oder Unfähigkeiten und auch nicht Bagatellen waren, sondern weil sie einen Versuch bildeten, das alte überlieferte System dem Volke gegenüber fortzusetzen. Mit diesem System muß man aber brechen, und zwar sofort brechen, denn sonst würde eine Reaktion von seiten des Volkes nicht lange auf sich warten lassen.

Das Volk kann nämlich heute nicht mehr nur als eine Dekoration angesehen werden. Es darf nicht mehr auf der Rednerbühne mit konventionellen Worten aus dem Munde einer operettenhaften Figur abgespeist werden; es darf und es will auch nicht von Polizisten in die letzten Reihen zurückgedrängt werden, um von dort aus ein gnädiges, überzuckertes Wort aus dem Munde derjenigen für sich aufzufangen, die solche Worte — feilbieten.

Dem Volke, — seinen Rednern, seinen Losungen und seinen Forderungen gebührt heute die erste Stelle. Weg also in das Theaterrequisitorium mit allen hölzernen Sensen, mit allen Pelzmänteln der Adligen und mit zuckersüßen Reden!

Heute will das Volk selbst reden!

Aus Nr. 486 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 20. Oktober 1917.

Ein unangenehmer Vorfall bei einer Kosciuszkofeier.

Die „Gazeta Kielecka“ teilt folgendes mit: Durch ein bedauernswertes Ereignis wurde die Kosciuszko-feier in Kielce gestört. Auf dem öffentlichen Platze vor dem Basrelief Kosciuszkos, das vom Bischof eben eingeweiht werden sollte, stellten sich unter den anderen Teilnehmern auch Sozialisten auf und rollten ihre rote Fahne auf. Als der Bischof dies erfuhr, verlangte er aus kirchlichen Gründen, daß die Fahne wieder zusammengerollt werde. Die Verhandlungen darüber zwischen den Geistlichen und den Führern der sozialistischen Gruppe dauerten beinahe eine Stunde. Da sie ungeschickt geführt wurden, so riefen sie nur eine besondere Erregung hervor. Die Sozialisten wollten die Fahne nicht zusammenrollen, indem sie sich darauf beriefen, daß jedem Polen das Recht zustehe, dem nationalen Helden seine Huldigung darzubringen. Der Bischof ließ daraufhin in der Domkirche von der Kanzel verkünden, daß er das Denkmal aus kirchlichen Gründen nicht einweihen könne. Mit einem schmerzlichen Gefühl ging dann das sehr zahlreich versammelte Publikum und die Jugend auseinander, indem man den ganzen Vorfall auf verschiedene Weise kommentierte.

Auf dem öffentlichen Platze verblieben nur noch die Sozialisten und ziemlich viel Neugierige. Herr Vöffler und mehrere seiner Genossen bestiegen dann die für die Feier eingerichtete Estrade. Herr Vöffler hielt hier eine Rede, in der er dagegen protestierte, daß seine Partei des nationalen Rechts an einem Tage beraubt wurde, an dem man denjenigen feiern sollte, der die Gleichheit aller Bürger verkündet hat. Er ging dann in seiner Rede auf die gegenwärtigen Zeiten über und verglich Kosciuszko mit Pilsudski. Zum Schluß erklärte er unter Hochrufen „im Namen des Volkes“ das Denkmal für enthüllt. Es erschollen

jetzt Rufe: „Es lebe Jozef Pilsudski!“ „Es lebe Thaddäus Kosciuszko!“. Unterdessen hatten die Genossen des Herrn Vöffler das Basrelief enthüllt. Man sang dann das Lied: „Als das Volk in den Kampf ging“ und den „Eidswur“ und begab sich mit der Fahne nach dem Denkmal, das an der Stelle errichtet worden ist, wo Kosciuszko früher sein Lager aufgeschlagen hatte. Dieses Denkmal wurde von dem Stadtrat gestiftet und sollte erst nachmittags eingeweiht werden. Hier wurden ebenfalls Reden gehalten.

Nachdem das Publikum den öffentlichen Platz vor dem Dom verlassen hatte, wurde von dem Kirchengesamtvorstand die Estrade auf dem Turm vor dem Denkmal beseitigt und das Denkmal verhüllt. So blieb die Sache bis heute.

Die „Gazeta Kielecka“ fügt dieser Schilderung noch folgendes hinzu: Es ist hier jetzt daselbe geschehen, was sonst schon seit drei Jahren in Kielce geschieht. Keine Nationalfeier vergeht nämlich hier ohne Dissonanzen, ohne Zwistigkeiten und ohne Szenen, die auf die Jugend demoralisierend einwirken müssen. Das kommt daher, weil man in Kielce nicht den Mut hat, für die nationalen Jahrestage ein gemeinsames Festkomitee zu schaffen, in dem sich alle Volksschichten und alle sozial-politischen Gruppierungen vereinigen würden. Statt dessen werden bald größere, bald kleinere Komitees von den einzelnen Gruppen und Personen gebildet. Das letzte Ereignis wird vielleicht endlich alle belehren, daß nationale Jahrestage allgemeine Festtage sind.

Die Stadt ist über die Vorkommnisse am Montag empört, und verlangt eine Aufklärung über dieselben von der Festkommission, die vom Stadtrat gewählt wurde.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 313 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 19. Oktober 1917.

Eine chronische Krisis.

Berlin, den 16. Oktober 1917.

Die Regierungskrisis wurde bis dahin nicht beseitigt. Es liegt auch die Wahrscheinlichkeit vor, daß sie sich aus einer akuten in eine chronische, d. h. in eine langwierige Krankheit verwandeln wird, die für jeden Organismus bedrohlich sein kann. Sie ist um so gefährlicher, weil mit ihr die Frage „Krieg oder Frieden“ verbunden ist, und weil zugleich von ihr die Gestaltung der ganzen Zukunft Deutschlands abhängt.

Wir sind nämlich gegenwärtig vom Frieden zweifellos weit mehr entfernt, als wir es vor einigen Monaten waren. Dazu hat aber — wenn auch gegen den besten Willen der Regierung — deren Politik beigetragen. Noch vor wenigen Monaten herrschte nämlich die Überzeugung, daß Deutschland sich auf dem Wege der Demokratisierung befinde und seine Kriegsziele einschränken wolle, was unsere Feinde angesichts des siegreichen Vorgehens Deutschlands und angesichts seiner inneren Einigkeit veranlassen würde, die ihnen zum Frieden gereichte Hand anzunehmen. Gegenwärtig hat aber der Staat nur noch den Trumpf der Kriegserfolge in der Hand behalten, der sich auf die ungebrochene Widerstandsfähigkeit unserer Truppen im Westen, sowie auf unsere großen Eroberungen im Osten stützt. Die Friedensidee hat aber nach dem Urteil derjenigen, die sich auf die Psychologie des Auslandes verstehen, einen gewaltigen Stoß durch die bekannten „Enthüllungen“ erhalten, die vom Reichskanzler und vom Staatssekretär der Marine über letztere gemacht wurden. Auf Grund dieser „Enthüllungen“ wird ein verein-

zelter Fall, der sich in Wilhelmshaven zugetragen hat und der einen rein lokalen Charakter ohne ernstere Folgen für das gesamte Volk trug, von den Feinden in der verkehrtesten Weise ausgelegt werden und ihren Kriegswillen, „bis zum Ende“ auszuharren, bestärken. Der Feind wird daraus nämlich den falschen Schluß ziehen, daß dies der „Anfang der Auflösung der Disziplin“ in der deutschen Armee sei.

Was die verantwortlichen Staatsmänner aber bewogen haben mag, die Affäre überhaupt ans Tageslicht zu bringen, ist wirklich schwer einzusehen. Nach der Ansicht der Einen war es die Absicht, die Sozialisten als solche bloßzustellen, nach der Ansicht der Anderen war es der Wille, überhaupt einen Agitationsstoff vorzubringen. Das Ergebnis war aber ein solches, daß die beiden sozialistischen Lager, die innerlich zersplittert waren, sich zum ersten Male seit einem Jahre geeinigt haben und daß auch viele Nichtsozialisten mit einer scharfen Kritik gegen die Regierung auftraten. So gehen jetzt Hand in Hand: Das „Berliner Tageblatt“, die „Germania“, die sich der Richtung Erzbergers nähert, der „Vorwärts“, das Organ der sozialistischen Mehrheit, und mehrere Organe der Nationalliberalen. Die einen verlangen einen Wechsel der Personen, denn sie werfen den gegenwärtigen leitenden Staatsmännern die äußerste Untätigkeit vor, und die anderen wünschen eine grundsätzliche Änderung des Systems, nämlich die Ernennung eines Reichskanzlers auf Grund eines Vorschlages von Seiten der Führer der Mehrheitsparteien. Für letztere Forderung treten in entschiedenster Weise Theodor Wolff im Namen der fortschrittlichen Partei und ebenso das sozialistische Lager ein. Einen gewissen Vorbehalt macht in dieser Hinsicht das Zentrum, dessen bayerischer Flügel keine Zentralisation wünscht. Die offiziellen Vertreter der nationalliberalen Partei akzeptierten eine solche Forderung überhaupt nicht. Es ist somit auch kein Wunder, daß die Regierung der Ansicht ist, daß die Mehrheit des Reichstages in dieser Hinsicht nicht gegen sie gerichtet sei, zumal die Fortschrittspartei sich durch kein politisches Temperament auszeichnet. Die Regierung ist deshalb bereit, wohl Personen, aber nicht das System zu opfern. Es tritt noch hinzu, daß es in dem preußischen Abgeordnetenhaus, dessen Sitzungen nächsten wiederum beginnen, eine andere Mehrheit gibt, als in dem Reichstage und daß infolgedessen auch die politischen Kämpfe im Abgeordnetenhaus sich auf einer anderen Plattform der Ideen abspielen werden. Infolgedessen wird sich die gegenwärtige Krisis, in der es sich teils um die Person des Reichskanzlers und teils um eine Änderung des Systems handelt, zu einer langwierigen gestalten.

Aus Nr. 242 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. Oktober 1917.

In Erwartung.

Die innere politische Situation ist im gegenwärtigen Augenblicke in Deutschland so verwirrt, wie wohl noch niemals. An der Spitze der Regierung steht ein Reichskanzler, gegen den sich schon die bedeutende Mehrheit des deutschen Reichstages erklärt hat und gegen den sich auch jetzt noch immer mit aller Entschiedenheit die ungeheure Mehrheit der deutschen öffentlichen Meinung erklärt. Von allen Seiten werden Stimmen laut, die seinen sofortigen Rücktritt verlangen und versichern, daß sein ferneres Verbleiben im Amte geradezu eine Unmöglichkeit wäre. Unterdessen scheint Herr Michaelis anderer Ansicht zu sein und zeigt nicht die geringste Lust dazu, einer Würde zu entsagen, die ihm vor kaum drei Monaten ganz unerwartet zugefallen ist. Während die ganze deutsche Presse

sehr deutlich vom Bestehen einer Regierungskrise spricht, ist Herr Michaelis garnicht in Berlin anwesend. Er reist in Kurland und in Litauen umher und soll, wie die Zeitungen gestern mitteilten, das uralte Wilna besucht haben. Der Augenblick zu diesem Ausfluge scheint nicht besonders gut gewählt zu sein, und wenn eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes überhaupt noch möglich ist, so läßt sich das wahrscheinlich nur mit der gleichzeitigen Abwesenheit des Kaisers von Berlin erklären. Nach der Rückkehr des Kaisers vom Balkan und des Kanzlers aus Litauen wird sich die notwendige Entscheidung wohl nicht länger aufschieben lassen.

Herr Michaelis erweckt den Anschein, als ob er die um seine Person sich häufenden Schwierigkeiten nicht sehe, aber das ist eine Politik, die nur für ein kurzes Ziel ausreichen kann. Die Tatsache selbst, daß seine Stellung ernstlich erschüttert ist, vermag sie nicht zu ändern. Das bestätigt fast jeder Tag aufs neue mit immer größerer Ausdrücklichkeit. Schon am vergangenen Dienstag trat nach dem unvorteilhaften Auftreten des Kanzlers und des Admirals Capelle die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage mit einer von ihrem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Ebert, verlesenen Resolution ungewöhnlich scharf gegen die gegenwärtige Regierung auf und ging damit offen zur Opposition über. In einer sozialistischen Zusammenkunft in Würzburg wurde mit ungeheurer Stimmenmehrheit eine Resolution angenommen, die sich in ähnlichem Sinne ausdrückt. Das ist eine Tatsache von großer Tragweite. Die sozialistische Mehrheit, die seit dem 4. August 1914 so ausdauernd an der Seite der Regierung stand, daß sie sogar den Namen „Regierungs-Sozialisten“ erhielt, tritt jetzt zu einem rücksichtslosen Kampfe gegen das Ministerium Michaelis auf.

Aber damit noch nicht genug! Nicht bloß die äußere Rechte und die äußerste Linke will mit dem gegenwärtigen Leiter der Regierung schon nicht mehr länger arbeiten, sondern die Opposition reicht auch noch bedeutend weiter und umfaßt auch schon die Parteien der Bourgeoisie bis zum Zentrum und sogar bis zu den Nationalliberalen. Wie die deutschen Blätter gegenwärtig berichten, haben die Fraktionen der sozialdemokratischen, der fortschrittlichen, der Zentrums- und der nationalliberalen Partei beschlossen, dem Herrn Michaelis durch ihre Vertreter ein förmliches Mißtrauensvotum auszudrücken. Infolge der plötzlichen Abreise des Kanzlers hatten diese Abgeordneten nicht mehr so viel Zeit, sich ihrer Aufgabe zu entledigen. Das vermindert aber durchaus nicht die Bedeutung der Tatsache, daß solch eine Opposition besteht. Es mag ja sein, daß diese noch nicht vollständig geschlossen ist, weil besonders der Standpunkt der Nationaldemokraten stets wankelmütig war; aber trotzdem besteht heute keine einzige Partei, auf die Herr Michaelis sich noch stützen könnte, höchstens daß nur einzig und allein die Konservativen für ein gewisses Entgegenkommen bereit wären, ihn zu unterstützen.

Unter solchen Umständen würde sich die Situation in parlamentarisch regierten Ländern ganz klar darstellen, und Herr Michaelis hätte sich schon längst in das Privatleben zurückziehen müssen. Aber in Deutschland hängen die endgültigen Entscheidungen bekanntlich nicht vom Reichstage ab, sondern sie fallen, wie es sich im Juli gezeigt hat, ohne dessen Beteiligung. Darauf scheint sich auch Herr Michaelis zu stützen, und er scheint auch der Ansicht zu sein, daß sich trotz aller Schwierigkeiten noch eine Kombination finden werde, die ihm die Erhaltung der Kanzlerwürde ermöglichen wird. Deshalb versucht er es, einen anderen seiner nächsten Umgebung preiszugeben, um vielleicht damit die ungestüme Opposition zu verjöhnen.

Es kursierten schon Gerüchte von einem Rücktritt des Admirals v. Capelle, der angeblich bereits erfolgt

sein soll. Auch wurde gesagt, daß der Kanzler auf die Mitarbeit des allgemeinen unbeliebten Dr. Helfferich verzichten und dessen neugeschaffenes Vizekanzleramt dem fortschrittlichen Abgeordneten Payer anvertrauen werde, der der Vertrauensmann der sogenannten „Mehrheitsparteien“ des Reichstages ist. Diese Nachrichten hat man späterhin aber bestritten, woraus übrigens noch nicht hervorgeht, daß man sich mit diesen Plänen noch nicht getragen habe. Es muß im Gegenteil angenommen werden, daß gegenwärtig hinter den Kulissen heiße Kämpfe toben. Weder der Admiral v. Capelle noch der ehrgeizige Helfferich gefällt sich in der Rolle des Sündenbocks; sie wollen entweder mit dem Kanzler im Amte verbleiben, oder mit ihm zugleich zurücktreten, wozu sich Herr Michaelis aber nicht recht entschließen kann. Wie lange wird dieses Spiel noch andauern?

Aus Nr. 164 der „Gazeta Polska“ (Oppeln)
vom 21. Oktober 1917.

Welchen Weg?

Bei Beginn des gegenwärtigen Krieges sprach Kaiser Wilhelm die Worte aus: „Ich kenne keine Parteien.“ Das war ein Appell an das deutsche Volk, daß es alle Parteizwistigkeiten für die Dauer des Krieges ablege und dem Wunsche Ausdruck gebe, alle Kräfte anzustrengen, die Angriffe der Feinde abzuwehren. Alle inneren Streitigkeiten mußten aufhören, alle Angriffe mußten unterbleiben und ein „innerer Friede“ — der Burgfrieden — mußte eintreten.

Nach dem Wunsche des Kaisers geschah das auch. Eine Friede trat auf der ganzen Linie des deutschen Reichstages ein, der gewissermaßen den Willen der im Deutschen Reiche wohnenden Bevölkerung abspiegelt. Das war eine wichtige Erscheinung, denn der Reichstag bewilligte ohne jeglichen Widerspruch eine Kriegsanleihe nach der andern. Milliarden flossen zu Kriegszwecken wie unerschöpfliche Schätze aus dem Horn des Überflusses. Sogar die Sozialisten verfolgten diese Bahn, dieselben Sozialisten, die man als Feinde des Staates und der herrschenden Dynastie betrachtete; — diese Sozialisten verwandelten sich wie durch ein Wunder in „Patrioten“. Dieser segensreiche Zustand dauerte ziemlich lange. Dazu trugen die triumphierenden Siege der deutschen Waffen bei. Vom Osten und Westen berichteten die Telegramme über siegreiche Schlachten, über die schreckliche Besiegung der Feinde und über Eroberungen, von denen nicht einmal die üppigste Phantasie zu träumen wagte. Das deutsche Volk raste dermaßen vor Freude, daß es zu innern Kämpfen weder Zeit noch Lust hatte. Die Parlamentsberichtersteller brachten keine Nachrichten, und die parlamentarische Maschine arbeitete ruhig, gleichmäßig, ohne Temperament und erregte keinerlei Wißbegierde.

Und jetzt? Die letzten Vorgänge im Deutschen Reichstage sind noch so frisch im Gedächtnis, so daß sie keiner Erinnerung bedürfen. Wir wollen sie übergehen und etwas weiter auf die vergangenen Monate zurückgreifen. Aus dem klaren „Burgfrieden“ entwickelte sich zunächst ein Murren; nach dem heiteren Himmel des Reichstages zeigte sich eine kleine Wolke, die immer mehr wuchs und immer finstere Schatten auf die Bänke des Reichstages warf. Aber auch im Lande selbst melbeten sich bald Stimmen der Unzufriedenheit. Worüber?

Die Mittelmächte hatten die Waffe ergriffen, um die Angreifer von unserm Lande fernzuhalten, um das Volk vor einem Zerreißen des Staates zu bewahren und um eine Verschiebung der Grenzpfähle zu verhindern, um — mit einem Worte gesagt — einen Verteidigungskrieg, aber keine Angriffs- oder

Eroberungskrieg zu führen. Solche Erklärung nahm der Reichstag aus maßgebenden amtlichen Kreisen unmittelbar nach der Kriegserklärung zur Kenntnis und billigte sie. Als aber im Laufe des Krieges die Gefechtslinie sich immer mehr nach Osten, Westen und Süden verschob, fanden sich bei uns im Lande auch solche, bei denen sich „der Appetit beim Essen findet“. Sie haben es schon vergessen, daß dieser Krieg ein Verteidigungskrieg ist. Sie behaupten, daß man das, was das Schwert erobert hat, mit starker Hand festhalten müsse; Belgien müßte vom Eroberer abhängig sein, Frankreich müßte für immer der Teil seines Landes mit den reichen Kohlenbergwerken der Gegend von Briey und Longwy entrisen werden, und das eroberte Ufer der Ostsee und ganz Kurland gehören kulturell schon längst zum deutschen Staate. Überdies stehen diese Grundsätze in direktem Widerspruch mit dem Grundsätze eines Verteidigungskrieges, zu dem die Waffe ergriffen wurden. Der ehemalige Kanzler Bethmann Hollweg war dieser ursprünglichen Lösung anscheinend auch treu und hat dieser Ansicht mehrfach Ausdruck gegeben, wiewohl das nicht immer klar und ausdrucksvoll erfolgte. Ganz besonders über Belgien waren seine Pläne und Absichten nicht durchsichtig. Diese unklare Situation hat die kriegerischen und eroberungsfüchtigen Alldeutschen stets gereizt. Über diese Pläne verlangten sie vom ehemaligen Kanzler bestimmte Erklärungen. Von jener Seite aus wurde der Kanzler mehrfach auf die Tribüne gerufen, um die Sache klarzustellen. Nicht minder entschieden trat aber auch der andere Teil des Reichstages, die Gegner der eroberungsfüchtigen Gellüste der Hafatisten und Alldeutschen auf und erinnerte an die Worte des Kaisers, daß unser Land das Schwert nicht zu Eroberungen, sondern zum Zwecke der Verteidigung ergriffen habe. Da geriet Bethmann Hollweg zwischen Hammer und den Amboss. Er konnte oder wollte nicht ausdrücklich auf die eine oder die andere Seite treten, sondern deckte sich damit, daß es eine Unmöglichkeit sei, mit offenen Karten zu spielen, so lange die Kanonen donnern und die Granaten sausen. Dieser Wankelmütigkeit fiel er zum Opfer und gab sein Amt an den gegenwärtigen Kanzler Michaelis ab. Jeder fragt: Ist Herr Dr. Michaelis der Reichskanzler der Alldeutschen und Annexionisten, oder der ihrer Gegner, der Reichstagsmehrheit? Es hat fast den Anschein, daß er ein Anhänger der „Anti-annexionisten“ ist, weil er in der Sitzung des Reichstages vom 19. Juli doch erklärte, daß er auf dem Boden der Reichstagsmehrheit stehe, und deshalb müßte er ein Gegner der Aneignung des mit der Waffe eroberten Landes sein; aber gleichzeitig fügte er in demselben Satz hinzu, daß er die Friedensresolution der Mehrheit in dem Sinne gutheiße, „wie er sie auffasse“. Was heißt das? Wie faßt der Herr Reichskanzler die Friedensresolution auf? Von uns gewöhnlichen Sterblichen hat die Geheimnisse des Herrn Reichskanzlers noch niemand ergründet und wird sie wohl auch nicht ergründen. Wir sind jetzt ebenso weit, wie wir damals waren, als Herr Michaelis Ministerpräsident wurde. Das Ausland weiß nicht, was es mit der rätselhaften Gestalt anfangen soll, und der Reichstag und das deutsche Volk sind in zwei Lager gespalten; jedes dieser Lager bestürmt das andere und behauptet, daß der Kanzler seine Ansicht teile. Der Kanzler legt unterdessen die Hände übereinander und beobachtet mit hartnäckiger Gleichgültigkeit die streitenden Parteien. Mit viel Engelduld liest er in den Zeitungen die Angriffe beider Lager auf ihn und — schweigt. Die Untätigkeit des Reichskanzlers ruft eine allgemeine Unzufriedenheit hervor. Und die Folge dieser rätselhaften Geheimnistuerei — ist eine gewalttätige Kanzlerkrise. Sowohl die eine als auch die andere Seite empfindet es, daß

Herr Michaelis nicht die ersehnte starke Hand ist, die zu einem klar gesteckten Ziel führt und daß er auch kein Noa ist, der die Staatsarche der inneren und äußern Sintflut entführt. Sowohl die eine als auch die andere Seite ruft: Der Staat braucht Männer, die weiter als einen Meter in die Zukunft schauen. Wer wird dieser Mann sein? Welchen Weg wird die deutsche Politik einschlagen? Lombardzi.

Nus Nr. 244 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 24. Oktober 1917.

Zu der Ministerkrise

bemerkt der „Dziennik Kujawski“:

In Berlin war gestern das Gerücht verbreitet, daß die Blicke der deutschen Politiker auf die Person des Grafen Roederer, des gegenwärtigen Schatzsekretärs, gerichtet seien. Diese Version entbehrt aber der Grundlage der Wahrscheinlichkeit und muß als gegenstandslos betrachtet werden. Im allgemeinen überwiegt die Ansicht, daß die Krise nach der Rückkehr des Kaisers aus Sofia und Konstantinopel beseitigt werden wird.

So viel unser Berliner Berichterstatte.

Nach einem übereinstimmenden Echo nahmen also heute — mit Ausnahme der „erzkonservativen Post“ — sowohl die Presse als auch die öffentliche Meinung (mit unbedeutenden Ausnahmen) gegen den bisherigen Kanzler Stellung. Unterdessen weist er im Osten (in Riga und Libau). Sicherlich wird er heute auch heimkehren, um bei der Rückkehr des Monarchen nach Berlin dort anwesend zu sein. Als dann wird die Krise in einen lebensfähigen Zustand treten. Wer aus ihr siegreich hervorgehen wird, das ist eine weitere Frage, die uns entgegentritt. Werden die Strömungen siegen, die der Demokratisierung und der Erhöhung der Wünsche des Reichstages geneigt sind, oder die gegnerischen Stimmen? Wird der Nachfolger des Reichskanzlers ein den demokratischen Kreisen sympathischer Mann sein, oder wird Michaelis bleiben, oder würde sein Nachfolger ein Anhänger der alldeutschen Orientation sein? Und außer diesen Fragen erscheint auch noch die Gestalt des Fürsten Bülow auf der Bildfläche, dieses — nach der Ansicht der „Germania“ — „geschickten Politikers und Diplomaten“, der, wie unser Berichterstatte schon vor einigen Tagen zutreffend bemerkte, in Berlin stets auftaucht, sobald der Wetterbericht von dort eine Krise meldet. Ob Fürst Bülow auch diesmal vergebens warten wird, wollen wir sehen. Jedenfalls ist zu bedenken, daß die Kandidatur des Fürsten Bülow keine — Friedenskandidatur wäre.

Nus Nr. 243 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 16. Oktober 1917.

Zum angeblich bevorstehenden Rücktritt des Herrn von Capelle

bemerkt der „Głos Narodu“:

Der Rücktritt des Herrn von Capelle gießt Öl in das Feuer, das wie eine unterirdische Lava das Berliner Parlament erschüttert. Der Kampf zwischen den Anhängern des Friedens und seinen annexionistischen Gegnern erreicht seinen Höhepunkt. Die Augen der Welt sind auf Berlin gerichtet, weil die Ereignisse, die sich dort abspielen, an politischer Bedeutung alles übersteigen, was sich bisher seit dem Beginn des Krieges auf beiden Seiten zugetragen hat, — nicht einmal die russische Revolution ausgeschlossen, weil diese nur die verborgene Anarchie des Zarentums liquidiert hat, während die politische Gärung in Berlin einen Staat mit seiner bisher mächtigsten Organisation umfaßt, auf der ein blinder Gehorsam gegen die Behörden

und die unbedingte Unterwerfung unter jede Regierung beruhte, die das Steuerruder in der Hand hatte.

Diese noch nicht alte Vergangenheit gestattet unter dem Gesichtspunkte eines gewissen Skeptizismus die Haltung der Berliner parlamentarischen Mehrheit zu betrachten. Aber die Psychologie der Völker unterliegt im Kriege mitunter plötzlichen Änderungen. Deshalb muß man die Vorgänge in Berlin aufmerksam beobachten, weil sie ein sichtbares Zeichen der Strömungen sind, die unter der Oberfläche einer bisher fägsamen Untätigkeit vielleicht sehr stark wühlen.

Plutus.

Nus Nr. 236 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 17. Oktober 1917.

Ein deutsch-polnischer Klub.

In den Staaten der Mittelmächte und ihrer Verbündeten entfallen auf 150 Millionen Einwohner ungefähr 50 Millionen Slawen. Darunter gibt es nahe an 25 Millionen Polen.

Es liegt also im Interesse beider Teile — der Deutschen ebenso, wie der Polen, daß sie sich gegenseitig näher kennen lernen — durch das Studium der Geschichte, der Literatur, der inneren politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen und schließlich auch der nationalen Bestrebungen. Das würde dazu beitragen, daß man für diese Tendenzen gegenseitig auch mehr Verständnis zeigen würde, als es bis jetzt der Fall war. Und eine solche Verständigung ist vor allem jetzt notwendig geworden angesichts der Tatsache, daß die Mittelmächte einen polnischen Staat aufbauen, der dem politisch-wirtschaftlichen Bunde Mittel-Europas beitreten soll.

Dieses gewaltige Projekt konnte ohne eine Verständigung mit den Slawen und hauptsächlich mit den Polen nicht verwirklicht werden.

Deswegen muß es den Deutschen auch darauf ankommen, daß sie sich mit unserer politisch-schöpferischen Kraft, mit unserer wirtschaftlichen Lage, mit unserer Kultur usw. vertraut machen, und daß sie auf allen Gebieten in enge Beziehungen zu uns treten. Daraus würden in gar mancher Richtung besondere Vorteile für beide Teile schon während des Krieges und um so mehr nach dem Kriege erwachsen.

Deswegen beschlossen ernste deutsche Politiker verschiedener Richtungen, in Gemeinschaft mit polnischen Politikern (vorläufig aus Warschau) einen deutsch-polnischen Klub zu gründen.

Es bestanden ja bis dahin schon deutsch-bulgarische, deutsch-türkische, deutsch-irische usw. Klubs. Alle diese Klubs tragen zur gegenseitigen Verständigung viel bei.

Und die Einsetzung des polnischen Regentschaftsrates im Königreich Polen, die gerade am hundertjährigen Todestage Kosciuszkos erfolgt ist, bildet eben die beste Gelegenheit, auch einen deutsch-polnischen Klub zu gründen. Durch eine solche Gründung könnte nämlich auch der Aufbau eines unabhängigen polnischen Staates erleichtert werden, der ein mächtiges Bollwerk gegen den Osten bilden soll. Ebenso könnte durch die Tätigkeit eines deutsch-polnischen Klubs das Zustandekommen eines Bündnisses dieses Staates mit den Mittelmächten gefördert werden. Und diesem Bunde würden sich wohl auch das slawische Bulgarien, sowie die Türkei anschließen, welche die Teilungen Polens nicht anerkannt hat. In diesem Sinne begrüßen wir also den künftigen deutsch-polnischen Klub.

Nus Nr. 240 des Kraj (Lissa)
vom 21. Oktober 1917.

Der „Kurjer Poznański“ hat in seiner Nummer vom 20. ds. Mts. unseren Artikel vom 17. zitiert, in

welchem wir mitteilten, daß ein deutsch-polnischer Klub in der Bildung begriffen sei. Der „Kurjer“ versieht, gezwungen, sich auf den „Kraj“ zu berufen, sein Zitat mit einer Bemerkung, die des Niveaus würdig ist, auf dem sich der „Kurjer Poznański“ seit einer gewissen Zeit hält.

Wir glauben, daß der „Kurjer Poznański“ das Eingehen des „Kraj“ heiß wünscht, da er damit das Organ los werden würde, das einzig die Kühnheit besitzt, das Hauptorgan der Nationaldemokratie sachlich und so zerschmetternd zu kritisieren. Wir werden aber dem „Kurjer Poznański“ dies Vergnügen nicht bereiten. Der „Kraj“ wird weiterhin erscheinen.

Der Schlußabsatz des „Kurjer Poznański“, worin er feststellt, daß er in polnischen Blättern bisher keine Notiz über den neuen Klub gefunden habe, wundert uns nicht. Wir haben schon manchmal festgestellt, daß die Schreiberseelen des „Kurjer Poznański“ die polnischen Blätter überhaupt nicht oder nur sehr wenig lesen, sich vielmehr überwiegend aus deutschen Blättern nähren. Sonst hätten sie über den neuen Klub schon aus der Posener „Gazeta Narodowa“ sowie aus einigen Warschauer Blättern sich informieren können. Das ist aber anscheinend für die Schreiberseelen von dem Zugschnitt des „Kurjer Poznański“ eine zu intelligente Lektüre.

Aus Nr. 164 der Prawda (Posen)
vom 23. Oktober 1917.

Was tut uns not?

Die Einsetzung des Regentschaftsrates im Königreich Polen ist das wichtigste Ereignis der letzten Tage. Die Augen der ganzen Welt sind jetzt auf Warschau gerichtet, wo der Regentschaftsrat in wenigen Tagen als die einzige rechtmäßige polnische Regierung zum polnischen Volke und zu der ganzen Welt sprechen wird.

Es wird jetzt nämlich, wie bekannt, eine Erklärung des Regentschaftsrates über das künftige Verhältnis Polens zu den Mittelmächten, nämlich zu Österreich-Ungarn und zu Deutschland erwartet. Der Regentschaftsrat wird aber bei der Normierung und Feststellung dieses Verhältnisses zugleich das Verhältnis Polens zu der übrigen Welt näher präzisieren, die jetzt in zwei Gruppen zerfällt, nämlich die Anhänger Deutschlands und Englands.

Es wird sich also schon in nächster Zeit herausstellen, auf welche Seite die höchste polnische Staatsgewalt Polen stellen wird. Ihren Entschlüssen hat sich aber jeder, der als ein echter Pole gelten will, ohne weiteres zu fügen.

Wir beschäftigen uns jedoch gegenwärtig mit dieser Frage noch nicht, weil wir nicht als Propheten auftreten und der Erklärung des Regentschaftsrates nicht vorgreifen wollen. Für die Erörterung dieser Frage wird übrigens noch Zeit genug sein, wenn schon allen bekannt sein wird, was der Regentschaftsrat beschlossen hat.

Die Erklärung des Regentschaftsrates wird für den nächsten Sonnabend, den 27. d. M. erwartet.

Das wird wohl der wichtigste Tag in der Geschichte Polens während des gegenwärtigen Weltkrieges sein.

Wir möchten heute hier die polnische Frage von dem Gesichtspunkte aus beleuchten, wie sie sich uns jetzt darstellt. Und da möchten wir zunächst fragen: Was tut uns jetzt am meisten not?

Bevor wir aber diese Frage beantworten, möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die häufigen Warnungen der deutschen Regierung lenken, die uns zur Vorsicht vor Spionen der Entente mahnen, welche ihr Unwesen auch bei uns im Lande in weitem Umfange treiben.

Und diese an uns gerichteten Mahnungen des mächtigen deutschen Staates haben ihre volle Berechtigung.

Denn haben auch wir Polen nicht Grund genug, schon mit Rücksicht auf unser eigenes polnisches Lebensinteresse vor der Maulwurfsarbeit solcher Spione auf der Hut zu sein?

Wirklich, wir haben alle Ursache, uns vor dieser geheimen Wühlerei der ausländischen Auskundschafter und Agenten in Acht zu nehmen. Und wir finden sie bei uns überall. Sie arbeiten für englisches und französisches und in der letzten Zeit auch für russisches Geld. Sie bekamen und bekommen auch jetzt noch dieses Geld dafür, daß sie in Privatwohnungen, auf der Straße, bei der Arbeit, ja sogar in Zeitungen allerlei Sachen erzählen, die uns Sand in die Augen streuen sollen.

Polen bildet nämlich gegenwärtig für England, Frankreich, Amerika und sogar Rußland ein begehrtes Objekt.

Deswegen scheuen auch diese Staaten keine Kosten, wenn es gilt, besondere Agenten und Spione zu besolden und mit ihrer Hilfe das polnische Volk zu betören. Diese Agenten suchen, um die Spuren ihrer Einnahmequellen und ihrer Auftraggeber am besten zu verwischen, alle diejenigen, die keine Bestechungsgelder nehmen und aufrichtig für die polnischen Interessen wachen, zu verdächtigen, daß gerade sie preußische Taler empfangen, daß ihre Blätter keine polnischen Blätter seien usw., usw.

Da könnte man sie aber fragen, ob die Mitglieder des polnischen Staatsrates und des Regentschaftsrates im Königreich Polen, also solche Männer, wie der Erzbischof von Warschau und der Fürst Lubomirski und andere ebenfalls preußische Taler erhalten.

Diese Agenten handeln nämlich so, wie jener Dieb, der, um die Wachsamkeit seiner Verfolger zu täuschen, selbst zu schreien anfing: Haltet den Dieb! Haltet ihn!

Und ein solcher Trick gelingt ihnen auch oft. Mit ihrem Geschrei und mit ihren falschen Verdächtigungen verstehen sie nämlich ebenfalls die Wachsamkeit anderer zu täuschen, und sie wühlen dann in unserer Mitte weiter.

Deswegen müssen wir stets daran denken, daß jeder, der von preußischen Talern oder davon spricht, daß dieses oder jenes polnische Blatt im Dienste der preußischen Regierung stehe, — daß ein solcher Mensch entweder selbst ein Agent ist, der französisches, englisches oder amerikanisches Geld empfängt oder daß er unter dem Einfluß solcher Agenten steht.

Solche Geheimagenten gehen nun unter unser Volk und reden ihm ganz unmögliche Sachen ein. Sie verbreiten also zunächst falsche Nachrichten über die wahren Beschützer des polnischen Volkes, und dann rühmen sie mehr oder weniger geschickt die Großmut Englands, Frankreichs, Rußlands oder schließlich auch Amerikas.

Und das alles tun sie nur zu dem Zweck, um uns gegen die rechtmäßige polnische Staatsgewalt aufzuheben, die bis in die letzte Zeit der Staatsrat repräsentierte und jetzt in dem Regentschaftsrat im Königreich Polen verkörpert ist.

Zumteil gelingt auch den Geheimagenten ihre Arbeit. Es läßt sich nämlich gar mancher von ihnen betören, zumal heute schon jeder infolge des Krieges sehr zu leiden hat. Und wenn diese Agenten außerdem noch über die Hafatisten zu schimpfen anfangen, da glaubt ihnen schon jeder Mensch. Denn die Hafatisten möchten uns tatsächlich am liebsten aufessen, und die deutsche Regierung ahndet leider nicht in einem entsprechenden Maße die Ausschreitungen dieses Konjortiums.

Man kann sich aber übrigens nicht wundern, daß durch solche Trabanten dieser Geheimagenten dieser oder jener einfache Mann irregeführt wird, da sogar gebildete, leichtgläubige Leute durch solche Wühlereien sich betören lassen.

Wer jedoch die Sache mit offenen Augen betrachtet, der wird schon bald diese geheime und von England usw. bezahlte Arbeit richtig durchschauen.

Was haben nämlich England und die anderen Staaten der Entente überhaupt bis dahin für Polen getan? Sie haben uns nur Güter — auf dem Monde versprochen.

Es steht übrigens schon seit Jahrhunderten fest, daß England und Frankreich an Polen überhaupt nichts gelegen ist. In dieser Hinsicht hat uns die Geschichte Beweise genug geliefert. Und von Rußland lohnt es sich hier überhaupt nicht zu reden.

Wie wenig sich aber England um Polen kümmert, das hat sich auch neulich wiederum gezeigt.

Es hat nämlich unlängst, der frühere Ministerpräsident Englands, Asquith, den die englische Regierung in England vorzuschieben pflegt, damit er jetzt für sie Reden halte und für sie auch die Welt belüge, in Liverpool wiederum eine Rede gehalten. In dieser Rede hat er aber Polen mit keiner einzigen Silbe erwähnt. Damit hat er bewiesen, daß England über die Friedensbedingungen sprechen kann, ohne über Polen auch nur ein Wort zu sagen. Das muß sich jeder von uns besonders merken, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er ein Freund oder ein Gegner Englands ist.

In einer anderen Rede, die Asquith im September gehalten hat, konnte man noch wenigstens den Satz von ihm hören, daß alle Engländer „die edlen Worte des Präsidenten Wilson unterschreiben“. Damit hat aber Asquith auch nicht etwa den Standpunkt der englischen Regierung, sondern lediglich die Anschauungen der öffentlichen Meinung in England über die polnische Frage feststellen wollen. Es ist nämlich charakteristisch für die Politik Englands in der polnischen Frage, daß man in der Presse, in den Versammlungen oder sogar im englischen Parlament auf einschlägige Anfragen mit dem Ausdruck der Sympathie für unsere Freiheit antwortete, daß aber eine offizielle Erklärung, in der das Verhältnis des englischen Kabinetts zu der polnischen Frage zum Ausdruck käme, niemals erfolgt ist. Die englische Regierung betrachtet nämlich die polnische Frage konsequent entweder als eine Frage seiner Verbündeten oder seiner Gegner.

So beschränkte sich diese Regierung vor dem Akt vom 5. November ausschließlich darauf, ihr Einverständnis mit den Anschauungen Rußlands zu betonen. Aber auch nach dem Akt vom 5. November schloß sie sich ebenfalls nur den Erklärungen fremder Staaten an, also entweder dem Manifest der revolutionären Regierung in Rußland oder „den edlen Worten“ des Präsidenten Wilson.

Daß England aber tatsächlich einen solchen und keinen anderen, auf jeden Fall wohlwollenden Standpunkt gegenüber Polen einnimmt, mußte sogar der Führer der Nationaldemokratie, Herr Roman Dmowski, zugeben. Und das geschieht noch im vierten Kriegsjahre! Wer könnte also vor allem angesichts der letzten Rede Asquiths den Versicherungen Englands über seine „Sympathie“ für Polen Glauben schenken? Höchstens wohl nur ein Naiver oder —

Wir könnten ja Hunderte von Beispielen anführen, daß England, Frankreich und Rußland sich nur insofern für Polen interessieren, als es ihnen darauf ankommt, den Mittelmächten dadurch zu schaden.

Aus alledem ergibt sich aber für uns folgende Lehre: Wir dürfen einerseits dem Geschwätz der geheimen und bezahlten Agenten nicht glauben, wenn sie uns von preussischen Talern und von solchen Blättern erzählen wollen, die im Dienste der preussischen Regierung stehen, und andererseits sollen wir uns auf unsere eigenen Kräfte stützen. Sehr hübsch waren deshalb in dieser Hinsicht die Worte des Bauern Runa, der bei Maciejowice mitgekämpft hat: „Der polnische Bauer hat eine breite Schulter und eine feste Hand.“

Wenn wir also jetzt alle einig sind, und der polnischen Obrigkeit (gegenwärtig dem Regentschaftsrat) gehorchen, so gibt es keine Macht, die wir nicht besiegen könnten.“

Das sind fürwahr heilige Worte! Denn die Eintracht tut uns wirklich not und ebenso der Gehorsam gegenüber der polnischen Regierung. Und wenn wir außerdem noch eine polnische Armee gebildet haben, so wird uns niemand und nichts mehr überwinden können.

Wir wiederholen also noch einmal: Wir müssen uns jetzt vor allem in Acht nehmen vor besoldeten, geheimen Agenten und Agitatoren Englands, Frankreichs, Rußlands oder Amerikas; wir müssen weiter untereinander einig und einmütig sein, wir müssen außerdem der polnischen Regierung gehorchen, und wir müssen schließlich für ein polnisches Heer sorgen. Das alles tut uns jetzt not. (f.)

Aus Nr. 20 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Oktober 1917.

Unsere Industrie.

Die Lösung der Hebung unserer Industrie fängt an, die Allgemeinheit zu durchdringen. Nicht bloß Einzelheiten, sondern zu dieser schweren Arbeit auf, sondern auch die breiten Massen unserer Volksgesamtheit fangen an, diese Lösung zu ergreifen und warten nur auf einen geeigneten Augenblick. Dieser Umstand zeigt unsere wirtschaftliche Reife und gibt uns zugleich die Sicherheit, daß die Volksgesamtheit unseres Gebietes, die durch den Kampf um ihr Dasein mit fremden Elementen gestählt ist, diesen Aufforderungen gegenüber nicht taub bleiben wird, zu unsern erfahrenen Faktoren Vertrauen fassen, in die Zukunft blicken und sich zum Schutz ihrer eigenen Interessen tatkräftig an die Arbeit machen wird.

Allerdings ist bis zu diesem Augenblicke noch keine Hoffnung vorhanden, daß man unsere Pläne bald in die Tat wird umsetzen können, weil die endgültige Verwirklichung dieser Pläne, so lange in unserem Lande noch Kriegsunruhen bestehen, ersten Hindernissen begegnen würde. Die Gründung dreier neuer Genossenschaftsunternehmungen scheint zwar meinen Ansichten zu widersprechen. Das ist aber nur in gewissen Zweigen (wie hier in Handelsfachen) der Fall, wogegen das Inslebenrufen rein industrieller Organisationen schweren Hindernissen begegnet, wie z. B. die übertriebenen Preise für Maschinen, Bauartikel usw.

Dagegen sind die vorbereitenden Arbeiten zur Organisation der industriellen Unternehmungen sehr an der Zeit. Die Angelegenheit der Hebung bzw. Besserung der industriellen Verhältnisse im Königreiche und in Galizien ist populär geworden, die Augen aller sind dorthin gerichtet, und deshalb wird die Arbeit an der Hebung unserer Industrie in der Provinz Posen dem Anschein nach vergessen und an eine andere, womöglich an die letzte Stelle gesetzt. Im Königreich und in Galizien öffnet sich uns freilich ein dankbareres Feld der Tätigkeit, wogegen in Posenschen angesichts der eingewurzelten und breit verzweigten fremden Industrie eine größere Kraftanstrengung nötig und der Erfolg zur Zeit ein geringerer sein wird. Unsere jungen Unternehmungen, die erst entstehen sollen, werden mit der fremden, eingewurzelten Konkurrenz einen erbitterten Kampf zu führen haben. Aber aus diesem Grunde haben wir noch kein Recht, Bedenken zu tragen, und eine Zuversicht verleiht uns der Umstand, daß wir dort, wo wir mit einer aufrichtigen und ausdauernden Arbeit einsetzen, auch stets gesiegt haben.

Wie der Krieg mit allen seinen Folgen uns die Notwendigkeit der Hebung unserer Industrie jenseits der Grenze in seiner ganzen Wirklichkeit nahegelegt hat, so zwingt er uns auch dazu, unsere Aufmerksamkeit auf die im Posenen vernachlässigten Zweige unserer Industrie zu richten. Viele Zweige würden sich heute weit günstiger darstellen, wenn wir uns um deren rechtmäßige Entwicklung schon vor dem Kriege mehr bekümmert hätten.

Die Hauptursache dieser Saumseligkeit war vor allem der Mangel an Kapitalien und an Verständnis für die Organisation. In letzterer Zeit hat sich der organisatorische Geist in dem Maße gesteigert, daß jeder Fabrikhaber und größere Kaufmann und Industrielle die Notwendigkeit der Organisation anerkannte. Wir besitzen auch genügend flüssige Kapitalien, und die Möglichkeit für deren vorteilhafte Unterbringung ist sehr gering.

Man müßte meinen, daß wir einen vorteilhafteren Augenblick zur Organisation der industriellen Genossenschaften nicht erleben werden.

Anton H. Niezgodzki.

Aus Nr. 240 des *Kurjer Poznański* (Posen)
vom 20. Oktober 1917.

Um die Handwerker-genossenschaften.

Die Frage, wie man unser Handwerk am besten unterstützen und auf den richtigen Weg bringen und wie man auf diese Weise auch die Grundlage für den künftigen Bau unserer Industrie schaffen soll, ist heute bei uns schon sehr aktuell geworden. Zu dieser Frage erhalten wir jetzt aus Handwerkerkreisen in der Provinz folgendes Schreiben:

Die Erörterung, ob und unter welchen Bedingungen sich unsere Handwerker-genossenschaften entwickeln könnten, die sich mit dem Einkauf von Rohstoffen und mit dem Verkauf fertiger Fabrikate des Handwerks befassen würden, ist nicht neu, denn es hat diese Frage schon vor mehreren Jahren der verstorbene Kurator unserer Genossenschaften, der Geistliche Bawrzyniak, in Erwägung gezogen. Ebenso hat der Rechtsanwalt Gzypicki aus Koschmin verschiedene statistische Erhebungen angestellt, um die Notwendigkeit derartiger Genossenschaften, die dem Handwerk zu Hilfe kommen würden, festzustellen. Die Sache mußte aber nicht leicht sein, da bis dahin in dieser Richtung kein entscheidender Schritt getan worden ist. Wieviel nämlich dazu gehört, damit solche Genossenschaften prosperieren könnten, das wissen am besten die Mitglieder dieser Genossenschaften selbst. Bis dahin hat niemand näher untersucht, wie viel Kummer und Mühen diejenigen hatten, welche, sei es eine finanzielle oder eine kaufmännische Genossenschaft bei uns gegründet haben. Und diejenigen, welche solche Genossenschaften ins Leben gerufen haben, konnten sich selbst, wenn die Genossenschaft später prosperierte, an diese anfänglichen Unannehmlichkeiten nicht mehr erinnern. Es ist wirklich schade, daß unsere Genossenschaften nicht Buch darüber führen, wie sie entstanden sind, was sie anfangs durchzumachen hatten, welche Schwierigkeiten sie überwinden mußten, was die Ursache dieser Schwierigkeiten war und wodurch schließlich diese Schwierigkeiten gehoben wurden. Das alles würde uns jetzt einen willkommenen Stoff bieten, denn gar manche Erfahrung, die damals gemacht wurde, würde uns in Zukunft vor empfindlichen Verlusten bewahren.

Bevor ich jedoch an mein eigentliches Thema herangehe, möge mir gestattet sein, festzustellen, was eigentlich ein Handwerker ist. Der Handwerker ist ein Mittelglied zwischen dem gewöhnlichen Arbeiter und dem Künstler. Er muß sich den Ansprüchen des Publikums anpassen. Er darf also nicht seinen eigenen

Weg gehen und kein ausgeprägtes eigenes Programm haben, denn er muß sich den Launen der Mode und seiner Kundschaft fügen. Außerdem ist hier noch in Betracht zu ziehen, daß er ständig bemüht sein muß, seine Kenntnisse und seine Fertigkeit zu vervollständigen und seine Erzeugnisse zu vervollkommen, wobei er die neuen modernen Erfindungen zu berücksichtigen hat. Unsere Industrie muß sich also vor allem in künstlerischer Hinsicht heben, wenn sie in der Welt Bedeutung erlangen und als spezifisch polnische Industrie auftreten will. Wir müssen so weit kommen, daß das Ausland selbst polnische Bedarfsartikel verlangt. Deswegen dürfen sich nicht lauter Handwerker zu Genossenschaften vereinigen, denn es würde dann bei unseren Handwerkern sofort ein Stillstand in ihrer Vervollkommnung eintreten. Die Erzeugnisse einiger Duzende solcher Handwerker, die sich in Genossenschaften zusammenschließen würden, würden nämlich das Gepräge einer Schablone tragen und allmählich auf das Niveau einer Ramschware herabsinken.

Ich bin selbst Handwerker, und ich habe als Geselle jahrelang in verschiedenen Fabrikwerkstätten gearbeitet. Ich kann hier also aus Erfahrung nur das eine sagen: Wenn ich etwas gelernt habe, so war es nicht in einer Fabrik, sondern bei einem guten Meister. Denn in der Fabrik ist der Handwerker nichts anderes, als ein gewöhnlicher Arbeiter. Er fertigt nämlich nur das an, was der Werkmeister für ihn bestimmt und zuweist. Wenn er dieses sein Pensum absolviert hat, so kommt der Werkmeister von neuem und weist ihm eine neue Arbeit zu. Der Werkmeister hat sich also allein um die Sache zu kümmern; er hat auch allein Sorge dafür zu tragen, ob und wie das Fabrikat angefertigt wird. Dem Handwerker ist es sehr wenig daran gelegen, wie dieses Fabrikat ausgefallen ist, denn die Verantwortung für die Fabrikate übernimmt der Werkmeister und nach außen hin die Firma. Deshalb legte ich auch selbst in der Fabrik auf die Vollkommenheit der Ware kein Gewicht. Es genügte mir, dem Werkmeister Sand in die Augen zu streuen und die Arbeit möglichst rasch und mit möglichst wenig Kraftanstrengung fertig zu bringen. So habe ich getan, und ich soll nicht gerade der schlechteste gewesen sein.

Könnte man also unserem Handwerk auf keine Weise zu Hilfe kommen und es derart heben und entwickeln, daß es allmählich zu einer Bedeutung in der Welt gelange? Doch, und zwar auf eine ganz einfache Weise. Wir müssen nämlich für die einzelnen Handwerke Engros-lager-genossenschaften gründen, an denen sich auch die Handwerker beteiligen könnten. Aus den Engros-lagern würden sich später nach Maßgabe des Bedürfnisses Fabriken zur Verarbeitung der Rohstoffe entwickeln, und das Handwerk würde auch aus diesen einen besonderen Nutzen ziehen. Ich will hier die Sache an folgenden Beispielen klarlegen.

Bei uns ist die Schuhmacherei ein viel verbreitetes Handwerk. Sie hat sich auch schon einen gewissen Ruf erworben. Das sahen wir noch vor kurzer Zeit. Unsere Schuhmachermeister wurden nämlich von der Kundschaft sogar in ihren eigenen Wohnungen angegangen, neues Schuhwerk zu liefern. Denn weder in Berlin, noch in Leipzig hätten die Schuhmacher verstanden, ein so dauerhaftes Schuhwerk mit solchem Chic anzufertigen. Wenn wir damals ein eigenes Engros-lager gehabt hätten, aus dem der Schuhmacher gut verarbeitete Rohstoffe hätte erhalten können, so hätte keine Macht mehr unserem Schuhmacherhandwerk schaden können. Die fremden Firmen haben aber damals infolge Druckes aufgehört, unsern Schuhmachern gute Ware zu liefern, oder sie haben die Lieferungen überhaupt ganz eingestellt. Da fing natürlich das Klagen an, und unsere Schuhmacher haben unterdessen viele Verluste gehabt, bis sie auf Grund der Billigkeit der Ware und ihrer Pünktlichkeit

bei der Anfertigung wiederum einigermaßen ins Gleichgewicht kamen. Und können solche Zeiten nicht wiederkehren? Was dann aber, wenn noch schlimmere kommen?

Es wäre also schon heute Zeit daran zu denken, wie man einer solchen Kalamität vorbeugen kann. Nach dem Kriege wird die Zufuhr möglich sein. Wir können also jetzt schon ein Engroslager für Leder und sonstige Materialien des Schuhmacherhandwerks einrichten. Haben wir es aber bereits eingerichtet, so wollen wir tüchtige Schuhmacher- und Sattlermeister zu Rate ziehen und sie in die Engroslagergenossenschaft aufnehmen. Bei gesteigertem Bedürfnis wird es dann auch nicht mehr schwer fallen, eine eigene Gerberei einzurichten. Wir haben ja jetzt schon Leute im Königreich Polen, die das feinste Zuchtenleder aus Kalbsfell und Cassianleder aus Ziegenfell herstellten. Keine Gerberei in der Welt wird dann Fabrikate liefern können, die den polnischen Fabrikaten gleichkämen. So wird uns keine Konkurrenz mehr erdrücken können, und die Erzeugnisse unseres Schuhmacherhandwerks werden in der Welt bald eine begehrte Ware sein. Unser Engroslager wird nämlich auch den Absatz des fertigen Schuhwerks auf den Weltmärkten unterstützen. Der intelligente, einzelne Handwerker wird aber dadurch, daß er direkt die Rohstoffe aus dem Engroslager erhalten wird, sein Handwerk bis zum Umfange einer kleinen Fabrik unter eigener Aufsicht erweitern können, wodurch er wiederum seinen ärmeren Kollegen Brot und Verdienst verschaffen wird.

Ist es übrigens auch notwendig, daß ein Reisender aus Hamburg oder Berlin unsere Kaufleute und Schneider aufsucht und Bestellungen auf „englische und französische“ Stoffe entgegennimmt, um uns imitierte und in Augsburg und Chemnitz angefertigte Ware zu liefern? Wenn wir wirklich ausländische Ware haben wollen, so können wir doch selbst in direkte Handelsbeziehungen mit Frankreich und England treten. Und wer eine billigere Ware haben möchte, der könnte sich mit den Landeserzeugnissen begnügen und brauchte nicht betrogen zu werden.

Was hindert uns nämlich ein eigenes Engroslager auch für die Schneider einzurichten? Etwa der Mangel an Menschenkräften? Allerdings, aber auch unser „Kolnii“ hatte doch ähnliche Schwierigkeiten zu überwinden. Und sobald der Krieg zu Ende sein wird, wird es uns, Gott sei Dank, an einem entsprechend ausgebildeten Menschenmaterial nicht fehlen. Sollte es außerdem auch schwer fallen, eine eigene Fabrik für Leinwand-, Futterstoffe und Zwirn einzurichten? Der Geistliche Bilinski im Gouvernement Kolisch hat doch sogar auf dem Lande ohne einen elektrischen Motor und ohne jede Gaseinrichtung einige Textilwerkstätten für Handarbeit eingerichtet, wo mehrere Familien ihren Verdienst fanden. Die Erzeugnisse dieser Werkstätten habe ich selbst während der Ausstellung in Kolisch gesehen. Ich konnte mein Staunen darüber nicht unterdrücken, wie irgend jemand es wagen konnte, ohne Eisenbahnverbindungen und ohne alle modernen verbesserten Einrichtungen Webereierwerstätten einzurichten. Und doch hat es dieser Geistliche gekonnt, — und er hat recht daran getan. Wäre nämlich der Krieg nicht dazwischen getreten, so hätte sich seine Fabrik immer mehr entwickelt, wie sich auch z. B. die Fabrik in Byrdow aus kleinen Anfängen emporgearbeitet hat. Um wie viel leichter wird also die Sache uns fallen, wenn wir für unsere Erzeugnisse schon eine Stütze in einem Engroslager finden und unseren Absatz vorläufig nur auf unsere eigenen Bedürfnisse beschränken!

Denken wir auch daran, wie viel Waggons verschiedener „Abfälle“, unsere Fleischermeister alljährlich der Fabrikindustrie im Westen liefern. Und es gehört

doch wirklich nicht viel dazu, um eine Leimfabrik auch in unserem Lande einzurichten. Eine Kleinigkeit wäre es dann, mit ihr auch noch eine Stearinfabrik zu verbinden. Haben wir aber einmal unsere eigene Stearinfabrik, so wird keine Konkurrenz imstande sein, auch unsere Lichtefabrikation, die wir mit dieser Fabrik verbinden werden, niederzuringen. Bis dahin bezogen wir die „Apollo“-Lichte aus Wien und die „Motard“-Lichte aus Spandau. Unsere künftige Arbeit würde sich also reichlich auch dann schon lohnen, wenn wir die Transportkosten und Zollgebühren sparen. Bis dahin bezogen unsere Fabriken, die Lichte fabrizierten, das Stearin aus Spandau, während unsere Fleischer ihren Talg, obwohl Lichte bei uns schon fabriziert wurden, waggonweise nach Spandau verschickten.

Es ist mir unmöglich hier alle Beispiele anzuführen, aus denen sich ergeben würde, wie sehr die Engroslager unserem Handwerk zu Hilfe kommen würden und in welchem Maße sie dazu beitragen müßten, unser Handwerk lebensfähig zu machen und zu vervollkommen.

Allerdings müssen wir auch damit rechnen, daß anfangs gar manches sich nicht lohnen und gar manches auch verderben wird. Aber jeder Anfang ist doch schwer.

Unser tägliches Brot finden wir bei uns immer, weil unsere Landwirtschaft auf der Höhe steht. Aber es fehlt uns eben eine eigene Industrie, die dazu beitragen würde, daß wir selbst an Ansehen in der Welt gewinnen und daß unsere Brüder nicht nach dem Westen auszuwandern brauchen.

Unsere Engroslager würden natürlich anfangs keine Umsätze aufweisen, die man auf Millionen schätzen könnte. Ebenjowenig würden sie sofort im Anfange gewaltige Dividende bewilligen. Aber wir werden uns dann jedenfalls auf uns selbst stützen und eine gesicherte Existenz finden.

Wir wollen also jetzt schon aufwachen, damit nicht etwa später ein Säger das Lied über uns anstimme: „Ein goldenes Horn hattest du, Bauer, in der Hand, und eine Mütze mit dem Federbusch, und von diesem allen ist dir nur — der Strick geblieben.“

A. Maslowski.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 286 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 16. Oktober 1917.

Der Regenthschaftsrat.

Durch die Einsetzung des Regenthschaftsrates wird die bekannte Verfügung vom 12. September in die Praxis umgesetzt. Die unmittelbare Folge davon wird die Ernennung eines Ministerpräsidenten sein, der seinerseits sich unverzüglich mit der Organisation der polnischen Regierungsbehörden für diejenigen Gebiete befassen muß, die von vornherein oder erst allmählich seitens der Okkupationsbehörden ihnen überwiesen werden. Bekanntlich gehören hierzu bereits das Gerichts- und das Schulwesen, die vorläufig von der Übergangskommission des Staates verwaltet werden. Den Verlauf der weiteren Ereignisse nach dieser Richtung hin wird die Praxis zeigen.

Die Aufgaben der polnischen Staatsbehörden ergeben sich genau aus der Natur der Sache. Es handelt sich um die Organisation der staatlichen Verwaltung in dem Umfange, wie es die Verhältnisse des Krieges und die Vereinbarungen mit den Okkupationsbehörden gestatten werden. Diese Organisation kann naturgemäß keine endgültige sein, da die polnischen Behörden selbst

nur vorläufige sind; aber sie muß so gut durchgeführt werden, daß sie für den Anfang genügt und dem Lande in den bereits erwähnten Grenzen Ruhe, Ordnung und die Vorbedingungen der sozialen Arbeit bringt und ihm die Möglichkeit der Entwicklung für die Zukunft verbürgt. Wahrscheinlich wird sich die Pflicht der polnischen Behörden auch auf die rein vorbereitenden Arbeiten an der zukünftigen konstitutionellen und administrativen Gestaltung Polens erstrecken, die ein wirklich bedeutungsvolles Material für die Beschlüsse der zukünftigen endgültig konstitutionierenden Körperschaften bilden können.

Es versteht sich von selbst, daß dies alles weder einfach noch leicht sein wird. Vor allem erschwert der Krieg selbst manches, was sich während des Friedens in normaler Weise erledigen ließe. Ferner werden viele Hindernisse in der Tatsache des wirtschaftlichen Ruins vieler Produktionszweige bestehen. Schließlich dürfen wir nicht verbergen, daß wir durchaus keinen Überfluß an Leuten haben, die zur Aufnahme der uns seit Jahrzehnten fremd gewordenen Aufgabe geeignet sind.

Die sich aus obigen Ursachen ergebenden Schwierigkeiten werden sich nur dann erfolgreich überwinden lassen, wenn die polnischen Behörden durch Eifer, Fachwissen und Takt in öffentlichen Angelegenheiten sich gleich zu Anfang das Vertrauen der Allgemeinheit erwerben. Denn wenn es schon im allgemeinen zu den Annexionen der politischen Wissenschaft und Kunst gehört, daß sich ohne Zustimmung der Allgemeinheit nichts Ersprießliches erreichen läßt, so hat diese Wahrheit in unserem Volke und namentlich im gegenwärtigen Augenblick eine besondere Bedeutung. Um unsere Allgemeinheit zu staatschöpferischer Arbeit zu ermuntern, muß man in ihr Vertrauen zu der obersten Leitung erwecken und ihr vollständig reale Aufgaben stellen. Alsdann kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß der Parteiwiderstand verstummen und sich der bei uns stets vorhandene Wille zeigen wird, dem Lande zu dienen und ihm zur Unabhängigkeit zu verhelfen.

Wie der Aufbau des eigenen Gerichts- und Schulwesens kein Parteiverk ist und sein kann, das von politischen Anschauungen abhängig ist, so wird auch in den anderen Verwaltungszweigen das grundsätzliche Ziel eines wahrhaft organischen Baues klar und allgemein verständlich sein. Sowohl hier als auch dort muß es sich um die elementaren Grundlagen des Daseins handeln, ohne die kein Staatswesen auskommen kann. Das Streben nach der Sicherung dieser Grundlagen ist kein Monopol von bestimmten Personen oder Parteien, sondern Sache der Allgemeinheit. Dem Volke ein solches reales Ziel zu zeigen, ihm zu beweisen, daß seine Erreichung ausschließlich nationalen Interessen dient, das bedeutet, sich die aktive Mitarbeit und die moralische Zustimmung der Volksgesamtheit sichern.

Zur Erreichung der notwendigen Verständigung und Verbindung zwischen der polnischen Behörde und der Volksgesamtheit kann am meisten die Freiheit der öffentlichen Meinung beitragen. Ein bedeutungsvoller Faktor in diesem Sinne wäre ein Staatsrat, der möglichst getreu das politische Denken des Landes widerspiegeln würde.

Wir zweifeln nicht, daß sich der Regentschaftsrat bei seiner Tätigkeit von diesen einfachen und unbestreitbaren Grundsätzen leiten lassen wird.

Aus Nr. 283 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 16. Oktober 1917.

Die Einsetzung des Regentschaftsrats.

Da durch Fügung der göttlichen Vorsehung das polnische Volk nach langen Jahren des Verfalls und

der Unfreiheit wieder sein unabhängiges Dasein erhält, türmt sich vor ihm eine ungeheuer schwierige Aufgabe auf. — Auf den Trümmern der fremden Herrschaft von neuem vom Fundament bis zum Gipfel — das neue Gebäude der eignen Staatseinrichtungen aufzurichten, die aus der Asche der erstandene Tradition der früheren Zeit wiederzu-erwecken und sie neuzeitlichen Institutionen zu überweisen, die ganze Kraft des Volkes, die zur Schaffung und Verteidigung des Volkes notwendig ist, hervorzubringen, zu vereinigen und zum gemeinsamen Ziele zu leiten, in der Seele der gegenwärtigen Generation den Instinkt für staatliche Mitwirkung, nationale Würde und geschichtliche Mission zu wecken, — diese ganze Arbeit müssen diejenigen leisten, denen es vergönnt war, das Morgenrot der Freiheit des Vaterlandes zu erleben und zu sehen.

Und je größer und schwieriger diese Aufgabe ist, desto stärker trifft jeden von uns die Pflicht, seine ganze Kraft und seine ganze Seele dem öffentlichen Dienste zu widmen.

Es haben sich daher dieser Pflicht auch diejenigen nicht entzogen, denen die Mitbürger die schwere Aufgabe der obersten Leitung und Organisierung der neuen polnischen Staatsbehörden bis zu der Zeit übertragen haben, da der Wille des Volkes, durch den allgemeinen Landtag verkörpert, von ihren Schultern die schwere, jedoch ehrenvolle Last nehmen wird.

Acht Monate lang haben die notwendigen Vorbereitungsarbeiten des vorläufigen Staatsrats gedauert, der aus der Mitte des polnischen Volkes durch den Willen zweier Kaiser berufen war, die, nachdem sie das Land durch Kriegsrecht besetzt hatten, großmütig beschlossen, ihm die Freiheit wiederzugeben und ihm eine eigne staatliche Gestaltung noch während des gegenwärtigen Krieges zu verleihen. Diese einleitenden Arbeiten sind so weit gefördert worden, daß nunmehr die beiden Monarchen, indem sie auf den eingeschlagenen Wege weiterstreben, es für möglich erkannt haben, sich mit der Schaffung von polnischen Staats- und Regierungsbehörden nach dem von dem vorläufigen Staatsrat vorbereiteten Grundsätzen und mit der allmählichen Übergabe der Zivilverwaltung an diese Organe und Behörden einverstanden zu erklären.

An die Spitze sämtlicher polnischer Behörden wird bis zur Wahl des Staatsoberhauptes durch den Landtag der Regentschaftsrat als oberstes Organ des polnischen Staates, als Vertreter und Organisator treten, mit dem monarchischen Rechte ausgestattet, die Gesetze zu sanktionieren. Er wird einen Staatsrat berufen, der die gesetzgebende Tätigkeit ausüben und die Ausführung der Gesetze bis zur Einberufung des Landtages überwachen wird; auch wird er eine polnische Regierung ins Leben rufen, deren Mitglieder die unmittelbare Verwaltung der verschiedenen Zweige des staatlichen Lebens übernehmen werden.

Diese Gestaltung, durch die das Recht der Ernennung der Behörden, der Erlass der Gesetze und ihre Ausführung in polnische Hände gelangt, gibt dem polnischen Staate die tatsächlichen Merkmale der Unabhängigkeit. Die Bürgschaft für diese beruht in der Anerkennung und Garantie der Mittelmächte, die sich mit dem polnischen Staate in einem Bündnis befinden. Außerdem aber müssen wir bald auch diejenige Bürgschaft der Unabhängigkeit erlangen, die für jeden unabhängigen Staat ein eignes reguläres und diszipliniertes Heer bildet. Unsere tapferen Legionen werden uns diese Aufgabe erleichtern.

Das alles jedoch, diese ganze Organisation, bildet zwar eine notwendige, jedoch nicht ausreichende, weil nur äußere Form der staatlichen Gestaltung. Erst wenn diese durch lebhafteste Beteiligung und Mitwirkung der sozialen Kräfte, die in jedem modernen Staate so notwendig sind, einen Inhalt erhält, kann

aus dem wiedererweckten polnischen Staate ein kräftiger und gesunder, also ein lebensfähiger und wirklich unabhängiger Staatsorganismus geschaffen werden.

An diese Aufgabe müssen das ganze polnische Volk wie auch die andern Völkerschaften herantreten, die das polnische Land bewohnen, wie auch alle Schichten der sozialen Klassen. Der Zweck und die Aufgabe des Staates kann nicht ein innerer Kampf der verschiedenen nationalen und wirtschaftlichen Gruppen sein, sondern der Ausgleich und die Milderung der bestehenden Gegensätze und der Schutz der Schwachen und Bedrängten, damit sich alle als rechtmäßige Bürger des Staates fühlen und dieses ihr Bürgertum durch eifrige Arbeit für das allgemeine Wohl beweisen.

Wer dieses polnische Land liebt, wer es für sein Vaterland hält, möge in diesem großen Augenblick seiner staatlichen Wiedergeburt alle Sonderbestrebungen alle Parteilichkeit oder Voreingenommenheit von sich werfen, möge sich mit dem ganzen Volke in Eintracht, Liebe und Arbeit vereinigen.

An den Wiederaufbau der polnischen Unabhängigkeit wollen wir gehobenen Herzens herantreten.

Aus Nr. 315 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 21. Oktober 1917.

Warschau, den 18. Oktober

Die endgültige Bestätigung des Regentschaftsrates macht schließlich dem langen und qualenden Warten ein Ende und beendet zugleich jene akademischen Erörterungen, die in Warschau stets einen so dankbaren Boden finden. An ihre Stelle tritt jetzt eine Reihe praktischer Fragen. Es scheint nämlich keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß, nachdem der Ausbau des polnischen Staates im Sinne des Septembermanifestes bereits begonnen hat, und die erste Etappe auf dem Wege dieses Ausbaues, nämlich die Einsetzung eines Regentschaftsrates, überschritten ist, die weiteren Vorgänge in einem beschleunigten Tempo folgen werden.

Denn gegenwärtig ist schon die Richtlinie für die Lösung der polnischen Frage vorgezeichnet und der Rahmen für sie gegeben. Es kommt also nur noch darauf an, in diesem Rahmen einen positiven Inhalt hineinzutragen.

Gegenwärtig steht also auf der Tagesordnung: die Frage des Manifestes des Regentschaftsrates, die Ernennung eines polnischen Ministerpräsidenten und die Bildung eines polnischen Ministeriums.

Für den Posten des Ministerpräsidenten wird jetzt der Graf Adam Tarnowski als Kandidat vorgeschoben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er Unterstützung von Seiten aller polnischen aktivistischen Parteien finden würde. Aber es sollen noch große Schwierigkeiten in dieser Richtung obwalten.

Diese Frage bleibt also vorläufig noch offen. Aber schon die nächsten Tage sollen Klärung bringen. Eine Klärung soll ebenfalls in den nächsten Tagen die Frage der Kabinettsbildung erfahren. Ihre Lösung wird wahrscheinlich mit weniger Schwierigkeiten verbunden sein, als man es erwartet hat. Aus den letzten Tagen sind nämlich zwei Tatsachen zu verzeichnen, die auf die Gestaltung der parteipolitischen Verhältnisse im Königreich Polen einen besonderen Einfluß ausüben werden.

Die erste dieser Tatsachen ist die Einsetzung des Regentschaftsrates. Dadurch wurde nämlich die Richtung der politischen Prämissen und der politischen Prognose des aktivistischen Lagers in einer ganz entschiedenen Weise bestätigt. Als die zweite Tatsache ist das charakteristische Schweigen der Staatsmänner der Koalition in der polnischen Frage in ihren Reden zu verzeichnen.

Diese beiden Tatsachen haben das passivistische Lager in Verwirrung gebracht. Es wurden nämlich dadurch jene seichten politischen und ideologischen Grundsätze erschüttert und umgestoßen, auf die sich die Passivisten mit Vorliebe zu stützen pflegten.

Der Standpunkt der Passivisten ist jetzt unhaltbar geworden. Angesichts der Prolamierung des Regentschaftsrates muß sich nämlich heute schon jeder erklären, ob er „mit oder gegen die polnische Regierung“ gehen will.

In einigen Tagen, vielleicht schon in der nächsten Woche, wird die feierliche Inthronisation des Regentschaftsrates stattfinden. Dieser Tag wird für die Gesamtheit des polnischen Volkes von außerordentlicher Bedeutung sein, denn an diesem Tage wird der Regentschaftsrat zugleich sein Manifest an das polnische Volk erlassen. Dieses Manifest wird die erste diplomatische Urkunde der offiziellen Vertreter des unabhängigen polnischen Staates sein. Die polnische Volksgesamtheit ist keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß das Manifest sich auf dieselben Voraussetzungen und Ideen stützen wird, deren Träger seit Anbeginn des Krieges der polnische Aktivismus war. Diese Ideen waren es nämlich, die die mühselige und verantwortungsvolle Arbeit des anfänglich numerisch unbedeutenden aktivistischen Lagers mit einem so herrlichen Siege gekrönt haben.

An dem Tage der Inthronisierung wird der Regentschaftsrat seine Amtsgeschäfte in vollem Umfange übernehmen.

Die provisorische Kommission des Staatsrates hat bereits gestern dem Staatsrate gehuldigt und ihre Mandate in seine Hände niedergelegt. Der Regentschaftsrat hielt es jedoch für angebracht, die Kommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bis auf weiteres zu behalten. An den Sitzungen der Kommission wird von jetzt ab der Sekretär des Regentschaftsrates, Herr Prälat Sigismund Chelmiński, teilnehmen.

Diesen Entschluß des Regentschaftsrates muß man als eine Anerkennung für die bisherige Tätigkeit des Staatsrates und als den Ausdruck der Kontinuität des Ausbaues des polnischen Staates begrüßen.

Denn der Staatsrat hat unter den schwierigsten Bedingungen und mit Selbstaufopferung das Fundament für das polnische Staatswesen gelegt. Auf dieses Fundament kann sich jetzt der Regentschaftsrat mit aller Sicherheit stützen.

Diese Tatsache darf nie vergessen werden.

Stanislaus Rene.

Aus Nr. 312 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 18. Oktober 1917.

Der Regentschaftsrat des Königreichs Polen.

Gestern brachten wir an erster Stelle ein Telegramm des Kaisers Wilhelm, gerichtet an den Warschauer General-Gouverneur von Beseler, über die Ernennung des Regentschaftsrates des Königreichs Polen, — und unter den letzten telegraphischen Nachrichten über dieselbe wichtige Angelegenheit eine Benachrichtigung des General-Gouverneurs Grafen Szeptycki in Lublin im Auftrage des Kaisers Karl. Der Akt der amtlichen Ernennung wird alsbald feierlich im königlichen Schlosse in Warschau erfolgen. Von der Vorbereitung dieser Feierlichkeit hat unser Warschauer Berichterstatter bereits Mitteilung gemacht.

Durch die Verleihung der sichtbaren Merkmale der Unabhängigkeit des erstehenden polnischen Staates und der Souveränität seiner höchsten Gewalt erfüllt sich also der heißeste Wunsch unseres Volkes. Nach hundertjähriger Knechtschaft wird ein Volk zu neuem Leben berufen, und auf den Trümmern einer Fremdherrschaft entsteht ein neuer Staat. Der Regentschaftsrat als seine höchste Behörde, ausgestattet mit

dem schönsten Kleinod eines Herrschenden, mit dem monarchischen Recht der Gnadenweise und der Bestätigung der Gesetze, soll die schwierige, aber überaus ehrende Aufgabe der Organisation des Staates erfüllen. Bis zur Übernahme der Regierung seitens des Königs oder Regenten wird er dieses Amt verwalten. Seine erste Aufgabe wird jetzt die Berufung eines Ministerpräsidenten sein, der die Regierung bilden und ein Gesetz über die Bildung des Staatsrates vorbereiten soll, als eine gesetzgebende und kontrollierende Institution — bis zur Einberufung des Landtages.

Diese Aufgabe wird der Regentschaftsrat nur dann erfüllen können, wenn das Volk ihn mit seinem Vertrauen mit kräftigem Willen und mit der Tat unterstützen wird. Deshalb blickt heute auch die ganze Welt fragend auf unser Volk, ob es imstande sein wird, seine Gedanken auf ein Ziel zu vereinigen, die Kräfte zu einer gemeinsamen Anstrengung zu sammeln und seinen Willen in ausdauernder, staatschaffender Tat zu offenbaren. Der Gedanke an die schändliche Knechtschaft und die Liebe zur wirklichen Freiheit wird ihm ein Ansporn zur Erreichung dieses Ziels sein.

Das schwere Los des Königreichs Polen in der Zeit des Krieges, der wirtschaftliche Ruin, die Sorge um das Dasein des Einzelnen und ganzer sozialer Gruppen, sowie die beständige Unsicherheit der Zukunft haben die Begeisterung, mit der Warschau im November des verflossenen Jahres die Proklamation der Selbstständigkeit des Königreichs aufgenommen hatte, in bedeutendem Maße abgekühlt. Die fortwährenden Mißerfolge des vorläufigen Staatsrates erfüllten viele derjenigen mit Mißvertrauen, die den Akt als ein Angeld auf die bessere Zukunft entgegengenommen hatten. Die heute veröffentlichte Bestätigung des Regentschaftsrates flößt dem Herzen und dem Gemüte neue Zuversicht ein und gibt die Berechtigung, Taten zu erwarten, die die Hoffnungen und Wünsche aller Söhne Polens verwirklichen werden.

Eine Lichtseite der Erscheinung, die gerade diese Hoffnung der Allgemeinheit bestätigte, war die Aufnahme dieser bedeutungsvollen geschichtlichen Tatsache seitens der im großen Theater versammelten Menge und die Ansprache des Professors Pomorski-Mikulowski, die mit donnerndem Beifallsrufen und mit der mit allgemeinem Enthusiasmus erfolgten Absingung des Liedes „Noch ist Polen nicht verloren“ entgegen genommen wurde.

Nicht weniger zeugt die Haltung der Warschauer Presse für die herrschende sympathische Stimmung. Sogar Blätter, die bis dahin eine gewisse Reserve beobachteten, betrachten diese Tatsache als einen ersten Schritt auf dem Wege der Verwirklichung des unabhängigen Staates.

Aus Nr. 314 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 20. Oktober 1917.

Der Regentschaftsrat.

Unsere ganze Volksgemeinschaft wird diese höchste polnische Staatsbehörde sicherlich mit den besten Hoffnungen begrüßen. Sie wird ihr auch ihr Vertrauen entgegenbringen in der Überzeugung, daß nicht nur die Zukunft des polnischen Staates, sondern des ganzen polnischen Volkes jetzt in den besten Händen ruht. Für den Regentschaftsrat wird aber dieses Vertrauen, sowie die Folgsamkeit seinen Befehlen gegenüber und die Achtung vor seinen Anordnungen seine Stärke bedeuten. Das alles ist die polnische Volksgemeinschaft dem Regentschaftsrat im Interesse der nationalen Sache schuldig. Er muß in jedem Polen einen willigen und gewissenhaften Vollstrecker seiner Wünsche finden, und er muß zugleich in der Gesamtheit jene

moralische Stütze haben, ohne welche nicht nur ganz neue, sondern auch schon alte, starke Regierungen sich nicht halten können.

Nur ein solcher Regentschaftsrat, der das volle Vertrauen der ganzen Volksgemeinschaft besitzen wird, wird sich auch stark genug fühlen, um alle gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten im Lande zu überwinden. Nur ein solcher Regentschaftsrat wird ebenfalls imstande sein, die Hoffnungen, die wir in ihn gesetzt haben, zu erfüllen. Nur von einem solchen Regentschaftsrat dürfen wir schließlich auch verlangen, daß er diese Hoffnungen tatsächlich in den vernünftigen Grenzen erfülle.

Deswegen wollen wir auch mit unserer Anerkennung für den Regentschaftsrat nicht bis zu jener Zeit zurückhalten, bis er bereits besondere Erfolge zu verzeichnen haben wird. Wir wollen ihn vielmehr schon jetzt einmütig begrüßen und ihm versprechen, daß wir willig, gehorsam und opferbereit ihn unterstützen werden.

Unser Regentschaftsrat lebe hoch!

Aus Nr. 237 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1917.

Der Regentschaftsrat.

Der bereits ernannte Regentschaftsrat setzt sich aus Personen zusammen, die schon seit langer Zeit als Kandidaten für ihre gegenwärtige Stellung galten. Die neuen Regenten erfreuen sich im Königreich Polen des allgemeinen Vertrauens. Sie werden unverzüglich an den weiteren Ausbau des polnischen Staates herantreten. Ihre erste Aufgabe wird aber sein, im Einverständnis mit den Okkupationsmächten einen Ministerpräsidenten zu ernennen. Wer der künftige Premier sein wird, steht bis dahin noch nicht fest. Es werden seit ziemlich langer Zeit verschiedene Namen genannt. Von der Einsicht und der Gewandtheit des künftigen Chefs des Kabinetts wird selbstverständlich zum großen Teil auch der weitere Ausbau der Staatsverfassung abhängen.

Aus Nr. 238 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. Oktober 1917.

Der Regentschaftsrat.

So haben wir jetzt schon die höchste Staatbehörde, nämlich den Regentschaftsrat. Er tritt ins Leben unter dem Schutz der Mittelmächte. Er soll jetzt im Sinne der Patente der beiden Monarchen eine polnische Regierung einberufen. Auch die Ernennung eines polnischen Ministerpräsidenten hängt von ihm ab. Solange somit von einem polnischen Landtag, der nach der Ansicht der Okkupationsmächte zur Zeit des Krieges noch nicht zusammentreten kann, kein Oberhaupt gewählt wird, repräsentiert der Regentschaftsrat die höchste Obrigkeit im Lande. Er ist zumteil auch mit den Attributen eines Monarchen ausgestattet. Von ihm soll ebenfalls die Einberufung des sogenannten erweiterten Staatsrates abhängen, der vorläufig an die Stelle einer aus der Wahl hervorgegangenen Kammer treten soll.

Aber der Regentschaftsrat bildet, wie der „Kurjer Polski“ mit Recht bemerkt, wenn auch eine unumgängliche, so doch noch keine ausreichende, weil nur äußerliche Form des Staatswesens. Erst wenn diese Form mit Inhalt ausgefüllt wird, d. h. wenn eine rege Beteiligung und Mitwirkung von Seiten der Volksgemeinschaft hinzutritt, die ja in jedem modernen Staate unumgänglich notwendig geworden ist, kann ein lebensfähiger und wirklich unabhängiger Staatsorganismus geschaffen werden.

Diese Beteiligung der Volksgemeinschaft hängt aber von dem Maße der diesen höchsten polnischen Behörden erteilten staatlichen Attribute ab, die zu einer vollen und freien Ausübung ihrer obrigkeitlichen Funktionen notwendig sind. Die Mittelmächte haben sich jedoch bekanntlich noch bedeutende Einflüsse und eine weitgehende Kontrolle über die Aktion dieser polnischen Staatsbehörden vorbehalten. Und dieser Vorbehalt erstreckt sich vor allem auf die wesentlichen zwei Punkte: auf die äußere Politik und alle Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit den strategischen Operationen stehen. Was den zweiten Punkt anbelangt, so wurde bekanntlich durch die Patente, die über die polnische Staatsverfassung veröffentlicht worden sind, dem General-Gouverneur das Recht zugestanden, besondere Verordnungen auf denjenigen Gebieten zu erlassen, die der Tätigkeit der polnischen Staatsbehörden noch nicht unterstehen. Außerdem darf der General-Gouverneur auch gegen alle Verfügungen dieser Staatsbehörden Einspruch erheben. Wir sind also in ein neues Stadium der deutsch-polnischen Beziehungen getreten, von dem man noch nicht wissen kann, auf welchem Wege sich die weitere polnische Politik bewegen wird.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Aufgabe des Regentschaftsrates keine leichte sein wird. Die drei Personen, aus denen sich diese höchste Staatsbehörde zusammensetzt, haben somit eine Verantwortung auf sich genommen, welche über den Durchschnitt der geistigen und moralischen Kräfte hinausragt. Der Lebenslauf und die Tätigkeit dieser drei Männer, die jetzt zu den höchsten Vertretern des polnischen Staatswesens freiert worden sind, war bis dahin verschieden. Verschieden würde ebenfalls das Urteil darüber ausfallen, was sie bis dahin im öffentlichen Leben geleistet haben. Die Tatsache aber, daß sie jetzt Mitglieder des Regentschaftsrates geworden sind, schafft eine ganz neue Grundlage und eine neue Atmosphäre für ihr Verhältnis zu der polnischen Volksgemeinschaft. Deswegen wird das Urteil über die Werte, die sie repräsentieren, sich nur darauf stützen können, was sie von jetzt ab für das polnische Volk leisten oder unterlassen und inwieweit sie die tatsächlichen Kräfte Polens mehrten oder mindern werden. Die Zukunft wird also von ihnen eine genaue Rechenschaft über das Schicksal Polens fordern, das jetzt in ihre Hände gelegt worden ist. Deshalb wird auch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit, das sie keinen Augenblick verlassen darf, der beste Wegweiser für sie sein. Das ganze polnische Volk blickt jetzt zu ihnen mit einer wohlwollenden Besorgnis, aber zugleich auch mit der Befürchtung empor, ob die Größe ihres Geistes der des Augenblicks gewachsen sein wird.

Aus Nr. 239 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 20. Oktober 1917.

Die höchste polnische Staatsbehörde.

Am hundertsten Todestage des größten Sohnes Polens begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte Polens.

Durch Gottes Fügung wurde nämlich an diesem Tage der Stein vom Grabe Polens von denjenigen abgewälzt, die einst selbst dazu beigetragen haben, daß wir die Ketten tragen mußten.

Der mächtige Ruf nach Genugtuung und das unabänderliche Naturgesetz haben es bewirkt, daß diese Ketten gesprungen sind.

Polen erhebt sich jetzt zu einem neuen Leben!

Gerade an dem hundertsten Todestage Kościuszko's, als das polnische Volk noch in Betrachtungen über das Leben und die Taten des Verfechters seiner Freiheit vertieft war, wurde nämlich ein polnischer Regentschaftsrat als Vertreter jener Unabhängigkeit eingesetzt,

zu deren Verteidigung unser Diktator im Bauernkittel als erster die breiten Massen des polnischen Volkes berief.

Polens Unabhängigkeit ist also heute keine bloße Idee, kein bloßer Gedanke und kein Traum mehr; sie ist eine vollendete Tatsache.

Der neue Abschnitt in der Geschichte Polens begann also mit einem großen Nationalfeste, aber er wird sich künftighin nicht aus Festen zusammensetzen, sondern auf die freudige und opferwillige Arbeit des Alltags stützen, die durch eine schöpferische und entschlossene Wirksamkeit zum Schutze der wiedererlangten Freiheit aufgerüstet werden muß.

Es steht uns nämlich vor allem noch der Kampf mit unserm äußeren Feinde bevor. Denn obwohl Rußland, England, Frankreich und die anderen Mächte der Koalition sich in platonischen, — also billigen, zu nichts verpflichtenden Kundgebungen mit der Unabhängigkeit Polens einverstanden erklärt haben, so dürfen wir trotzdem keinen Augenblick vergessen, daß der Imperialismus dieser Staaten die von ihnen verkündeten Losungen Lügen straft. Für die Koalition bildet nämlich Polen nur ein Objekt des Handels, des Schachers und des Austausch, nämlich ein Objekt, das man in die Kumpfkammer wirft, sobald es nutzlos geworden ist.

Außerdem nehmen unter den Feinden Polens auch die Galatisten und die Alldeutschen, deren Appetit nicht zu sättigen ist, noch einen bedeutenden Platz ein.

Ebenso erwartet uns aber auch noch ein Kampf mit unserm inneren und vielleicht unserm größten Feinde. Dazu gehören der unbefriedigte Ehrgeiz, die parteiliche Gehässigkeit, die Trägheit, Feigheit und Zwietracht.

Zeitgemäß war deshalb der Ruf des polnischen Bauern bei Maciejowice: „Leuchtet uns als Beispiel der Eintracht und Einigkeit voran!“

Heute, wo schon die höchste polnische Staatsgewalt ins Leben gerufen worden ist, bedürfen wir aber mehr, denn je der Eintracht und der Einigkeit. Wer also dieses polnische Land liebt und es als sein Vaterland betrachtet, der möge in dieser erhabenen Stunde der staatlichen Wiedergeburt Polens jede Absonderung, Parteilichkeit und jedes Vorurteil aufgeben. Er möge sich mit dem ganzen polnischen Volke in Eintracht und Liebe zu gemeinsamer Arbeit vereinigen! Laßt uns deshalb alle an dem Wiederaufbau eines unabhängigen Polens freudigen Herzens mitwirken!

Wir begrüßen den hohen Regentschaftsrat des Königreichs Polens mit dem Gefühl der tiefsten Ergebenheit. Wir haben dabei selbst den heißesten Wunsch, unserem Vaterlande auch unsere Dienste zu weihen.

Wir verneigen uns ehrfurchtsvoll vor der königlichen Majestät Polens, die der Regentschaftsrat jetzt repräsentiert.

Wie gedenken aber an diesem geschichtlichen Tage mit der höchsten Anerkennung auch des vorläufigen Staatsrates des Königreichs Polens als des Kämpfers der gegenwärtigen politischen Konstellation.

Dabei geben wir uns zugleich der Hoffnung hin, daß es dem Hohen Regentschaftsrat gelingen wird, das polnische Volk auf dem Wege von Racławice und Polaniec — mit Umgehung der Klippe von Maciejowice — nach der Königsburg zu führen, wo der Auserwählte des polnischen Volkes in Ruhm, Ehre und Macht den Thron der Piasten und Jagiellonen besteigen wird.

Aus Nr. 123 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 18. Oktober 1917.

Zu der Ernennung des Regentschaftsrates bemerkt die „Gazeta Grudziądzka“:

Der hundertjährige Todestag Kościuszko's ist also in der Geschichte des polnischen Volkes ein großer Tag geworden. Dieser Tag ist zum Tage einer großen

Freude für das ganze Volk geworden, weil Polen an diesem wieder ein sichtbares Oberhaupt als Zeichen seiner politischen Selbständigkeit erhalten hat, dem alsbald die vollständige Unabhängigkeit folgen muß.

Das polnische Volk darf also jetzt mit Zuversicht in die Zukunft blicken, aber das ganze Volk mußte jetzt auch wie ein Mann ohne Unterschied der Partei mit der Anstrengung aller Kräfte an den schnellen und vollständigen Wiederaufbau des polnischen Staatswesens unter der Leitung der neuerzielten eigenen Behörde, des hohen Regenschaftsrates, herantreten. Um dieses Ziel bald zu erlangen, ist das polnische Volk vor allem dem hohen Regenschaftsrat vollständigen Gehorsam schuldig, und wir sind auch davon überzeugt, daß das polnische Volk für diese Behörde hinreichendes Verständnis finden wird, denn es ist doch eine angenehme Sache, seiner eigenen Behörde untertänig zu sein.

Sedenfalls gelobt das polnische Volk, alle Befehle seiner höchsten Behörde ohne Murren und mit der größten Bereitwilligkeit zu erfüllen. Es lebe Polen! Es lebe das hohe Regenschaftsrat!

Aus Nr. 242 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 20. Oktober 1917.

Das freie polnische Königreich.

Das Patent der Monarchen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns vom 12. September schuf das freie polnische Königreich und bestimmte die Bildung des Regenschaftsrates und der Regierung des polnischen Staates. Der Regenschaftsrat wird so lange den polnischen König vertreten, bis der hierzu berufene Monarch die Regierung übernimmt.

Am 15. Oktober wurde dieser Entschluß durch die Ernennung dreier Regenten ins Leben gerufen. Erzbischof Rakowski, Fürst Józef Lubomirski und Josef Ostrowski sind fortan die Vertreter Polens dem Volke und der Welt gegenüber.

Diese werden alsbald den Präsidenten der polnischen Minister ernennen, der sodann Minister hinzuziehen wird, die ihm in der Ausgestaltung des Landes behilflich sein und mit ihm regieren werden. Wegen des noch wütenden Krieges kann die Übernahme der Verwaltung des polnischen Staates durch die polnische Regierung nur stufenweise erfolgen, aber das ist nicht schon je nach Möglichkeit, sondern nach der Frage der Zeit geschehen. Witherin hat der freie polnische Staat in Wirklichkeit am 15. Oktober sein Bestehen begonnen, an dem Tage, an dem die obere Gewalt, die Monarchengewalt, entstanden ist.

Die Monarchen der Mittelmächte konnten keinen geeigneteren Tag wählen, als gerade den 15. Oktober. An diesem Tag beging das polnische Volk festlich das hundertjährige Gedächtnis des nationalen Helden Thaddäus Kosciuszko. Obgleich das ein Gedenktag des Todes war, so bedeutete der Tod Kosciuszkos doch nicht das Ende des Lebenswerkes dieses Sohnes Polens, dieses Sohnes der Vorsehung, denn das, dem er den Anfang bot, war die fromme Saat der Zukunft des Volkes. Vor hundert Jahren starb zwar der Leib Kosciuszkos, aber sein Geist lebt doch in üppiger Lebensfähigkeit weiter und wird im Volke auch bis in Ewigkeit leben. Der Jahrestag seines Todes war kein Trauertag, sondern ein freudiger Triumph der von Kosciuszko vertretenen Idee, der Idee der Freiheit der Völker, nicht bloß nach außen, im Verhältnis des Volkes zum Volke, sondern auch nach dem Innern des Volkes, im Verhältnis eines sozialen Staates zum andern.

Dieser Idee hat Kosciuszko sein Leben geweiht. Er wollte ein freies Polen nach außen haben, und deshalb wandte er sich bewaffnet gegen seinen Bedrücker,

gegen Rußland; er wollte aber auch ein freies Polen nach innen haben, und deshalb befreite er das polnische Volk von dem es drückenden Joche der Untertänigkeit und führte es in den Kreis freier Staatsbürger.

Der hundertjährige Todestag Kosciuszkos hat dem polnischen Volke das gebracht, um das dieser Held gekämpft hat: die Freiheit. Das hat sich allerdings nicht durch sein eigenes, unmittelbares Verdienst vollzogen, sondern infolge der Umstände des Krieges und dank des Willens der Mittelmächte. Da aber diese Staaten mit dem Namen Kosciuszkos die Geburt des polnischen Staates verbunden und den durch die Teilung zerrissenen Faden des polnischen Staatswesens mit dem Kosciuszko'schen Programm wieder in Verbindung gebracht haben, ist der Beweis dafür erbracht, daß sie im Geiste der wirklichen Freiheit und des wirklichen Fortschrittes den polnischen Staat schaffen. Sie wünschen ihm also gewissermaßen, daß er die Wege Kosciuszko's beibehalte. Fürwahr, einen bessern Wunsch konnte man Polen für seinen neuen Lebensabschnitt nicht darbringen!

Aus Nr. 244 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 24. Oktober 1917.

Vor der Einführung des Regenschaftsrates.

Nach einigen Tagen, am nächsten Sonnabend, wird in Warschau die feierliche Einführung oder — wie man es in der Amtssprache nennt — die Inthronisation des Regenschaftsrates des Königreiches Polen stattfinden. Die Vorbereitungen, die zu dieser Handlung getroffen werden, zeigen, daß die polnische Volksgemeinschaft ihr auch schon äußerlich einen Charakter beizulegen beabsichtigt, der der geschichtlichen Tragweite dieses Augenblickes entspricht. Der Regenschaftsrat wird nämlich mit dem Augenblicke der Übernahme der Regierungsgewalt das sichtbare Symbol der polnischen Staatsouveränität und nimmt die ganze Majestät der polnischen Krone auf sich, die nach einer mehr als hundertjährigen Sklaverei jetzt wieder mit neuem Glanze umgeben werden soll.

Es gibt unzweifelhaft keinen Polen, der die große Bedeutung dieses Augenblickes nicht zu würdigen verstände, den unser Geschlecht erleben durfte. Jeder wird bereit sein, der neu erstehenden Behörde zu Diensten zu stehen, ihr seine Kräfte zur Verfügung zu stellen und sich in Zucht ihren Anordnungen zu fügen, die doch nur das einzige Ziel der Schaffung eines unabhängigen und kräftigen polnischen Staates verfolgen.

Um aber eine eigentliche Atmosphäre der Mitarbeit des Volkes mit seiner ersten Regierung zu schaffen, genügt es nicht nur, äußere Formen zu bieten, die viel versprechen, sondern es muß auch das gesucht werden, was sich hinter ihnen verbirgt, was ihr eigentlicher Inhalt ist. Nach der Schaffung des vorläufigen Staatsrates wurde schon einmal gefragt, daß mit ihm eine polnische Regierungsbehörde aufs neue erstehen, und dennoch zeigte es sich bald, daß diese Auffassung nur eine Fiktion war, die die wirkliche — innere und äußere — Ohnmacht dieses Körpers decken sollte. Sollen sich gegenwärtig mit dem Regenschaftsrat, der im Purpur der polnischen Majestät auftritt, dieselben Erfahrungen wiederholen? Soll die Dekoration wieder den realen Inhalt vertreten?

Wie es scheint, darf man auf diese Befürchtungen — Gott sei dank — verneinend antworten. Der Regenschaftsrat, der von Sonnabend ab im polnischen Königreiche Monarchengewalt in seine Hände nehmen soll, wird ganz andere Trümpfe haben, als sie dereinst der vorläufige Staatsrat hatte. Schon in staatsrechtlicher Beziehung greift hier ein charakteristischer Unterschied Platz. Der vorläufige Staatsrat wurde durch

eine Verordnung der beiden General-Gouverneure ins Leben gerufen. Der Regentschaftsrat stützt sich auf das Patent zweier Monarchen, die nach internationalem Recht — wegen der militärischen Okkupierung — im Königreiche heute Inhaber der staatlichen Gewalt sind. Der vorläufige Staatsrat wurde von vornherein von der Okkupationsbehörde nur als ein beratendes Organ der beiden General-Gouverneure betrachtet. Der Regentschaftsrat soll dagegen laut § 1 des Patentes vom 12. September die obere Staatsgewalt des Königreiches Polen selbst übernehmen.

Aber noch wichtiger ist wohl der Unterschied, der im Verhältnis zu der polnischen Volksgesamtheit selbst Platz greift. Der vorläufige Staatsrat, der aus Personen bestand, die ausschließlich zu einem politischen Lager gehörten, war gewissermaßen eine parteiliche Expositur, die unter keinen Umständen auf ein allgemeines Gehör im ganzen Lande rechnen durfte und tatsächlich auch zahlreiche, einflussreiche Parteien zu ihm von Anfang an in eine grundsätzliche Opposition traten. In den Regentschaftsrat sind Personen eingetreten, die sich durch ihre bisherige Wirksamkeit nicht bloß eine unstrittige Autorität, ja sogar Popularität erworben, sondern die gleichzeitig auch noch mehrfach den Beweis dafür erbracht haben, daß sie in den wichtigsten Angelegenheiten, die die Volksgesamtheit betreffen, in keiner Beziehung von den nationalen Bestrebungen abweichen und sich auch nicht gegen die nationale Würde veruntreuen. Deshalb kann man auch heute schon feststellen, daß sich um diese drei Männer, die in dieser kritischen Zeit die unermesslich schwere Aufgabe des weiteren Ausbaues des polnischen Staatswesens übernommen haben, die bedeutende Mehrheit der polnischen Volksgesamtheit gruppiert. Aus den Namen der Leute, die gegenwärtig als Regentschaftsrat die obere Stellung einnehmen, kann man entnehmen, daß der Wille der Mitarbeit mit ihnen heute ein allgemeiner ist. In weiten Kreisen, die bisher abseits standen und deshalb von ihren Gegnern als Passivisten betrachtet wurden, zeigt sich jetzt — infolge der Änderung der Verhältnisse — die Bereitwilligkeit, an den staatschaffenden Arbeiten tätig mitzuwirken.

Wenn gewisse Gruppen der äußersten Rechten und Linken auch heute noch bei ihrer „Untätigkeit“ verbleiben, dann muß angenommen werden, daß das nur aus taktischen Gründen geschieht. Jedenfalls darf man nicht annehmen, daß von jener Seite gegen den Regentschaftsrat ohne weiteres eine grundsätzliche Opposition eingelegt werde.

Unter günstigen, normalen Verhältnissen wird also der Regentschaftsrat am 27. Oktober im königlichen Schlosse in Warschau seine erhabene Würde übernehmen. Es wäre nur zu wünschen, daß er sich auf der Höhe der ungeheuren Aufgabe zeigen möchte, die ihm der Lauf der Ereignisse überwiesen hat, und daß es ihm vergönnt sein möchte, sich um das unabhängige Polen die allergrößten Verdienste zu erwerben.

Aus Nr. 239 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 17. Oktober 1917.

Zu der Ernennung des Regentschaftsrates bemerkt der „Wiarus Polski“:

Die Bedeutung dieses Aktes für das polnische Volk wird von den Rechten abhängen, die den Regenten eingeräumt sind und von der Art und Weise der Ausübung der Gewalt durch diese in einem so ansehnlichen Teile des polnischen Freistaates, den die beiden General-gouvernements umfassen.

Die Volksgesamtheit wird den Regenten sicherlich mit gebührendem Wohlwollen entgentreten und sie

dafür schätzen, daß sie sich zu diesem hohen Amte nicht gedrängt und dieses auch nicht — dessen sind wir sicher — durch Verpflichtungen, die die polnischen Ideale verletzen, verkauft haben. Alles Gute, das sie für Polen tun werden, wird ihnen die Geschichte des Volkes in ihrem Buche mit goldenen Lettern einzeichnen, wie nicht bloß die Namen Chrobry, Sigismund Batory, Sobieski, Kosciuszko, Poniatowski, Bartosz Glowacki, sondern auch die Namen von Männern stiller Verdienste, wie Skarga, Staszyc, Marcinkowski, Chocizewski, Stojalowski, Bojko, Witos und vieler anderer beiseidener Männer, die Vollstrecker des Kosciuszko'schen Testaments wurden und unter Verleugnung des persönlichen Ergeizes und Vorteils gewirkt haben, um durch ihre aufklärende und wirtschaftliche Arbeit für das Vaterland kluge und glückliche Bürger zu schaffen.

Aus Nr. 242 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 20. Oktober 1917.

Zu der Ernennung des Regentschaftsrates bemerkt der „Wiarus Polski“:

Warschau hat den von Deutschland und Österreich-Ungarn im Einverständnis mit einer Reihe angesehener polnischer politischer Organisationen des Königreiches berufenen Regenten einen wohlwollenden Empfang bereitet, indem es ihren persönlichen Charakter schätzte und sich auf die Biederkeit ihres Patriotismus und ihres Verstandes verläßt. Ihr Verstand wird ihnen sicherlich sagen, daß sie sich, da sie in ihren Entschlüssen von Deutschland und Österreich-Ungarn abhängig sind, nicht einbilden dürfen, daß die ganze polnische Volksgesamtheit des Königreiches alle ihre Anordnungen in national-politischer Beziehung als unfehlbar betrachten werde.

Da sie nur die Zustimmung einer Reihe privater Organisationen des Königreiches haben, werden sie einsehen, daß das polnische Volk, insbesondere das hinter den Grenzen des Königreiches, sie einst als seine Vertreter betrachten wird, weil sie vielmehr Vertreter und Bevollmächtigte der Okkupationsregierungen (der Berliner und Wiener) der polnischen Volksgesamtheit gegenüber sind, wie solche z. B. die polnischen Statthalter des österreichischen Kaisers im Königreich Galizien waren, deren Gewalt übrigens eine umfangreichere war, als die Gewalt der Regenten des Königreiches Polen zurzeit sein soll.

Die Regenten haben ein weniger ehrenvolles, als mit schwerer Verantwortlichkeit belastetes Amt übernommen, so daß sie sicherlich nicht verfehlen werden, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um sich Polen dienstbarer zu erweisen als dies der Fürst Anton Radziwill vermochte, der ehemalige Statthalter des preussischen Königs im Großherzogtum Posen, das nach der Niederlage Napoleons aus Teilen des Fürstentums Warschau gebildet wurde, als noch die Legionen Dabrowski's und die Heere des Fürsten Joseph unter den Waffen standen. Fürst Radziwill wurde in Posen wohlwollend und mit Ehrenerweisungen begrüßt, wie sie einem Monarchen gebühren, — als ein aufgeklärter rechtschaffener Mann. Auch am guten Willen fehlte es ihm nicht, aber er hatte weder die politische Befähigung, noch die erforderliche Energie, um in Berlin die polenfeindlichen Einflüsse der gewöhnlichen Bürokraten und des Oberpräsidenten Fiottwell zu brechen.

Der Fürst-Statthalter fiel, obgleich dessen Ehegattin eine preussische Fürstin war, und nach seinem Rücktritte wurde das Großherzogtum Posen in eine gewöhnliche preussische Provinz umgewandelt. Die Regenten des Königreiches übernehmen ihr Amt unter ganz anderen Verhältnissen. In die Gefahr der Wiederholung dessen, was mit dem Großherzogtum

Polen geschah, glauben wir zwar nicht, aber wir lassen uns nicht durch die Hoffnung täuschen, daß die Regenten für Polen viel tun können, und deshalb verlangen wir von ihnen auch nicht viel. Es wird uns genügen, wenn sie redliche Verwalter sein und im Sinne der Thaddäus Kosciuszko'schen Grundsätze darüber wachen werden, um polnisches Leben, Hab und Gut zu schützen und die unverjährten Rechte Polens nicht preiszugeben. Nur so viel verlangen wir von ihnen in diesem kritischen Augenblicken.

Aus Nr. 480 des Czas (Kraſau)
vom 17. Oktober 1917.

Der Regentschaftsrat.

Der ins Leben gerufene Regentschaftsrat ist wiederum ein Schritt vorwärts auf dem Wege zum Aufbau des polnischen Staates während des Krieges. Seine Bildung ist die endgültige Anerkennung des Grundsatzes der Unabhängigkeit des polnischen Staates seitens der Mittelmächte; dem widersprechen nicht einmal die bedeutenden Beschränkungen seiner Attribute — namentlich auf internationalem Gebiete, — da sie lediglich durch Kriegsrücksichten begründet werden. Die beiden wichtigsten Angelegenheiten, die Bildung der Regierung und die Organisation des Heeres, können daher auf günstigere Bahnen gelangen. Wenn sie vom Regentschaftsrat schnell und gut gelöst werden, dann wird sich unsere Sache während des Kongresses, der über die Unabhängigkeit und die Grenzen Polens entscheiden soll, auf eine positive, also auf eine kräftige Grundlage stützen.

Durch die Bildung eines obersten Organs, das sich aus drei hervorragenden Bürgern des Landes zusammensetzt, erlangt unser Volk im Königreich eine sichtbare Leitung, der es Unterordnung und Gehör schenken kann. Das Volk, das in kleine Gruppen zer schlagen ist, durch entgegengesetzte Strömungen hin und her geworfen wird, unruhig und bedrängt, erhält jetzt die Möglichkeit, sich zu sammeln und zu einigen. Wenn ihm dies gelingt, so wird es ein Zeichen seiner Lebensfähigkeit, die Bürgerschaft für das Durchhalten in schwerer Zeit und ein Mittel des Erfolges für die Zukunft sein. Wenn jedoch auch diese drei Männer, gegen deren Würdigkeit und persönliche Qualifikation wirklich niemand Einwendungen erheben kann, den Widerstand der eigenen Landsleute finden sollten, dann könnte der Erfolg kein günstiger sein. Die Aufwiegelung zum Ungehorsam gegen ihre Entscheidungen würde entschieden für die nationale Sache nachteilig sein, auch wenn sie durch ein scheinbar so patriotisches Argument diktiert sein sollte, wie es die Ernennung durch fremde Mächte und nicht durch den Willen des Volkes ist.

Die Pflicht unseres Landesteiles muß sein, dem Königreich zur Konsolidierung unter der Leitung der drei Regenten zu verhelfen und zu verhindern, daß von unserm Lande aus gegen sie agitiert werde. Wir glauben auch, daß namentlich der Polnische Klub sich nach dieser Richtung hin zu keinem schädlichen Beispiel hinreißen lassen, sondern bei jedem Schritt eine aufrichtige Verständigung mit dem Regentschaftsrat suchen wird.

Aus Nr. 480 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 17. Oktober 1917.

Vom Regentschaftsrat.

Durch Erlasse der beiden Monarchen der Mittelmächte ist gestern der Regentschaftsrat des polnischen Staates in der angekündigten Zusammensetzung berufen

worden. Er besteht aus dem Erzbischof Rakowski, dem Fürsten Lubomirski und Herrn Ostrowski aus Maluszyn.

Der durch das Manifest vom 5. November 1916 angekündigte polnische Staat hat demnach eine oberste Behörde in Gestalt eines kollegialen Regentschaftsrats erhalten. Auf diese Weise ist die Frage der Quelle der staatlichen Macht, mit deren Hilfe der Staat geschaffen werden soll, erledigt worden. Von heute ab ist der Regentschaftsrat die oberste staatliche Instanz.

Beim Bau des polnischen Staates ist die Berufung dieses Regentschaftsrats eine sehr wichtige und entscheidende Etappe. — In den Händen der drei Männer, die zu der historischen Ehre berufen sind, den Grundstein für den Bau des neuen Staates zu legen, ruht das Schicksal dieses Baues und damit unseres ganzen Volkes. Zugleich mit der hohen Würde, die der königlichen gleicht, haben sie eine nicht minder hohe Verantwortung übernommen. Da dieselbe jedoch nicht ganz plötzlich über sie gekommen ist, da sie Zeit hatten, sich an den Gedanken zu gewöhnen und sich alles zu überlegen, sind wir überzeugt, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sein und mit kühner und entschiedener Hand der weiteren Arbeit am Bau des polnischen Staates die Richtung weisen werden.

Die erste Aufgabe des Regentschaftsrats ist die Berufung einer ihm gegenüber verantwortlichen Regierung, die die eigentliche Arbeit der Organisation des staatlichen Lebens aufnehmen wird. Es ist bekannt, daß nach dieser Richtung hin Schwierigkeiten bezüglich der Personen bestehen. Aber diese Schwierigkeiten können auf keinen Fall so groß sein, daß sie den weiteren Aufschub in der Verwirklichung des polnischen Staatswesens rechtfertigen könnten, die sowieso schon infolge verschiedener Umstände sich bedeutend verspätet hat.

Die wichtigste Aufgabe der Regierung aber muß in der Schaffung der Grundlagen für die Organisation der bewaffneten Macht bestehen. Der Besitz eines eigenen Heeres ist nämlich das vornehmste Attribut eines jeden Staates, ohne das alle anderen Erzungenschaften nur eine untergeordnete Bedeutung haben und haben müssen. Die Notwendigkeit einer möglichst baldigen Inangriffnahme der Organisation des polnischen Heeres ist deshalb eine brennende, weil die polnischen Legionen, die in ideeller und organisatorischer Beziehung die einzig möglichen Kadres des polnischen Heeres sind, nicht allzu lange auf die erneute Zuerkennung dieses Charakters, der ihnen bereits einmal zuerkannt war, aber leider infolge innerer Wirren wieder vernichtet gemacht worden ist, warten können.

Wir können uns auf positive Tatsachen berufen, wenn wir behaupten, daß die drei hochstehenden Mitglieder des Regentschaftsrats sich darüber vollkommen klar sind und ein tiefes Verständnis dafür besitzen, daß der polnische Staat ohne ein eigenes Heer mit einem Gebäude zu vergleichen wäre, das auf Sand gebaut ist. Wir sind überzeugt, daß sie alles Mögliche tun werden, um den Bau dieses Staates, für den sie die Verantwortung übernommen haben, auf ein polnisches Heer zu stützen und daß sie sich nach Kräften bemühen werden, dieses Ziel zu erreichen.

Mit Zuversicht und Vertrauen wird daher auch gewiß unser ganzes Volk dieser höchsten Staatsgewalt entgegenkommen in dem festen Glauben, daß nicht nur die Zukunft des polnischen Staates selbst, sondern auch des ganzen polnischen Volkes in sicheren Händen ruht. Die Kraft des Regentschaftsrats wird in dem Vertrauen des Volkes, im Gehorsam und in der Achtung vor seinen Anordnungen beruhen. Alles dies darf das Volk um der höchsten nationalen Sache willen dem Regentschaftsrat nicht vorenthalten. Er muß in jedem Polen einen willigen und gewissenhaften Vollstrecker seiner Absichten finden und in der polnischen Allgemeinheit immer die moralische Unterstützung haben,

ohne die nicht nur eine werdende, sondern auch eine alte, kräftige Regierung nicht bestehen kann.

Nur ein Regentschaftsrat, der über das volle Vertrauen des ganzen Volkes verfügt, wird stark genug sein, um alle bestehenden und noch möglichen Schwierigkeiten überwinden zu können. Nur von einem Regentschaftsrat, der dieses Vertrauen besitzt, kann man die Verwirklichung der in ihn gesetzten Hoffnungen erwarten und schließlich auch verlangen, daß er diese Hoffnungen in entsprechendem Umfange erfüllt.

Halten wir daher unsere Anerkennung gegenüber dem Regentschaftsrat nicht so lange zurück, bis er Erfolge aufzuweisen hat, sondern eilen wir ihm jetzt schon einträchtig entgegen und bringen wir ihm die Bereitwilligkeit gehorsamen und opferfreudigen Mitwirkens entgegen!

Es lebe der Regentschaftsrat!

Aus Nr. 484 der Nowa Re forma (Krakau)
vom 19. Oktober 1917.

Die Bedeutung und die Aufgabe des Regentschaftsrates.

Dr. Adalbert Kosiwowski, der Direktor der politischen Abteilung des vorläufigen Staatsrates, der wahrscheinlich der zukünftigen polnischen Regierung angehören wird, hat den hiesigen Tageschriftstellern über die Bedeutung und die Aufgabe des Regentschaftsrates folgende Auskunft erteilt:

Meiner Ansicht nach sind die Vorzüge der Konzeption des Regentschaftsrates ungeheure. Vor allem wird man erst mit dem Augenblicke der Einsetzung des Regentschaftsrates das vollständige Gerippe eines neuzeitlichen Staatsorganismus erhalten, das außer einer gesetzgebenden und ausführenden Gewalt noch das Bestehen einer obern Staatsgewalt erfordert, die das sichtbare Symbol der Staats-Souveränität ist. Der Regentschaftsrat vertritt das Haupt des Staates. Seine Aufgabe ist die Ausfüllung der Lücke, die in seiner Ermangelung bei der Entstehung der Ministerien und des gesetzgebenden Organs entstehen würde. Außerdem soll der Regentschaftsrat jene Quelle der obrigkeitlichen Gewalt sein, die eine etwaige Änderung in der Zusammensetzung der Regierung ermöglicht; er ist ein ständiger, unveränderlicher Körper, der den Fortbestand der Arbeit an dem Wiederaufbau des Staates garantiert.

Die politische Bedeutung ist meiner Meinung nach ebenfalls eine weitreichende, wenn nicht noch wichtiger als die staatsrechtliche Bedeutung. Vor allem wird es dem Auslande klar, daß der polnische Staat sich wirklich ausbaut und daß zu diesem Ausbau auch die angesehensten Faktoren des Landes geschritten sind. Man wird anfangen, mit Polen zu rechnen, wie mit einem Staate, der in Wirklichkeit schon langsam als ein selbständiges Mitglied in den Kreis der europäischen Staaten eintritt.

Das wird auch auf diejenigen polnischen politischen Gruppen des Auslandes einwirken, die bisher hinsichtlich der Verwirklichung des polnischen Staates einen feindlichen oder widerwilligen Standpunkt einnehmen. Schon gegenwärtig laufen aus dem nationaldemokratischen Lager Rußlands Stimmen ein (ich erinnere nur an die Auslassung des Stanislaus Grabski), die dafür sprechen, daß die dortigen Faktoren *volens* *volens* gezwungen sind, damit zu rechnen, was im Lande geschieht und die Einsetzung des Regentschaftsrates als einen ersten Schritt vorwärts zu betrachten.

Es steht zu erwarten, daß die ungeheure Mehrheit dem Regentschaftsrat Gehör schenken und daß auf diesem Wege die polnische Politik sich außerhalb des Landes stufenweise einheitlich gestalten werde.

Offensichtlich verlieren durch die Einsetzung des Regentschaftsrates alle unvorteilhaften Einfälle, eine Regierung im Auslande zu bilden, den Boden, und ich nehme nicht an, daß sich noch Politiker mit irgend einem Gefühl der Verantwortung finden werden, die an ähnliche Sachen noch ernstlich dächten.

Für die öffentliche Meinung und die Stimmungen im Lande ist die Entstehung des Regentschaftsrates ein Moment des Wechsels, ein Moment der Niederlage der bisherigen Untätigkeit, eine Niederlage des Passivismus. Die Allgemeinheit wird es verstehen, daß uns niemand Polen als Geschenk bringen wird, wenn wir es nicht im Schweiße des Angesichts selbst aufbauen. Ich bin tief davon überzeugt, daß das ganze Volk in der Person ihrer besten Söhne sich um den Regentschaftsrat scharen und unter seiner Leitung und derjenigen der von ihm noch zu bildenden Regierung an dem Wiederaufbau des Vaterlandes mitwirken wird. Endlich werden alle einsehen, daß nur mit einem polnischen Staate, der sich im Augenblicke des Kongresses mit etwas Realem und nicht mit einer Menge mehr oder minder patriotischer Deklarationen wird legitimieren können, sowohl die Mittelmächte als auch deren Gegner rechnen werden.

Der Regentschaftsrat befindet sich, abgesehen von dem grundsätzlichen Unterschiede in staatsrechtlicher Beziehung und seinem Verhältnis zu der Volksgesamtheit unbedingt in einer bessern Lage als der vorläufige Staatsrat. Der vorläufige Staatsrat mußte alles selbst anfangen. Es ist nicht meine Absicht, ihn gegen die Vorwürfe zu verteidigen, mit denen die ungeduldige Volksgesamtheit ihn in großem Maße mit Unrecht überhäuft hat, ich muß aber doch anerkennen, daß sein Weg mit Schwierigkeiten überfüllt war, und daß er jedenfalls unter den schwierigen Umständen, unter denen er wirkte, es verstanden hat, auf allen Gebieten des Staatslebens Anfänge der Organisation zu schaffen, die nur weiter zu entwickeln sind. Unabhängig von den Gebieten des Schul- und Gerichtswesens ist in bedeutendem Maße auch die Vollziehungsgewalt in polnische Hände übergegangen, was unzweifelhaft schon eine große Erleichterung und jedenfalls auch eine reale Stütze für die zukünftige Regierung ist.

Der Regentschaftsrat und die von diesem zu bildende Regierung werden die Aufgabe haben, die schon begonnene Arbeit fortzusetzen, und ich bin der Meinung, daß diese Arbeit der Verwirklichung jetzt in einem schnelleren Tempo erfolgen wird. Insbesondere habe ich die Überzeugung, daß endlich auch die Militärfrage ihre Erledigung finden wird. Von andern Gebieten des Staatslebens wird den polnischen Händen in allernächster Zeit auch eine der allerwichtigsten Angelegenheiten überwiesen werden — das Finanzwesen.

Was die Frage anbetrifft, wie die Entente die Einsetzung des Regentschaftsrates aufnehmen wird, so erklärte Graf Kosiwowski, daß das September-Patent seiner Ansicht nach nicht solchen grundsätzlichen Protesten begegnen werde, wie die Entente — dem Beispiele des damaligen Rußlands folgend — den Akt vom 5. November aufnahm. Die Konzeption der Vereinigung der polnischen Lande habe schließlich — in Rußland selbst — Bankrott gemacht. Polen sei heute eigentlich nicht mehr der Gegenstand eines Streites zwischen den Mittelmächten und Rußland.

Außerdem liege die Verwirklichung des polnischen Staates als solche eigentlich auf dem Boden der von der ganzen Entente verkündeten Grundsätze, so daß ein feindliches Auftreten gegen diese seitens der Entente eine Ungeschicklichkeit wäre. Das Ansehen der Personen, die in den Regentschaftsrat eintraten, sei gleichfalls zu erhaben, als daß man es in Zweifel ziehen könnte, und die vollendeten Tatsachen auf staatsrechtlichem Gebiete hätten auch ihre Berechtigung und ihre Bedeutung.

„Wir treten daher“ — so sagte Graf R. — in eine neue Periode unserer Geschichte und unserer staatschaffenden Arbeit ein. Ich glaube, daß man im Lande schon die Bedeutung des geschichtlichen Moments und die Riesenhaftigkeit der Verantwortung verstanden haben wird, die auf unserm unverdienten und glücklichen Geschlecht lastet.

Der Regentschaftsrat wird das Symbol und der Befehlshaber dieses großen, geschichtlichen Moments sein.

Aus Nr. 244 des Głos Narodu (Krakau)
vom 17. Oktober 1917.

Die Ernennung des Regentschaftsrates.

Kaiser Karl I. und Kaiser Wilhelm II. haben zu Mitgliedern des Regentschaftsrats den Erzbischof Katowski, den Fürsten Józef Lubomirski und Herrn Józef Ostrowski ernannt. Diesem ersten Schritt in der Richtung der Verwirklichung der Ankündigung vom 5. November, vorgenommen auf Grund des Patentes vom 12. September, mußten nunmehr weitere folgen, und zwar möglichst schnell, um wenigstens teilweise die verlorene Zeit einzuholen. Denn es ist beinahe ein Jahr vergangen, seitdem das polnische Staatswesen sein erstes wirkliches Symbol, d. h. den Regentschaftsrat, erhalten hat, obwohl es von vornherein klar war, daß die Volksgemeinschaft den sog. Staatsrat nicht akzeptierte und diese Körperschaft, die eigentlich gar keine Attribute hatte, nicht als die Äußerung des Willens betrachten konnte, den polnischen Staat zu verwirklichen.

Wen trifft die Schuld für diesen Zeitverlust? Vielleicht ist diese Frage überflüssig, weil sich die ihr zu Grunde liegende Tatsache nicht aus der Geschichte streichen läßt! Aber die Wiederholung der Fehler wäre die schlechteste Methode, und daher muß man diejenigen warnen, die die entscheidenden Kreise über die Forderungen der Polen informierten und auf diese bei dem Aufschub indirekt mitgewirkt haben. Wenn ihre Informationen wahr gewesen wären, dann hätte man in den maßgebenden Kreisen keine Zweifel gehegt, daß der vorläufige Staatsrat von der Volksgemeinschaft verworfen wurde und daß er möglichst bald einer anderen, mit wirklichen staatlichen Attributen ausgestatteten Institution Platz machen müsse. Anstatt die Stimmung der Bewohner des Königreichs in klaren scharf gezeichneten Umrissen zum Ausdruck zu bringen, sprach ein Teil der Presse seine Zufriedenheit mit dem Staatsrat aus, was die Allgemeinheit nicht verstehen konnte und wodurch anscheinend die maßgebenden Kreise irreführt wurden, da ihnen diese Zufriedenheit als Ausdruck der öffentlichen Meinung dargestellt wurde.

Eine lange Zeit war nötig, um diesen Irrtum zu beseitigen und die in Frage kommenden Faktoren zu überzeugen, daß das polnische Volk nur eine wirkliche Regierung, aber nicht ihren Schein annehmen kann, namentlich aber, daß es sich nicht von Strömungen leiten läßt, die einen kaum merklichen Bruchteil in seinem Schoße ausmachen. Wenn sich heute die Überzeugung befestigt, daß man über die Volksgemeinschaft nicht ohne diejenigen politischen Schichten entscheiden kann, die $\frac{1}{10}$ der Allgemeinheit bilden, — dann ist die Verzögerung nicht vergeblich gewesen, da die maßgebenden Kreise nunmehr richtig beurteilen werden, welchen Informatoren sie in Zukunft kein Gehör schenken dürfen. Vielleicht werden auch diese Informatoren selbst aufhören, ihre Dienste, die einen solchen Mißerfolg aufzuweisen haben, anzubieten.

Man darf daher die Erwartung aussprechen, daß man gewisse Strömungen im Königreich niemals mehr von Galizien aus ermuntern wird, die Staatsinstitutionen entgegen dem Willen der Allgemeinheit „anzunehmen“

und dies aus dem Grunde zu tun, weil in irgend einem Buche geschrieben steht, daß solche Institutionen ohne Zustimmung der Regierten „angenommen“ werden. Die Praxis hat diesem papiernen Jakobinismus, den man auf Polen unter der Okkupation anwenden wollte, ein unrühmliches Ende gemacht. Die Stellung der Volksgemeinschaft gegenüber dem Regentschaftsrat wird aber davon abhängen, in welchem Umfange dieser es verstehen wird, sein Machtbereich tatsächlich auszudehnen und mit welchem Inhalt er die Form seines Daseins ausfüllen wird. Die Staatsgewalt fängt erst dann an, wirklich zu bestehen, wenn sie ihre Attribute befestigt hat und sie anwendet. Dieses Kriterium wird gewiß auch das Königreich gegenüber der künftigen polnischen Regierung anwenden und sie in allen realen Tätigkeiten unterstützen, die in zweckmäßiger Weise den Bau des Staates fördern, dabei aber auch an die Gesamtgestalt der polnischen Frage denken, die durch diesen Krieg gelöst werden soll. Das erwartet das Volk vom Regentschaftsrat, dessen Zusammensetzung die Bürgerschaft bietet, daß jeder Schritt vorwärts tief überlegt und mit dem Vollgefühl der geschichtlichen Verantwortung unternommen werden wird, das die gegenwärtige Lage Polens erfordert.

Unser Volk hat aus seinen bisherigen Kriegserlebnissen so manche Lehre gezogen. Es hat vor allem erkannt, daß man ein warmes Herz, aber einen kühlen Kopf haben muß, und daß man alle Ereignisse nicht nur mit Begeisterung, sondern auch mit Überlegung über den realen Einfluß in der Zukunft aufnehmen muß. So hat das Königreich auch das Septemberpatent aufgenommen und so wird es alle zweckmäßigen Handlungen des Regentschaftsrates unterstützen, die von dem warmen Wunsche des Volkes begleitet sein werden, daß sie der polnischen Sache zum Besten gereichen mögen.

Aus Nr. 246 des Głos Narodu (Krakau)
vom 19. Oktober 1917.

Der polnische Klub und der Regentschaftsrat.

In Gemäßheit eines Beschlusses des Klubs wollte das Präsidium ein von diesem verfaßtes Telegramm aufgeben. Das Postamt in Wien nahm dieses Telegramm jedoch nicht an, sondern erklärte, daß in den vom deutschen Heere besetzten Gebieten Telegramme nur in deutscher Sprache angenommen würden. Infolge dessen beschlossen die Abgeordneten Głabinski und Redzior, den betreffenden Text nicht telegraphisch, sondern durch die Post zu befördern.

Aus Nr. 241 des Naprzód (Krakau)
vom 19. Oktober 1917.

Nach der Bildung des Regentschaftsrats.

„Der ins Leben gerufene Regentschaftsrat“ — schreibt der „Głos“ — „bedeutet wiederum einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Aufbau des polnischen Staates während des Krieges.“

So beginnt der „Głos“ seinen feierlichen Artikel zur Begrüßung dieser neuen Körperschaft.

Und doch stehen jedem Menschen, der auch nur einen Funken von Gedächtnis und Orientierungsgabe besitzt, die Ausführungen des „Głos“ vor den Augen, mit denen er versuchte, den bereits morschen vorläufigen Staatsrat zu erhalten und aus ihm einen Schlagbaum zu machen, der jeden Schritt vorwärts unmöglich machte, und die (geistig) Blinden mit der „Leere“ zu schrecken.

Man wird sich auch erinnern, wie der „Głos“, der heute den Regentschaftsrat belehrt, wie er sich

der Heeresangelegenheit anzunehmen und wie er die Volksgesamtheit zu konsolidieren habe, dem Vorläufigen Staatsrat Beifall zollte, als dieser einen Keil in die militärische Geschlossenheit hineintrieb, als er die Helben fremden Händen nach Szczybro auslieferte, deren Tat am lebendigsten, nämlich durch den Ruhm, den Namen Polens wiedererweckt hat.

Auch wird man sich erinnern, wie der „Czas“ Denunziantenblätter begünstigte, die die Gegensätze innerhalb des Volkes verschärfen mußten.

Indem er auf diese Weise den Regenten den Weg zum Heere und zur Konsolidierung „gebahnt“ hat, verpflichtet sich der „Czas“, ihnen auch fernerhin zu helfen.

Wahrlich! Dieses Versprechen ist für sie wenig erfreulich!

Einen anderen Nutzen kann der Regentschaftsrat daraus ziehen, was die Befürwortungen des „Czas“, die Initiative des Vorläufigen Staatsrats und die Agitation der verschiedenen Zentrumsblätter Verderbliches geleistet haben.

Auf den vom Staatsrat hinterlassenen Trümmern mußte der Regentschaftsrat verstehen, was jenen ins Verderben gestürzt, was seinen Ruin herbeigeführt hat.

Denn der Vorläufige Staatsrat war nur eine erbärmliche, zusammengeleistete preußische Mauer, die sich an ein fremdes Gebäude anlehnen aber ohne das Fundament bleiben sollte, das die breiten Volksschichten bilden.

Es hat sich jedoch gezeigt, wie das Lubliner Organ der unabhängigen Linken mit Recht feststellt, daß man „ohne die Polen weder ein polnisches Heer noch einen polnischen Staat errichten kann“.

Dies fangen nun auch die Okkupanten an einzusehen, die anstelle des Vorläufigen Staatsrats, der als polnische „Staatsbehörde“ nur ein papierner Wandschirm war, der das Nichts verdeckte, jetzt etwas Tatsächlicheres ins Leben rufen.

Die Pflicht des Regentschaftsrats ist, die Okkupationsmächte in der Überzeugung zu bestärken, daß die Polen sich selbst regieren wollen. Eine Illustration dieses Bestrebens war die Krisis in den Legionen und das verlorene Spiel des Staatsrats.

Die neu auf dem Schauplatz erscheinenden Regenten sind Gestalten, die dem Volke fremd sind.

Sie haben auch naturgemäß an den Mühen der für die Unabhängigkeit eintretenden Linken nicht teilgenommen, mußten sich aber darüber Rechenschaft geben, daß sie ihre Stellung letzten Endes denjenigen zu verdanken haben, die jegliche Versöhnung, welchen Namen sie auch haben mag — jeglichen „billigen Handel“ und jegliche Schaumschlägerei bekämpften, die sich künstlich und unter Geringschätzung der öffentlichen Meinung breit machen wollten, ferner denjenigen, die die Überbleibsel des Staatsrats zum Rücktritt zwangen (Zensurliste).

Als Fremde, die aus „hochherrschaftlichen Kreisen“ kommen, müssen sie beweisen, daß sie ihre Aufgabe aufrichtig auffassen, daß sie sich nicht lediglich nach der Protektion seitens der äußeren Faktoren umsehen werden, sondern daß sie ihre Macht aus der moralischen Berechtigung schöpfen wollen, die die Zustimmung der Allgemeinheit verleiht.

„Die ersten Tage — schreibt mit Recht der „Dziennik Lubelski“ — werden entscheiden, ob die Form, die sich mit Inhalt füllen läßt, in die Hand von Männern der Tat gelangt ist, oder ob diese Männer die Form zer schlagen werden.“

Hier stehen vor dem Regentschaftsrat wichtige Aufgaben, die zum Prüfstein seines Charakters werden.

Er muß vor allem zur Beseitigung des erregenden Elements beitragen, das durch die vorangegangene Ära — zum größten Teil leider durch die Schuld der „billigen Elemente“, die sich damals breit machten,

im Bewußtsein der überwältigenden Mehrheit jedoch nur Usurpatoren waren, hineingetragen wurde.

Nach Warschauer Sitte reagieren die verschiedenen politischen Gruppen auf die Ereignisse mit der Formulierung von Losungen des Tages.

Wir haben vor uns ein solches Blatt mit der Unterschrift: P. P. S. Die nächsten Losungen der Unabhängigen Linken lauten:

Joseph Pilsudski dem Volke wiederzugeben.

Die wegen politischer Tätigkeit und wegen Streiks Verhafteten sind zu entlassen.

Es kann in Polen keine Regierung ohne politische und bürgerliche Freiheit geben.

Fort mit allen Repressalien!

Aus Nr. 289 des Dziennik Polski (Czenstochau)
vom 21. Oktober 1917.

Eine Rede des Grafen Michael Rostworowski in Bern.

Gestern, den 17. Oktober, gab Michael Graf Rostworowski zu Ehren der Warschauer Gäste, die in die Schweiz gekommen waren, um dort an den Festlichkeiten des hundertjährigen Todestages Thaddäus Kosciuszko's teilzunehmen, ein Festessen.

An diesem Festessen beteiligten sich: der deutsche Gesandte in Bern, von Romberg, der Legationsrat von Schubert, der österreichisch-ungarische Gesandte von Musudin, der Legationsrat Baron Baur, Graf Pallfy, Graf Morstin, der Geistliche Infulat Przewdzicki, der Direktor der Abteilung des Innern Michael Lempicki, der Vertreter der polnischen höheren Lehranstalten Professor Kowalski und der Korrespondent der „Godzina Polski“, Stefan Gacki.

Während des Festessens hielt Graf Rostworowski eine Rede, in der er die Warschauer Gäste begrüßte und den Gesandten der Staaten Mittel-Europas für ihre Mitwirkung in Sachen des Wiederaufbaues des polnischen Staatswesens dankte. Der Redner wies auf die große geschichtliche Bedeutung hin, die die Bildung des Regentschaftsrates habe, womit die Monarchen der Mittelmächte die Äkte vom 5. November und vom 12. September gekrönt hätten.

Polen werde auf diese Weise wieder ein Mitglied der großen Familie der freien Völker.

Diese Tat werde das Volk den beiden Monarchen niemals vergessen.

Die Annäherung zwischen Polen und den Mittelmächten sei nicht das Ergebnis der augenblicklichen Gestaltung der Verhältnisse.

Die Wechselwirkung dieser Völker finde ihre Begründung in dem gemeinschaftlichen Streben nach dem Siege der Gerechtigkeit.

Unter Hinweis auf die bereits vollendeten herrlichen Taten sowie auf die zukünftigen Aufgaben brachte der Redner den verbündeten Monarchen die herzlichsten Glückwünsche des auferstehenden polnischen Volkes zugleich für das Glück und das Wohlergehen ihrer Völker zum Ausdruck.

Der Gesandte von Romberg dankte dem Grafen Rostworowski in herzlichen Worten für seine Rede und leerte seinen Pokal auf die glückliche Zukunft Polens.

Aus Nr. 486 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 17. Oktober 1917.

Sie wird kein Tor für das Deutschtum werden.

Aus Warschau sind Nachrichten eingelaufen, laut denen die deutschen Okkupanten sich bemühen, die evangelische Kirche im Königreiche in ihrem Geiste umzugestalten. Sie haben ein neues Kirchengesetz

ausgearbeitet, das das Polentum der lutherischen Kirche bedroht, indem es die deutsche Amtssprache und deutsche Pastoren einführt. Diese Tätigkeiten sind offenbar von vornherein auf einen kräftigen Widerstand seitens der polnischen Faktoren der ausburgischen Kirche gestoßen.

Die Warschauer Blätter erblicken in dieser Angelegenheit einen neuen, ersten Streit.

Dieser Konflikt darf nicht zum polnischen Nachteil ausfallen. Das evangelische Element ist nämlich in den polnischen Landen seiner ungeheuren Mehrheit nach polnisch, aufrichtig polnisch und erfreut sich eines hoch entwickelten nationalen Bewußtseins. Das beobachten wir überall, im Königreiche, in Galizien, in Schlesien und in preußisch Masuren.

Die deutschen Behörden erblicken vor allem die deutschen Kolonisten als die Anhänger ihrer Tätigkeit. Wer aber Polen kennt, der weiß es, daß außer Lódz größere Ansammlungen von Deutsch-Lutheranern nicht bestehen.

Die Berliner Regierung sucht für die Sicherung der deutschen Interessen im polnischen Staate in der lutherischen Kirche einen neuen Anker. Aber heutzutage sind die Religion und die Nationalität zwei verschiedene Sachen. Der Protestantismus hat in unseren Landen seine Fühlung mit der Nationalität Luthers unwiderruflich verloren. Hier genügt schon ein Eintritt in die Kirchen und ein Blick auf die Friedhöfe. Man muß nur einen Blick auf das Leben der Städte werfen, wo der Pastor mit dem Propst in polnischen Vereinen gemeinschaftlich wirkt.

Die evangelische Kirche im Königreiche hat während der Dauer des Krieges seinem Polentum schon so manches Mal Ausdruck gegeben. Das geschah sowohl in der Enunziation der Pastoren im Februar 1916, als auch bei den Feierlichkeiten am 3. Mai und 5. November d. J., sowie bei der gemeinsamen Arbeit an der Erleichterung des Kriegselends.

Und nun noch eins. In den Reihen der Legionen fand man in den Verzeichnissen nicht selten neben dem Namen in der Spalte „Religion“: evangelisch. Aus dem Königreiche dienten in den Legionen Söhne evangelischer Familien sowohl mit rein polnischen als auch mit polinisierten Namen. Und unter den Freiwilligen aus österreichisch Schlesien befanden sich unter 500 Mannschaften 100 Lutheraner. Auch der heldenmütige Kommandant der schlesischen Truppe, der Oberleutnant Johann Lysak, der ein Jahr vor dem 5. November fiel, war — ein Protestant.

Die evangelische Kirche in Polen wird kein Tor für das Deutschtum werden. Dafür bürgt uns ihr gegenwärtiges allgemeines Polentum, dafür bürgen uns auch Männer, die an der Spitze dieser Kirche stehen, wie der Generalsuperintendent Bursche aus Warschau und der Superintendent Schönaich aus Lublin.

Unsere Sache ist es, ihnen in der Ausdauer eine wohlwollende und kräftige Unterstützung zu gewähren. Dessen ist die evangelische Kirche wert, sowohl wegen ihres Umfanges — eine halbe Million Seelen — als auch wegen ihrer hohen moralischen Kraft.

Aus Nr. 486 des Czas (Kraakau)

vom 20. Oktober 1917.

Ob.-Ost und Litauen.

Die deutschen Blätter veröffentlichen folgende gleichlautende Notiz, die wir auch in der „Wilnaer Zeitung“ finden (Rückübersetzung):

„Das Etappengebiet im Osten, das Kurland, Litauen und den Bialostoker Bezirk mit der Bialostoker Heide umfaßt, ist im Gegensatz zu dem General-Gouvernement Warschau, wo ausschließlich eine Zivil-

verwaltung eingeführt ist, der Militärverwaltung des Oberkommandeurs an der Ostfront unterstellt. Die drei großen Militärverwaltungen in Kurland mit Mitau, Litauen mit Wilna, und Bialystok-Grodno mit Bialystok sind hier in zahlreiche Bezirksverwaltungen eingeteilt und unterstehen dem Oberkommando der Ostarmee. Beim Stabe dieser Armee befindet sich eine besondere Abteilung für die Landesverwaltung, in der Offiziere und Beamte aus allen Teilen Deutschlands arbeiten. Die Zahl der Juristen und Berufsbeamten ist unter ihnen nicht groß. Es fanden dort Beschäftigung Leute verschiedener Berufe ohne Rücksicht auf die Konfession und auf ihre früheren Studien. Für ihre Einberufung waren maßgebend ein praktischer Blick und die Fähigkeit, rasch und energisch zu handeln. Eine einseitige Berufserziehung und ein ängstliches Kleben an Vorschriften kann nämlich in dem okkupierten Gebiet nicht geduldet werden. Nach der Einsetzung der Landesräte in Kurland und Litauen werden alle diese Männer ihre Kenntnis des Landes und der Bevölkerung vertiefen und an dem Wiederaufbau dieser schwer heimgesuchten Provinzen (!) arbeiten.“

Diese Notiz wurde in auffallender Weise und zweifellos nicht ohne politische Tendenz veröffentlicht. Es offenbart sich nämlich in ihr die Absicht, öffentlich festzustellen, daß die Verwaltung Litauens ausschließlich militärisch sei und nur dem Oberkommando bzw. dem Hauptquartier unterstehe. Es haben also auf sie weder der Reichskanzler, noch die Zentralregierung in Berlin Einfluß; — dadurch erklärt sich aber, auch jene Richtung, die von der deutschen Politik im Osten befolgt wird. Das Hauptquartier hat nämlich über die Politik, die in den okkupierten Provinzen anzuwenden ist, seine eigenen Anschauungen, und diesen Anschauungen gemäß trifft es seine Anordnungen. Auf diese Weise ist eben auch jener litauische Landesrat entstanden, dessen Zusammensetzung so einseitig ist und der Wilna, eine rein polnische Stadt, für die Hauptstadt Litauens erklärt hat. Ein solches Verhältnis ist charakteristisch für das Auftreten des Fürsten Jsenburg.

Eine militärische Verwaltung ist aber naturgemäß nur vorübergehend. Sie kann deshalb nicht Institutionen schaffen, die auf eine längere Dauer berechnet wären. So kann auch der litauische Landesrat nur eine vorübergehende Korporation darstellen, die für gewisse momentane Zwecke ins Leben gerufen wurde, und die nach der Erfüllung der ihr zugewiesenen Aufgabe von der Bildfläche verschwinden wird. Wenn aber die litauischen Nationalisten jetzt eine solche Mission übernommen haben, so ist es um so schlimmer für sie, denn sie haben dadurch den Beweis von Kurzsichtigkeit in ihrer politischen Orientierung geliefert. Die polnische Bevölkerung Litauens ist aber einer solchen Körperschaft nicht beigetreten, der doch alle Bedingungen für eine längere Existenz fehlen. Die alllitauische Phrasologie wird auch nichts an der unwiderlegbaren Tatsache ändern, daß die Gouvernements Wilna und Grodno sowohl dem Geiste, als auch der Sprache nach polnisch sind. Die gegenwärtige Militärverwaltung ist zwar anderer Ansicht, aber selbst das erwähnte amtliche Kommuniqué stellt fest, daß die Beamten, die ihr angehören, ihre Kenntnis des Landes und der Bevölkerung erst „vertiefen“ müßten. Es wäre zu wünschen, daß ihre Studien in dieser Hinsicht nicht zu lange dauern. Denn die Kriegseignisse folgen so schnell aufeinander, daß nicht immer Zeit übrig bleibt, um sich Kenntnisse da zu erwerben, wo man sie schon hätte mitbringen müssen. Und die Fähigkeit, energisch zu handeln, kann doch allein das Wissen und die Erfahrung nicht ersetzen.

Die Veröffentlichung der Notiz über die militärische Verwaltung in Litauen sollte zweifellos dazu dienen, das deutsche Volk über die dort herrschenden Zustände zu informieren. Vielleicht wird aber diese amtliche

Urkunde auch die Aufmerksamkeit der polnischen Fraktion in Berlin auf sich lenken, deren bisherige Passivität in dieser Frage unerklärlich ist. Es hat doch nur diese Fraktion die Möglichkeit und das Recht, den Reichsfanzler zu befragen, ob er die Verantwortung für die Politik der Okkupationsbehörden in Litauen übernimmt und ob der gegenwärtige Zustand, der in einem solchen Widerspruch zu den Erklärungen der deutschen Regierung in der polnischen Frage steht, noch lange anhalten wird.

Aus Nr. 243 des *Naprzód* (Kraſau)
vom 21. Oktober 1917.

Ein Brief aus Litauen.

Wilna, den 16. Oktober 1917.

Die Veröffentlichung über den litauischen Landerrat seitens der deutschen Okkupationsbehörden hat eine Reihe von Tatsachen überholt, die etwas Licht auf diese Anordnung werfen. Mitte August fand in Wilna eine kleine Zusammenkunft litauischer Politiker der Bourgeoisie (17 Personen aus der Provinz und 5 aus Wilna) statt, die sich als das Organisations-Komitee der zukünftigen litauischen nationalen Konferenz bezeichnete, die die Wünsche des litauischen Volkes zur Sprache bringen und mit den Okkupationsbehörden wegen der Gestaltung der Zukunft Litauens in Verhandlung treten soll.

Das Organisationskomitee nahm folgenden politischen Standpunkt ein, der der nationalen Konferenz zur Beschlussfassung unterbreitet werden soll:

1. Das litauische Volk schafft einen unabhängigen litauischen Staat.

2. Die Grenzen des zukünftigen unabhängigen Litauens müssen das Land umfassen, das gegenwärtig von dem litauischen Volke bewohnt wird, sowie das, dessen Bevölkerung früher litauisch sprach, oder den größten Teil der Gouvernements Suwalki, Rowno, Wilna und einen Teil des Grodnoer Gouvernements mit Grodno.

3. Was das Verhältnis zu den Nachbarn anbetrifft, so schließt das Organisations-Komitee vorweg jegliches Verhältnis zu Rußland und Polen aus und sieht gewisse staatliche Verhältnisse zu den Deutschen vor.

Um zum Ziele zu gelangen, mußte dieser politische Standpunkt vor der Einreichung an die nationale Konferenz zunächst der deutschen Behörde zur Bestätigung vorgelegt werden.

Als das Organisations-Komitee sich wegen der Bestätigung des von ihm eingenommenen Standpunktes an die deutsche Behörde wandte, erklärte diese, daß sie mit dem von dem Komitee gefaßten Beschlusse nicht einverstanden sein könne. Das Deutsche Reich — so lautete die Antwort — könne mit Litauen nicht wie mit einem gleichartigen unterhandeln, und was das zukünftige Verhältnis Litauens zu Deutschland anbetriffe, so bezögen sich die minimalen Forderungen Deutschlands auf folgende drei Punkte: Litauen soll mit Deutschland durch eine Militär-Union verbunden werden, die darauf beruht, daß die Festungen in deutscher und das Heer in litauischer Hand sich befinden, daß aber das Kommando deutsch sein und unter der Führung deutscher Offiziere stehen soll. Die Eisenbahnstrecken bleiben, weil sie eine strategische Bedeutung haben, unter deutscher Verwaltung. Litauen wird von Deutschland nicht durch eine Zollgrenze getrennt werden.

Um zu der geplanten Konferenz die Genehmigung zu erlangen, erklärte das Organisations-Komitee, daß die von ihm angenommene Resolution das in dieser Weise aufgefaßte Verhältnis zu Deutschland nicht ausschließe. Nach Empfang dieser Versicherung erteilten die deutschen Behörden zur Einberufung der

litauischen nationalen Konferenz die Genehmigung, wonach das Organisations-Komitee als ersten Tag der Beratung den 18. September mit folgender Tagesordnung bestimmte: 1. Die Frage der Zukunft Litauens, 2. die Frage des litauischen Rates, 3. laufende Sachen im Leben Litauens (Was ließe sich zur Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse tun?), 4. freie Anträge.

Was die Art der Organisierung der einzuberufenden Konferenz anbetrifft, so nahm das Organisations-Komitee den Grundsatz der Kooptation an. Allerdings hat das Komitee — dem Drucke der Linken nachgebend — sich auch damit einverstanden erklärt, daß die Kandidatur der „Delegierten“ zur Konferenz am Orte aufgestellt werden und daß die deutschen Behörden die Reisen der litauischen Politiker zwecks Durchführung einer diesbezüglichen Agitation genehmigen, daß aber in diesem Falle die aufgestellten Kandidaturen von dem klerikal-nationalistischen Organisations-Komitee und den deutschen Okkupationsbehörden genehmigt werden mußten.

Gegen diese Vorkehrungen legten vor allem die polnischen Sozialisten Einspruch ein und begründeten ihn damit, 1. daß die litauische Konferenz unter Umgehung anderer Nationalitäten organisiert worden sei, nämlich der polnischen, weißrussischen und jüdischen; 2. daß die Mitglieder der Konferenz nicht von der Bevölkerung gewählt worden, also nicht Vertreter des Volkes sondern aufgedrängte, unverantwortliche Einzelpersonen sind; 3. daß das Gebiet des zukünftigen Litauens, wie es von dem Organisations-Ausschusse begrenzt wird, einerseits die Teilung unseres Landes — Litauens und Weißrußland — in Teile präjudiziert und andererseits über das ethnographische Litauen weit hinausgehen und dadurch eine grobe Kombination der annexionistischen Politik der litauischen klerikal-nationalistischen Faktoren sein werde; 4. daß das Verhältnis des zukünftigen Litauens zu Deutschland vom Organisations-Ausschusse präjudiziert sei; 5. daß wir uns in Verhältnissen befänden, die alle Möglichkeit der Besprechung der für unser Land so wichtigen Sache ausschlossen usw.

Von diesem Standpunkte ausgehend, hat die polnische Gruppe der Sozialisten es als absolut unzulässig erklärt, daß ein aufrichtiger Demokrat unter diesen Umständen an der litauischen Konferenz teilnahm. Einen ähnlichen Standpunkt hat auch der jüdische „Bund“ eingenommen. Demgegenüber hat die sozialdemokratische Partei Litauens beschlossen, an der Konferenz teilzunehmen und ihre Teilnahme mit dem Willen begründet, auf den Charakter der Entschließungen der Konferenz einzuwirken.

Es muß bemerkt werden, daß in Verbindung mit diesem Standpunkte, den die sozialdemokratische Partei Litauens eingenommen hat, innerhalb der Partei sich eine Opposition entwickelt hat, die die Teilnahme an der Konferenz (im Sinne der durch die polnische Gruppe der Sozialisten in Wilna gefaßten Beschlüsse) rücksichtslos bekämpft und den Gedanken einer internationalen Aktion der sozialistischen und demokratischen Elemente unterstützt, die den anmaßenden Gelüsten der litauischen Konferenz entgegenwirken sollen.

Die Einberufung der litauischen Konferenz hat eine Belebung des politischen Lebens in allen Schichten der Bevölkerung von Wilna und teilweise auch des ganzen Landes hervorgerufen. Der Ausdruck dessen war eine große politische Versammlung, die am 16. September in Wilna abgehalten wurde. Diese Versammlung, die von den sozialistischen und demokratischen Elementen aller Nationalitäten Litauens und Weißrußlands organisiert war — und die „Aufklärung der politischen Lage Litauens in der Gegenwart und in der Zukunft“ bezwecken sollte, wurde im großen Saale des Arbeiterklubs abgehalten und hatte etwa 2000

Personen angezogen. In einer Reihe von Ansprachen entwickelten die demokratischen und sozialistischen Redner ihr politisches Programm mit der Lösung der Unabhängigkeit Litauens und einer Konstituante in Wilna mit ihren bekannten fünf Attributen. Namens des polnischen Proletariats sprach der Genosse S. Baginski, namens des litauischen der Genosse Kahrzas, namens des weißrussischen der Genosse Turkiewicz und namens des jüdischen der Genosse Jzbicki. Namens der polnischen Demokratie Litauens traten Witold Abramowicz und Ludwig Chominski auf. Im Präsidium der Versammlung waren die polnischen Sozialisten und Demokraten durch die Genossen Dominikus Rymkiewicz und Johann Pilsudski vertreten.

Diese Versammlung — seit der Zeit der Revolution im Jahre 1905 — die erste, in der das Proletariat und die Demokratie von Wilna in großem Umfange auftraten, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammelten gehen von der tiefen Überzeugung aus, daß allein die politische Unabhängigkeit Litauens und die Gestaltung seiner innern Verhältnisse auf echt demokratischen Grundlagen imstande sind, unser Land vor dem Verfall zu bewahren und ihm für die Zukunft die besten Bedingungen der Entwicklung seiner schaffenden Kräfte, die Hebung des Wohlstandes und die erforderliche Befriedigung der national-kulturellen Bedürfnisse aller in Litauen wohnenden Nationalitäten: der Polen, Litauer, Weißrussen und Juden zu sichern. Die Versammelten drücken ihre vollständige Solidarität mit den Lösungen der europäischen Demokratie aus, in deren Sinne der gegenwärtige Krieg allen Ländern und Völkern das freie Selbstbestimmungsrecht über ihr Los sichern müßte. Die Versammelten betonen schließlich mit voller Entschiedenheit, daß die Entscheidung über das zukünftige Los Litauens, über seine innere Einrichtung und über sein Verhältnis zu den benachbarten Staaten, sowie über das Zusammenleben mit den Nachbarländern einzig und allein der Konstituante des litauisch-weißrussischen Landes ohne Unterschied der Nationalität, des Bekenntnisses und des Geschlechts durch gleiche, geheime, unmittelbare und proportionelle Abstimmung zu wählen ist. Die Versammelten erheben kategorischen Protest gegen alle Versuche der Annäherung oberer Rechte der Vertretung des Landes und seines gesetzgebenden Landtages.“

Diese Proteste haben den Lauf der Ereignisse nicht aufgehalten, sondern der litauische Landesrat, bestehend aus litauischen Nationalisten, wurde trotzdem geschaffen. Seine Tätigkeit hat er indessen angesichts des Boykotts seitens der anderen Völker Litauens und der demokratisch-sozialistischen Kreise bisher noch nicht begonnen. In Verbindung mit dem Boykott haben in den letzten Tagen unter der polnischen Intelligenz Wilnas Verhaftungen stattgefunden. Verhaftet und in das Gefangenenerlager in Deutschland abgeführt wurde u. a. der in Wilna bekannte polnische Sozialpolitiker Sienkiewicz.

J. Wil.

Aus Nr. 230 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. Oktober 1917.

Von dem Komitee zur Kriegshilfe für das Königreich Polen.

In dem sehr genauen Berichte von Herrn Ciechanowski lesen wir folgendes:

Die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik sind direkt erschreckend. — Es liegt die wertvolle Statistik von Dr. Szenajch vor uns, die angibt, daß im Vergleich zum Jahre 1913 die Zahl der Geburten im Jahre 1916 von 27,05 auf 1000 Bewohner auf 17,62 gefallen, während die Zahl der Todesfälle in derselben Zeit von 17,70 auf 22,65 pro Tausend gestiegen ist, woraus sich ergibt, daß die Bevölkerung, statt wie vorher um

9,35 auf 1000 zu wachsen, in Warschau schon 1916 bedeutend abnimmt, während sich das laufende Jahr noch ungünstiger gestaltet. Wenn wir jedoch die Zahl der Geburten bei den Christen und den Juden miteinander vergleichen, dann sehen wir, daß während im Jahre 1913 auf 100 christliche Geburten 53 jüdische entfielen, im Jahre 1917 auf 100 christliche Geburten 139 jüdische kommen.

Während unter den Christen die Zahl der Sterbefälle im Verhältnis zu 100 Geburten von 10,1 im Jahre 1913 auf 31,6,7 im Jahre 1917 gestiegen ist, ist sie bei den Juden von 56,5 nur auf 141 gestiegen, und während im Jahre 1916 die Abnahme der christlichen Bevölkerung durch das Verhältnis von 100 Geburten auf 172,9 Sterbefälle zum Ausdruck kam, wies die jüdische Bevölkerung sogar einen Zuwachs auf, und zwar entfielen auf 100 jüdische Geburten 89,1 Sterbefälle. Diese Zahlen charakterisieren allzu deutlich das Elend der Hauptstadt, so daß es nicht nötig ist, mehr davon anzuführen.

Obige Tatsachen müssen uns davon überzeugen, daß wir trotz aller Arbeit und Opferwilligkeit noch nicht genug tun. — Die erfreulichen Zahlen der jüdischen Bevölkerungsstatistik weisen auf eine kräftigere Organisation hin und vielleicht auch auf ein größeres Solidaritätsgefühl dieses Volkes.

Eine Forderung erlaube ich mir zu erheben: Die Generation der städtischen Kinder kann nur durch das Land gerettet werden.

Zugleich stehen wir vor der neuen und augenblicklich brennendsten Frage, wie die Kinder durch den Winter zu bringen sind.

Eine Tatsache müssen wir gleich von vornherein feststellen: Sofern es uns nicht gelingen sollte, die von uns bis jetzt verschickten Kinder auch während des Winters auf dem Lande zu belassen, dann wird es uns nicht möglich sein, sie zu retten, so daß die ganze Aktion illusorisch wäre. Warschau wird gegenwärtig bei den steigenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung und der Versorgung mit Brennmaterial nicht imstande sein, seine Kinder vor dem Hungertode zu bewahren. Daher müssen diese Kinder zunächst noch auf dem Lande bleiben.

Um dies zu erreichen, muß man:

1. sich bemühen, mit Hilfe der Agitation die Landwirte dafür zu gewinnen, daß sie die ihnen anvertrauten Kinder auch während des Winters bei sich behalten. Zu diesem Zwecke wird man den Landwirten durch Bereitstellung von Winterkleidung und Schuhwerk für die Kinder helfen müssen.
2. Man wird für die Kinder Winterasyle auf dem Lande unter dem Schutz lokaler Organisationen einrichten müssen.

Der Haupt-Fürsorgeausschuß ist bereit, solche Asyle mit den notwendigen Einrichtungsgegenständen auszustatten und die Kinder auf eigene Kosten mit warmer Kleidung und mit Schuhwerk zu versehen, eventuell in Ausnahmefällen kleinere Geldsummen anzuweisen, um die Winterasyle zu erhalten. Die Hauptlast dieser neuen Organisationsarbeit muß jedoch schon aus praktischen Rücksichten auf den Schultern der Orts- und Kreisorganisationen ruhen.

Wir sind überzeugt, daß die Provinzialausschüsse alles Mögliche tun werden, um die Überwinterung der städtischen Kinder auf dem Lande zu ermöglichen.

Der Rettungsaktion zu Gunsten der Kinder können keine Grenzen gesetzt werden. Man kann nicht sagen, daß man viel oder wenig tut. Die Grenzen einer für das Land so wichtigen Aktion sind nur durch die Größe des Bedürfnisses und durch das Elend gesetzt, durch das sie hervorgerufen wurde.“

Sobiel Herr Ciechanowski.

Aus dem Berichte über unsere letzte Reise können sich die Leser ein Bild machen, wie groß das Bedürfnis

nach Hilfe für das Königreich ist. Zum Schluß wenden wir uns an unsere Volksgemeinschaft, die sich seit Anfang des Krieges als so opferwillig erwiesen hat, daß sie bei dem nahenden Herbst die Aktion des Komitees für Kriegshilfe für das Königreich Polen durch reichliche Gaben unterstützen möge.

Rasimir Brownsford.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 241 des Glos Narodu (Kraſau)
vom 13. Oktober 1917.

• „Die Freiheit der Meere.“

Unter den Kriegszielen, die die Mittelmächte mit an erster Stelle aufstellen, befindet sich „die Freiheit der Meere“. Seit dem September 1914 erscheint diese Wendung beständig in den Blättern, namentlich in den Berliner, gelangt von dort in andere Zeitungen und wird ungeprüft wiederholt, sowie einst in England die Goldrollen von einer Bank zur andern wanderten, ohne untersucht zu werden, ob jede von ihnen so viel Stück enthielt, als sie enthalten sollte. Und wenn irgend ein oppositionelles Blatt sich zu fragen erdreistete, worauf denn eigentlich diese Freiheit der Meere beruhe und worin die gegenwärtige Unfreiheit bestehe, dann wird es von der inspirierten Presse verschrien, daß es die Elemente des Völkerrichts nicht kenne. Und so war jene Rolle beinahe 3 Jahre im Umlauf, bis sie von der energischen alldeutschen Hand aufgebrochen und ihr Inhalt untersucht wurde. Und es hat sich gezeigt, daß darin kein Gold, sondern Talmi enthalten ist.

Hierunter bringen wir Ausführungen über die Freiheit der Meere, die unzweifelhaft von kompetenter Seite kommen, soweit es sich nämlich um das Alldeutstum handelt. Ihr außerordentlich interessanter Inhalt ist heute doppelt aktuell, da sowohl Dr. Michaelis als auch Graf Czernin in ihren Reden wiederum die Fragen der Meere berührt haben. Der Leser kann sich auf diese Weise über eins der schwierigsten Probleme informieren, die durch den Krieg erledigt werden sollen, die aber bis jetzt so kurz behandelt wurden, als wenn der Begriff der Freiheit der Meere ein feststehender und bekannter wäre, nicht aber eine Frage, von der niemand weiß, wie sie zu lösen sei.

Wenn nicht der Fürst Friedrich zu Löwenstein und Herr Karl Niedt wären, die im Februar 1917 die deutschen Kriegsziele in der Broschüre „Probleme der deutschen Zukunft“ präzisiert hätten, würde bis jetzt niemand wissen, was man unter der sogenannten „Freiheit der Meere“ zu verstehen habe. Für den gewöhnlichen Sterblichen war das Meer immer frei, da niemand berechtigt war, jemandem die Schifffahrt darauf zu verwehren. Die territoriale Herrschaft der anliegenden Staaten reichte nur auf eine Entfernung von 3 Seemeilen vom Ufer. Aber seit dem August 1914 zeigte es sich, daß im Kriege nicht nur die Völker, sondern auch das Meer etwas zu erobern habe, nämlich die Freiheit, die es bis dahin nicht besaß. Woher ist dieses Problem gekommen?

Anfangs suchte man es auf die Kriegszeit zu beschränken. Im Frieden — sagte man — ist es jedem gestattet, über die Wasserrösten dahinzusegeln. Aber mit dem ersten Schuß eines Geschüßes kann jedes Handelsfahrzeug zur Beute des Feindes werden. Es ist gestattet, es zu nehmen und die Ladung zu konfiszieren. Nun müßte das Schiffsgut während des Krieges eben so heilig sein wie die Landgüter, d. h. es müßte grundsätzlich unantastbar sein, so weit es sich nicht um Notwendigkeiten handelt, die sich aus militärischen Anordnungen oder aus taktischen Rück-

sichten ergeben, wie z. B. Städte niederzubrennen oder zu bombardieren, Häuser auseinander zu nehmen um Schützengräben daraus zu bauen usw.

Dazu konnte jeder Skeptiker lächeln, der weiß, daß sich mit taktischen Rücksichten in diesem Kriege alles rechtfertigen läßt. (Zensurlücke). Auf jeden Fall war eine solche Fragestellung verständlich, als die deutschen Handelsfahrzeuge gleich zu Anfang des Krieges eine Beute des Gegners wurden, so weit sie nicht in neutralen Häfen Schutz fanden, wo sie gegenwärtig nach und nach der Requisition unterliegen, sobald die früheren Neutralen sich den Feinden Deutschlands anschließen. Als jedoch das neue große Ziel dieses Krieges an der Oberfläche erschien, das zugleich seine Rechtfertigung in den Augen der Menschheit und gewissermaßen seinen Sinn bilden sollte, als man anfang, die allgemeine Abrüstung und Schiedsgerichte als das weitgehendste Ergebnis der heutigen Kämpfe hinzustellen, verlor die oben angeführte Erklärung des Begriffs der Freiheit der Meere ihre Grundlage. Wozu soll man Normen für den zukünftigen Krieg aufstellen, wenn ein dauernder Friede eintreten soll und wenn infolge der Schiedsgerichte ein Kampf fast unwahrscheinlich wird? Und doch wird die Freiheit der Meere amtlich in einem Atemzuge mit der allgemeinen Abrüstung genannt, so daß dieser Begriff auch seinen „Friedensinhalt“ haben muß. Welchen?

Die oben erwähnte Denkschrift des Fürsten Löwenstein und des Herrn Niedt löst diese Frage in direkt ideal einfacher Weise.

Eine Freiheit des Meeres gibt es nicht. Es besteht nur eine Herrschaft darüber. Jemand muß über das Meer herrschen. Es handelt sich nur darum, wer über die Ozeane zu befehlen hat. Denn das Meer war und ist frei, nur die Küsten haben ihre Herren. Jeder Kriegshafen, jede Kohlenstation, jeder Leuchtturm, jede Signalboje befindet sich in der Hand irgend eines Staates, der darüber verfügt und jemand andern die Einfahrt verbieten, die Kohle verweigern, mit einem Worte die Schifffahrt auf dem freien Meere erschweren kann. Namentlich die Kohlenstationen bilden ein klassisches Beispiel. Kein Fahrzeug könnte die Fahrt von Europa nach Indien zurücklegen, wenn England ihm die Kohle verweigern würde. Die Flotte von Rozestwienski, die im Jahre 1905 von der Ostsee nach dem Gelben Meere eilte, hätte ihr Grab bei Kussima nicht erreicht, wenn die Deutschen die kriegerischen Maßnahmen Rußlands gegen Japan nicht unterstützt hätten, indem sie Hamburger Dampfer mit Kohlen hinausschickten, damit sie den russischen Admiral auf seiner tragischen Fahrt begleiteten.

Und nun die Schlußfolgerung:

Wir sehen, daß die Freiheit der Meere eine leere Phrase ist, wie so viele andere. Die Freiheit der Meere läßt sich nicht durch papierne Verträge schaffen. Sie gehört denen, die über das Meer herrschen. Wenn Deutschland die Freiheit der Meere wünscht, dann muß es die Herrschaft über sie erringen. Und das sollte es tun!

Die Sache ist, wie wir sehen, mit jener Bismarckschen Offenheit aufgeklärt, die die alldeutschen Kreise für die grundsätzliche Eigenschaft einer guten Diplomatie halten. Deutschland soll die Herrschaft über das Meer erlangen, das heute einen andern Herrn hat, nämlich England, das die wichtigsten Stützpunkte für die Flotte, Kohlenstationen, Kabel, Meerengen usw. besitzt. Das ist einfach.

Aber — es könnte scheinen — daß das Meer alsdann nur den Herrn wechselt und nicht allgemeines Eigentum werden wird, wie sich dies aus dem Begriffe der „Freiheit der Meere“ ergeben würde. Wo ist das ethisch-politische Moment der „Befreiung“? Wo ist die Gerechtigkeit, die bei jeder „Befreiung“ den Ausgangspunkt bildet? In welcher Weise werden

alle Völker den Ozean besitzen, der heute sich unter der britischen Tyrannenherrschaft befindet?

Diesen Punkt übergeht Fürst Löwenstein nicht und erörtert in kurzen Worten die ethische Grundlage, auf Grund deren Deutschland die Herrschaft über die Meere an sich reißen soll. Wenn nämlich die Deutschen dies erreichen, dann werden ihre Gerechtigkeit, ihr Rechtsgefühl und ihr Altruismus die Bürgschaft bieten, daß das Meer für alle frei sein wird. „Das Schicksal anderer seefahrenden Völker kann in keiner besseren und gerechteren Hand ruhen, als in der Hand Deutschlands“ — sagt Fürst Löwenstein. Dies bedeutet, daß Deutschland, wenn es das Meer beherrscht, jedem Volke einen solchen Anteil an der Freiheit zuteilen werden läßt, wie er ihm seiner Ansicht nach zusteht.

Ein solcher Gedankengang quillt aus der Tiefe des deutschen Gefühls für die Rechtsordnung. Im Innern des Deutschen Reiches wird diese Ordnung durch die Regierung normiert, die den Untertanen diejenige Summe von Freiheiten zuteilt, die sie ihnen zuerkennt. Nun sollen die Meere zu einem solchen Staate werden, dessen Regierung die Deutschen bilden sollen, und ihre Gerechtigkeit und ihr Verstand werden den andern Völkern die entsprechende Dosis der Freiheit zuteilen. Auf diese Weise wird Ordnung in der Welt herrschen nach der alldeutschen Maxime: „Am deutschen Wesen muß die Welt genesen!“

Es handelt sich nur darum, wie diese Herrschaft über die Meere zu erlangen ist. Nichts einfacher als das, sagt Fürst Löwenstein:

Deutschland kann diese Herrschaft nur dadurch erlangen, daß es sich der Flottenstützpunkte bemächtigt. Deren Erlangung von England — neben einem Teil der gegenwärtigen britischen Kriegsflotte — das ist der Vorsprung, den Deutschland gegenüber England nötig hat. Die Kaiserliche Marine wird alsdann schnell mit der Durchführung der Herrschaft fertig werden.

So ist die Freiheit der Meere nach der Auffassung des Fürsten Löwenstein zu verstehen. Dieser Auffassung kann man unmöglich Energie absprechen. Aber es ist bekannt, daß die feindliche Presse die alldeutsche Auffassung als deutsche Auffassung darstellt, so daß sich die Idee des Fürsten Löwenstein vielleicht zusammen mit ähnlichen Ideen des Herrn Bernhardt in dem Album befinden wird, das die Koalitionspresse ihren Lesern unaufhörlich vorlegt zum Beweise dafür, was für eine Umgestaltung der Verhältnisse der gegenwärtige Krieg bringen soll.

Deshalb ist eine amtliche Bestimmung des Begriffs der Freiheit der Meere immer notwendiger, um so mehr, als der Reichskanzler Michaelis in seiner letzten Rede schon in einem Punkte mit dem Fürsten Löwenstein übereinstimmt, indem er für Deutschland Kohlenstationen verlangt. Es ist schwerlich anzunehmen, daß er auch bezüglich aller andern Punkte mit ihm übereinstimmen sollte.

Aus Nr. 477 der Nowa Reforma (Kraťau)
vom 15. April 1917.

In der Angelegenheit der deutschen Herrschaft in Galizien.

Wien, den 15. Oktober 1917.

In der letzten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten Gall, Glabinski und Genossen folgende Interpellation eingebracht:

„In dem Ende Juli d. J. wiedereroberten Teile Ostgaliziens, namentlich in dem Kreise Tarnopol und Umgegend, haben die deutschen Militärbehörden ohne vorherige Verständigung mit den politischen Kreisbehörden sich teilweise die staatlichen Hoheitsrechte an-

geeignet, obwohl hierzu keine offenkundige, sich auf militärische Rücksichten stützende Notwendigkeit vorhanden war.

So haben in zahlreichen Gemeinden die Ortskommandanten den Wohnungswechsel, die Ausfuhr von Lebensmitteln und andern Waren verboten, Pässe und hohe Ordnungsstrafen für Übertretung willkürlicher Befehle eingeführt, Requisitionen nach eigenem System (ein Drittel der Ernte) ohne jegliche Bezahlung angeordnet und die bewegliche Habe der Bevölkerung für Kriegsbeute erklärt.

Zwar gewähren die österreichischen politischen Behörden und die Gendarmen nach Möglichkeit den Bewohnern des Kreises Tarnopol Schutz; in der Mehrzahl der Fälle sind sie gegenüber der übermäßigen Machtvollkommenheit der deutschen Kommandanten machtlos, was sich aus den Berichten an die höheren Behörden unzweifelhaft ergibt.“

Die Interpellanten fragen, was die Regierung zu tun gedenkt, um die staatlichen Hoheitsrechte Österreichs in Galizien wieder zur Geltung zu bringen.

Aus Nr. 248 des Glas Narodu (Kraťau)
vom 21. Oktober 1917.

Die Wiener Post hat das Begrüßungstelegramm der polnischen Fraktion an den Regentschaftsrat nicht befördert, weil dieses Telegramm an die neu eingesetzte höchste polnische Behörde in polnischer Sprache abgefaßt war. Dieser Grund ist auffallend, aber nur scheinbar. Denn die polnische Sprache ist zwar schon seit langer Zeit ebenso, wie andere Sprachen, von dem internationalen Postverband zum allgemeinen Telegraphenverkehr zugelassen worden, aber nach dem nördlichen Teil des Königreichs Polen darf man trotzdem nur in der deutschen Sprache telegraphieren, weil dort nur Deutsche den Telegraphendienst verrichten. Der polnischen Fraktion geziemte es sich aber, den Regentschaftsrat in der Muttersprache zu begrüßen. Deswegen haben die Abgeordneten Glabinski und Redzior, die mit der Begrüßung des Regentschaftsrates beauftragt waren, beschlossen, ihre Glückwünsche jetzt — in einem Briefe — zum Ausdruck zu bringen. Dieser Gedanke ist zwar theoretisch gut, aber die Sache wird trotzdem dadurch nicht erledigt. Die Herren Glabinski und Redzior erhalten nämlich nach einigen Tagen ihren Brief mit einem Poststempel aus Breslau und mit dem Vermerk auf dem Umschlag zurück: „Polnisch in Briefen unzulässig.“ Wenn sie aber hartnäckig bei ihrem Entschluß weiter verharren, einen polnischen Glückwunsch nach Warschau zu schicken, so werden sie schon zu einer Postkarte die Zusucht nehmen müssen, auf der man polnisch schreiben darf. An solchen Karten fehlt es aber jetzt bekanntlich ständig. Sollte es aber diesen Herren nach langen Bemühungen doch gelingen, eine solche Karte, die sich irgendwo verirrt hat, zu erhaschen, so werden sie den ursprünglichen Inhalt der Begrüßungsadresse, der sicherlich wortreich ist, einer entsprechenden Kürzung unterziehen müssen, damit er nicht die vorgeschriebene Anzahl von Zeilen überschreite (zwölf Zeilen bei einer Schrift in der Richtung der Länge der Karte und acht Zeilen bei einer Schrift in der Richtung der Breite). Wenn sie nun endlich die auf so bescheidene Grenzen reduzierte Begrüßungsadresse abgesandt haben, so werden sie doch noch auf das spezielle Glück warten müssen, ob diese Karte zu den wenigen ausermählten Karten gehören wird, die — manchmal an Ort und Stelle — wirklich anlangen.

Andernfalls wird der Regentschaftsrat auf die Glückwünsche der polnischen Fraktion vergeblich warten müssen.

Rm.

Aus Nr. 480 des Ozas (Kraflau)
vom 17. Oktober 1917.

Das Oberste Nationalkomitee.

Es ist durchaus kein Zufall, daß der Beschluß über die Auflösung des D. N. K. mit der Ernennung des Regentschaftsrats in Warschau zusammenfällt. Das erstere Ereignis ist nämlich die Konsequenz des längst angekündigten und seit einigen Wochen erwarteten zweiten.

Nach einer über dreijährigen bedeutungsvollen und nützlichen Tätigkeit hat das D. N. K. beschlossen, sich aufzulösen und seine wichtigsten Aufgaben der polnischen Regierung im Königreich zu überweisen, namentlich aber die Aufrechterhaltung der Informationsbureaus im Auslande und die Sorge für den polnischen Soldaten. Die nützliche Tätigkeit des D. N. K. war Gegenstand einer leidenschaftlichen Kritik fast während der ganzen Zeit seines Bestehens. Diese Kritik war jedoch ebenso ungerecht wie leidenschaftlich. Um ihre Quelle zu verstehen, muß man festhalten, daß das Komitee zuerst als Ergebnis und Äußerung eines Kompromisses zwischen den polnischen Parteien kritisiert wurde, wodurch zwischen ihnen ein Waffenstillstand für die Zeit der drohendsten Kriegsgefahr herbeigeführt wurde. Namentlich die Aufnahme von radikalen Parteien und das Bestreben, sie zur Mitarbeit an der nationalen Sache heranzuziehen, gab manchen konservativen und katholischen Elementen Veranlassung, den Arbeiten des D. N. K. mit Mißtrauen zu begegnen. Und doch haben die Tatsachen dieses Mißtrauen nicht gerechtfertigt. Wir wollen zwar nicht bestreiten, daß die radikalen Parteien namentlich in ihrer Tätigkeit außerhalb des D. N. K. auch während des Krieges mehrfach gegen die Kirche und gegen die konservativen Parteien auftraten. Jedoch innerhalb des D. N. K. selbst ist es ihnen — bis auf unbedeutende Vorposten — nicht gelungen, einen größeren Einfluß zu gewinnen und seiner Tätigkeit ihren Charakter auszudrücken. Während der beiden ersten Kriegsjahre bildeten sie daher innerhalb des Komitees die unzufriedene Opposition, indem sie sahen, daß das D. N. K. eine reale und besonnene Politik trieb, die bei jedem Schritt mit dem katholischen Charakter des Volkes rechnete. Im dritten Kriegsjahre zeigte sich die Opposition der radikalen Parteien, die bis dahin nicht nach außen hervortrat, in zweifacher Weise, und zwar zunächst durch Anklagen gegen die Richtung des D. N. K., die mit Rücksichtslosigkeit und Terrorismus erhoben wurden, und alsdann durch den Austritt der radikalen Parteien aus dieser Organisation. Weder der Terrorismus, noch die in der Presse erhobenen Beleidigungen, noch die Drohungen des Austritts haben ihr Ziel erreicht. Die grundsätzliche politische Richtung des D. N. K. wurde getreu von den Parteien innegehalten, die bis zuletzt in ihm blieben, nämlich die konservative in ihren beiden Schattierungen, die Unabhängigkeits- und die Volkspartei.

Die zweite Quelle der Vorwürfe, die gegen das D. N. K. erhoben wurden, war seine entschiedene Stellung in der Angelegenheit des Verhältnisses zu Rußland und damit zur Entente. In Übereinstimmung mit dem Beschlusse vom 16. August organisierte es die Legionen zum Kampfe gegen Rußland, verbreitete mit Hilfe von Druckschriften im Volke das Verständnis für diesen Kampf, warnte beständig vor dem Vertrauen auf die russischen Versprechungen und wies auf das Ungenügende der platonischen Sympathieen Frankreichs und Englands hin. Hingegen arbeitete es an der Verbreitung der Überzeugung, daß nur die Bildung eines polnischen Heeres und Staates wenn auch zunächst nur unter beschränkten, jedoch realen Bedingungen, für uns die Bürgschaft einer

besseren Zukunft biete. Alle Strömungen, die sich aus der Flutquelle der Russenfreundlichkeit oder der englischen Orientierung und amerikanischen Illusionen ergaben, wendeten sich daher mit aller Kraft gegen diesen ernstesten Vertreter der politischen Mäßigkeit. In der Kollision der polnisch-deutschen Beziehungen fanden sie auch eine scheinbare Bestätigung. Aber auch vom Standpunkte dieser so populären Lösungen aus war die Kritik des D. N. K. nicht gerechtfertigt. Das D. N. K. stand streng auf dem Standpunkte der Übereinstimmung der polnischen Interessen mit den Interessen der österreichischen Monarchie. In der Unterstützung Österreichs sah es ein Mittel zu seiner Stärkung im Verhältnis zu dessen Bundesgenossen — damit also zur Stärkung seiner Stimme in der polnischen Sache, was durch die Ereignisse tatsächlich bestätigt wurde. Mit wahren politischem Takte überschritt es jedoch in seiner Tätigkeit niemals das Maß, das die Würde und das polnische Interesse im Verhältnis zu den Deutschen bewahren hieß. Es leistete nach dieser Richtung hin der nationalen Sache zahlreiche Dienste, die gegenwärtig nur teilweise bekannt sind, hat aber nicht ein einziges Mal durch Anerkennung von uns feindlichen Strömungen unserer Sache geschadet. Den Anhängern der russischen Orientierung, die im Laufe der Zeit zu einer koalitionsfreundlichen wurde, ist es nicht gelungen, auch nur eine einzige konkrete Tatsache anzuführen, aus der man dem D. N. K. nach dieser Richtung hin einen Vorwurf machen könnte.

Die reale und nüchterne Tätigkeit des D. N. K., die den Widerspruch in gegnerischen Lagern hervorgerufen hat, nimmt im Augenblicke der Entstehung eines obersten polnischen Staatsorgans ihr Ende. Wie dies von Anfang an beabsichtigt war, wie übrigens auch durch den zu Anfang dieses Jahres gefaßten Beschluß des D. N. K. konstatiert wurde, ist die vor zwei Tagen berufene polnische Regierung in erster Linie dazu berufen, den Schutz über die Legionen und die Leitung der Geschäfte der auswärtigen Informationsbureaus zu übernehmen. Unzweifelhaft war es auch gut, daß man weder im August noch im September, als die polnische Regierung erst angekündigt war, dem Terrorismus der Gegner nachgab, und sich den Bestrebungen entgegenstellte, das D. N. K. ohne Rücksicht auf die Frage der Entstehung der polnischen Regierung aufzulösen. Es hätte dies, — worauf es übrigens den Gegnern hauptsächlich ankam — zum Verfall des Restes des Heeres und zur Einziehung der auswärtigen Stützpunkte führen müssen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gibt aber die Auflösung des D. N. K. die Möglichkeit, sie auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, ja sogar weiter zu entwickeln bis zu der Zeit, da während des Kongresses die Bedeutung des einen und des anderen Faktors mit voller Klarheit hervortreten wird.

Man kann also schon heute dreist die Zuversicht aussprechen, daß die Auflösung des D. N. K. die Hoffnungen, die von Seiten der Nationaldemokratie und der Sozialisten daran geknüpft wurden, nicht erfüllen wird. Auch wird die Auflösung dem gemeinsamen Vorgehen der realen und aktivistischen Parteien unseres Landesteils, die seit 3 Jahren im D. N. K. in gemeinsamer Arbeit vereinigt waren, kein Ende machen. Ihre gemeinsame Tätigkeit muß auch nach der Auflösung einen neuen Kristallisationspunkt finden, da sie lebensfähig und notwendig ist. Je stärker im Polnischen Klub eine Richtung die Oberhand gewinnt, die in sozialer Beziehung radikal, in politischer unkonsequent, in nationaler passivistisch ist, desto kräftiger müssen die gemäßigten und aktiven Elemente unseres Landes nach der Aufrechterhaltung der im Laufe des Krieges geschaffenen Verständigung streben. Die Ereignisse der letzten Wochen im Polnischen Klub haben zur Genüge

gezeigt, daß es ohne sie nicht möglich ist, den Klub zu leiten, und daß ihre politische Richtung als die einzige verständige und logische die Grundlage des praktischen Handelns bilden muß.

Aus Nr. 482 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 18. Oktober 1917.

Die Auflösung des Obersten Nationalkomitees.

Während der Kosciuszkoſeier in Lublin gab der Generalgouverneur Graf Szeptycki die Namen der drei Männer bekannt, die zu Mitgliedern des Regentſchaftsrats ernannt worden ſind. Einige Stunden ſpäter hat in Kraſau eine Vollverſammlung des D. N. K. ohne Diskuſſion den Antrag des verdienten Vorſitzenden des Schatzdepartements dieſes Komitees auf Auflöſung dieſer Inſtitution und Überweiſung ſeiner Agenden an die Regierung des polniſchen Staates angenommen.

Obwohl die Agenden des D. N. K. notwendigerweiſe fort dauern, da man ſie nicht plötzlich unterbrechen und liegen laſſen kann; obwohl die Leitung dieſer Agenden durch einen „ad hoc“ gewählten „Ausführenden Ausſchuß“ des D. N. K. ausgeübt wird, ſo iſt es doch Tatſache geworden, daß die Körperſchaft, in der ſich der verſtändige polniſche politiſche Gedanke des Weltkrieges verkörperte, ſeit geſtern der Geſchichte angehört. Und in dieſer Geſchichte iſt dem D. N. K. nicht nur ein einziges Blatt, ſondern ein ganzer Abſchnitt geſichert, der an ſich ſchön und erhebend war, der aber noch ſchöner und erfreulicher hätte ſein können, wenn in allen Schichten des polniſchen Volkes ohne Ausnahme ein größeres und tieferes Verſtändnis für die Idee geherrſcht hätte, die das D. N. K. vertrat, für die es unermüdlich arbeitete und kämpfte. Leider war ein allgemeines Verſtändnis nicht in dem Maße vorhanden, als es notwendig war, damit ſich die Idee des D. N. K., die Idee des Aufbaus des polniſchen Staates in Verbindung mit den Mittelmächten auf dem Boden realer, durch den Krieg geſchaffener Verhältniſſe, die Idee der Organisierung der polniſchen Wehrmacht als der kräftigſten Grundlage des zu errichtenden Staatsweſens, in entſprechendem Umfange und in dem Tempo hätte entwickeln können, als dieſes der Lauf der geſchichtlichen Ereigniſſe erforderte.

Das D. N. K. hat nicht alles getan, was zur Ausnutzung der ungeheuren, durch ſeine Schöpfer klar vorausgeſehenen hiſtoriſchen Konjunkturen nötig war. Deſto ſicherer kann und muß man aber ſagen, daß es alles getan hat, was es tun konnte.

Feci, quod potui, faciant meliora potentes!
Das ſind die Worte, die ſowohl das ganze D. N. K. wie auch jedes einzelne Mitglied deſſelben mit derjenigen Ruhe von ſich ſagen kann, die das Gefühl einer gut erfüllten ſchweren Pflicht, die das Bewußtſein gibt, daß man für eine große Sache gearbeitet hat, daß man den richtigen Weg betreten hat zu einer Zeit, da dieſer Weg noch ein ſehr ſchmalen Pfad war, von dem man nicht wußte, wohin er führt, den man aber zu einer Zeit verläßt, da er ſich zu einer breiten Straße mit einem ſichtbaren Ziel erweitert.

Wir wiſſen nicht, ob es überall ſo iſt, wiſſen aber daß es in Polen häufig vorkommt, daß der Verlauf der politiſchen Ereigniſſe dieſe bis auf einen Punkt bringt, bei dem ſie den Unwillen, wenn nicht gar die Verachtung der Zeitgenoſſen erregen. Auch dem D. N. K. blieb das Schickſal aller unſerer politiſchen Schöpfungen nicht erſpart. Auch ihm hat die Verleumdung und Verblendung gewiſſer hartnäckiger Kreiſe das Abſchiedslied geſungen, und zwar vielleicht lauter, als dieſes das ſog. „nationale Intereſſe“ erforderte, das in eigenartiger Weiſe als Zerstörung

alles deſſen aufgefaßt wird, was man errungen hat.

Aber das D. N. K. ließ ſich durch dieſes bedauerliche Abſchiedslied nicht ſtumm machen. Es wußte, daß ſpäter einmal um ſo lauter Hymnen zu ſeinem Ruhm ertönen werden, daß es einſt um ebenſo viel über ſeine Verdienſte erhoben werden wird, als man ſich heute bemüht, dieſe herunterzuziehen. Das D. N. K. harrie aus trotz der Deſertion ganzer Parteien aus ſeinem Lager, trotz des Umſtandes, daß diejenigen die vor kurzem in ihm noch die einzige Grundlage ihrer politiſchen Tätigkeit hatten, nachdem ſie eine andere gefunden haben, keinen Stein für zu groß, keinen Vorwurf für zu ungerecht und unſinnig hielten, um ihn nicht dieſer Inſtitution entgegenzuſchleudern. . . .

Als die Nachricht kam, daß der entſtehende polniſche Staat endlich ſeine Leitung erhält, daß der Regentſchaftsrat zur Tatſache geworden iſt, wollte das D. N. K. nicht eine Stunde länger beſtehen, damit der ſeit 3 Jahren immer wieder von neuem erhobene Vorwurf, daß es ſich irgend eine Gewalt anmaße, daß es eine Art Regierung ſein wolle, auch nicht den Schatten des Zutreffens erlange.

Wenn jedoch ein Körnchen Wahrheit in dieſem Vorwurf der Anmaßung vorhanden iſt, ſo iſt es nur inſofern zutreffend, als ſich das D. N. K. zwar keine Gewalt, ſondern — Arbeit anmaßte und eine ſchwere und niederdrückende Sorge zu einer Zeit übernahm, als das polniſche öffentliche Leben mit hoffnungsloſem Unglauben, mit Stagnation und dem Gefühl der Ohnmacht erfüllt war. Und dafür übernimmt es gern die volle Verantwortung und iſt bereit, ſich vor jedem Gericht zu verantworten. Denn das D. N. K. hat während der 38 Monate ſeiner Tätigkeit nicht ein einziges Wort ausgeſprochen, das es hätte zurückziehen müſſen, es hat nicht eine einzige Tatſache vollzogen, die ſich der nationalen Sache als ſchädlich erwieſen hätte. Schon der biſherige Verlauf der Ereigniſſe hat die Triftigkeit der Vorausſetzungen der Tätigkeit des D. N. K. erwieſen. Die weitere Entwicklung dieſer Ereigniſſe wird unzweifelhaft zeigen, daß das Recht, die richtige Vorausſicht und die reale Einſchätzung der mitwirkenden und rivalisierenden Kräfte auf Seiten des D. N. K. war. Die Zahl derer, die dieſes verſtehen, wächst heute ſchon. Einſt werden es alle verſtehen. Und dann wird die Zeit zur gerechten Beurteilung der Verdienſte des D. N. K. und all der Männer kommen, die es drei Jahre lang durch die Arbeit ihres Hirns und ihrer Nerven auf dem hohen Standpunkte eines häufig einzigen poſitiven Faktors nationaler Politik während des Weltkrieges erhielten.

Wir kennen allzu gut dieſe Perſönlichkeiten, als daß wir nicht wiſſen ſollten, daß ihnen ſowohl Lob als auch Verunglimpfungen, Beleidigungen und Spott gleichgültig ſind. Deſhalb werden wir auf ihr Lob verzichten. Die Vorwürfe ſchaden ihnen nicht und Lob brauchen ſie nicht.

Das D. N. K. hat ſich aufgelöst. Es ſind jedoch die Regionen übrig geblieben, die auch fernerhin Gegenſtand der größten Sorge des Ausführenden Ausſchusses des D. N. K. ſind, da ſie ſich ohne eine nationale Kataſtrophe nicht auflöſen laſſen, da ſie der einzige und wirkliche Keim der polniſchen Wehrmacht ſind. Und was für eine Zukunft könnten wir uns ohne eine ſolche Macht ſchaffen?

Wir haben die Überzeugung, daß der erſte Akt der entſtehenden polniſchen Regierung in der Organisierung dieſer Wehrmacht und der Berufung der Regionen zu Adreß des polniſchen Heeres beſtehen wird. Vielleicht geſchieht dieſes ſchon in der nächſten Zukunft. Aber ehe es geſchieht, iſt es notwendig, daß die geſamte öffentliche Meinung den „Ausführenden Ausſchuß“ in ſeiner Sorge um die Sicherung des Schickſals der Regionen unterſtützt. In dieſem Ausſchuß ſitzt nicht ein einziger Abgeordneter. Seine perſönliche Zuſammenſetzung iſt derart, daß ſie keine

Persönlichkeit von einer bestimmten politischen Richtung enthält. Er ist eine Körperlichkeit, die im besten Sinne des Wortes unparteiisch und dazu berufen ist, der polnischen Regierung die Legionen zu überweisen. Gegen sie kann man wohl wirklich keinen Verdacht hegen und keine Vorwürfe erheben. Sie müßte in einer Atmosphäre allgemeinen Vertrauens und allgemeiner Unterstützung arbeiten; denn nur in einer solchen Atmosphäre kann sie die schwere und verantwortungsvolle Pflicht erfüllen, wie es die Rettung der Legionen für Polen als Adres seines zukünftigen Heeres ist.

Aus Nr. 242 des Naprzód (Kraſau)
vom 20. Oktober 1917.

Forderungen der polnischen Volksgeſamtheit in Sachen der Legionen.

Der Abgeordnete, Genosse Daſzynski hat der k. und k. Regierung eine ausführliche Denkschrift in Sachen der Legionen überreicht. (Sie ist datiert vom 15. Oktober.)

In dieser Denkschrift sind die Forderungen des polnischen Volkes in der Frage der Legionen in folgender Weise formuliert:

Den politischen Voraussetzungen gemäß, durch die die Polen sich bewegt fühlen, beim Ausbruch des Krieges polnische Legionen auf seiten der Mittelmächte und hauptsächlich auf seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie zu formieren, erachten es die Vertreter des polnischen Volkes als ihre Pflicht, der k. und k. Regierung folgende Änderungen in der Organisation vorzuschlagen, die für die Erhaltung der polnischen Legionen unumgänglich notwendig sind:

1. Die Freilassung des Brigadiers Piłsudski, der für das ganze Volk und vor allem für die Legionen die Personifizierung der nationalen Gefühle bedeutete. Durch seine Freilassung könnte das Vertrauen zu den Mittelmächten gestärkt werden.

2. Die Wiedereinstellung der entlassenen Legionäre, die in militärischer Hinsicht das wertvollste Menschenmaterial bildeten, und die sich des größten Vertrauens im Heere erfreuten, auf das sie auch selbst stets mit Erfolg in einer beruhigenden Weise einzuwirken bemüht waren.

3. Das Ausscheiden derjenigen k. und k. Offiziere aus den Legionen, die den Legionen zugeteilt waren.

4. Die Bildung eines Kommandos der Legionen aus denjenigen Offizieren der Legionen, die sich in vollem Maße das Vertrauen des Heeres erworben haben, und die besondere Beweise ihrer militärischen Befähigung, sowie ihres verantwortlichen Gefühls, geliefert haben.

5. Die Übertragung des Kommandos der Legionen auf den Brigadier Piłsudski, der den Charakter dieses Heeres am besten kennt und der sich in vollem Maße des Vertrauens der Legionen und des polnischen Volkes erfreut.

6. Die Zubilligung von Einfluß an den polnischen Reichsratsklub auf grundsätzliche Änderungen in der Organisation des polnischen Hilfskorps. Dadurch könnten viele Fehler beseitigt und die Erregung besänftigt werden, die aus patriotischen Motiven hervorgegangen ist.

7. Eine Erklärung der k. und k. Regierung, daß nach der Einsetzung einer polnischen Regierung im Königreich Polen das polnische Hilfskorps dieser Regierung zur Verfügung gestellt wird, und daß in ihre Hände der Soldateneid abzulegen sei, was den heißesten Wünschen der Bevölkerung in Galizien, sowie der Legionäre entsprechen würde.

Aus Nr. 484 des Czas (Kraſau)
vom 19. Oktober 1917.

Die neuen Vormünder der Legionen.

Die über die Beratungen des polnischen Klubs einlaufenden Nachrichten rufen im Lande große Beunruhigung hervor. Seitdem die neue „nationale“ Mehrheit unter der Führung der Herren Glabinski, Daſzynski und Witos im Klub die Regierung übernahm, wankt dort offensichtlich alles, was schon aus den meisten, in Sachen des provisorischen Staatshaushaltes gefaßten Beschlüssen hervorgeht. Bei dieser Bemerkung enthalten wir uns jedoch einer Kritik, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß wir durch vorzeitige Kritik etwas verdorben hätten.

Diese Selbstverleugnung können wir jedoch nicht der Tätigkeit gegenüber üben, die der polnische Klub in Sachen der Legionen zur Anwendung bringt. Zu ihrer Charakterisierung genügen die Umstände, daß diese Tätigkeit Herr Glabinski leitet, mit dessen Namen die bereinstige Betrümmung der östlichen Legion verknüpft ist, ferner, daß Herr Daſzynski sich an der Zersplitterung des polnischen Heeres im Königreiche beteiligt hat und daß diesen beiden Politikern Herr Witos sekundiert, der sich erdreistete, diejenigen Legionäre, die der Fahne treu geblieben waren, „Abtrünnige“ zu nennen oder ihnen „Deprovation“ vorzuwerfen. Diese drei Namen, die in Sachen der Tätigkeit gegen die Legionäre mit einander eng verknüpft sind, genügen schon für sich allein, um sich über das Ziel ein Urteil bilden zu können, das man erstreben will.

Um was handelt es sich eigentlich? Das müßte unserer Gesamtheit klar vor die Augen treten. Ein wahrer Freund der Legionen hegt den heißen Wunsch, daß sie wirklich und schnell der Stamm des polnischen Heeres werden, aber in dieses Heer müßten sie als Stamm neben der Erfahrung und der Tapferkeit noch eine andere Eigenschaft, die höchste Soldatentugend mitbringen, nämlich die militärische Zucht. Ohne diese gibt es keine Armee. In unsern Legionen im Königreich Polen ist doch die traurige Tatsache eingetreten, daß ein Teil davon die Zucht verlegte und die Reihen verließ und daß ein anderer Teil lieber in das österreichische Heer eintreten wollte und auch eingetreten ist. Wir wollen hier durchaus nicht auf die Beweggründe dieses Verhaltens und auf die Untersuchung der Einflüsse näher eingehen, die hier mitgewirkt haben, auch bestreiten wir durchaus nicht, daß viele Legionäre aus den Legionen ausgeschieden sind, weil sie durch falsche Vorstellungen irregeführt waren und sogar durch kollegialischen Druck verleitet wurden. Immerhin ist es Tatsache, daß sie nicht bei der Fahne verblieben sind, sondern die Reihen der Legionen verlassen haben. Insofern verfahren sie aber noch schlimmer, als sie gegen ihre Kameraden, die der Fahne treu blieben, die schwersten, schmerzhaftesten, aber unzutreffende Vorwürfe erhoben.

Bei dieser Sachlage wird die Forderung, denjenigen die Rückkehr zu den Legionen zu erleichtern, die sie zwar verlassen haben, jetzt aber wieder dorthin zurückkehren, ihren Fehler zugeben und sich rücksichtslos der militärischen Zucht unterwerfen möchten, auf keiner Seite, am allerwenigsten auf konservativer Seite auf Widerstand stoßen. Durch ihre Rückkehr kann nicht bloß die Zahl, sondern auch die Zucht der Legionen gewinnen, und die Kommandos der Legionen würden solche Leute sicherlich aufnehmen. Eine solche Lösung dieser Frage gefällt aber offenbar den Herren Glabinski und Daſzynski nicht. Wir wissen es zwar nicht bestimmt wie ihre Forderung lautet, aber das ist offenbar, daß sie wünschen, daß die ausgeschiedenen Legionäre korporativ in die Legionen aufgenommen werden sollen ohne ihrer politischen Agitation zu entsagen. Das würde ein wirklicher Triumph der Agitation sein, die

die Einigkeit der Legionen zerstört hat. Gleichzeitig wäre das auch ein Schlag für die Legion, die ihrer Fahne treu geblieben ist und durch ein solches Beispiel der schlimmsten Agitation und Lockerung ausgesetzt werden würde.

Wir tragen kein Bedenken, es hier laut zu sagen, daß wir auf die allerschärfsten Angriffe vorbereitet sind, denn es handelt sich hier um das höchste Wohl und um die Zukunft des polnischen Staates. Man müßte an der Zukunft dieses Staates verzweifeln, wenn in sein Heer derselbe Geist der militärischen Anarchie einkehren sollte, der zur Zerschmetterung der Legionen geführt hat, wenn im polnischen Staate mexikanische Verhältnisse eintreten sollten und ein General nach dem andern revoltieren würde. Davor möge uns Gott bewahren!

Aus Nr. 248 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 21. Oktober 1917.

Einige Proben.

Es hat sich folgendes ereignet:

Die Vertreter der polnischen Fraktion erscheinen bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Czernin, zu einer Konferenz in Sachen der polnischen Legionen. Sie wollen dem Minister eine Forderung des polnischen Volkes vortragen, die darin gipfelt, man solle in den Legionen normale Verhältnisse wiederherstellen, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen der polnische Soldat und mit ihm die polnische Sache zu leiden hätten.

Tags vorher erscheint aber bei dem Referenten dieses Ministers, dem Baron Andrian, Herr Professor Dr. W. L. Jaworski, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees, der also noch heute in den Wiener Kreisen das ganze Prestige besitzt, das ihm das polnische Volk bereits abgesprochen hat, nämlich das Prestige einer Institution, welche de nomine eine „Beschützerin“ der Legionen war. Er erklärt während seiner Audienz, daß er an der Deputation der polnischen Fraktion sich nicht beteiligen werde, weil weder er, noch die konservative Gruppe der polnischen Fraktion mit den Anschauungen der polnischen Fraktion übereinstimmen. Herr Dr. Jaworski hat nämlich seine eigenen Anschauungen, und er trägt diese dann dem Herrn Andrian vor.

Als am folgenden Tage die polnische Fraktion dem Grafen Czernin die Forderungen des polnischen Volkes vorlegt, lehnt Graf Czernin einige von ihnen ab, indem er gleichsam wie zur Aufklärung bemerkt, daß sie nicht von allen Abgeordneten der polnischen Fraktion unterstützt würden. Als daraufhin einer von den Delegierten erwidert, es könnte höchstens nur Herr Dr. Jaworski in dieser Frage, in der sich alle geeinigt hätten, seinen eigenen Weg gehen, — erklärt Graf Czernin kurz: „Eben.“

Daraus folgt, daß Prof. Dr. Jaworski seine unlängst aufgegebenen Stellung im Obersten Nationalkomitee und ebenso seine Stellung als Abgeordneter zu dem Zwecke ausgenutzt hat, um auf Schleichwegen die von der polnischen Fraktion unternommene Aktion abzuweichen und zu paralysieren. Herr Prof. Dr. Jaworski hat aber, als er sein Amt als Vizepräsident des Obersten Nationalkomitees niederlegte, als Grund seines Rücktritts seinen „schwachen Gesundheitszustand“ angegeben. Dieser Grund mußte auch bei den politischen Gegnern des ehemaligen Präsidenten Mitleid erwecken. Heute ist aber ein solches Mitgefühl gegenstandslos geworden, denn es hat sich doch herausgestellt, daß es dem Prof. Jaworski nicht an Kräften fehlt, wenn es gilt, das zu verderben, was andere im Interesse des allgemeinen Wohls tun möchten.

* * *

Im Königreich Polen wurde jetzt ein Regentenschaftsrat eingesetzt, und in Kürze soll auch eine polnische Regierung ins Leben gerufen werden. Es mehren sich die Gerüchte, wonach an der Arbeit dieser Regierung jetzt auch diejenigen angesehenen Kreise der polnischen Bevölkerung teilnehmen wollen, welche sich von einer Mitwirkung mit dem vorläufigen Staatsrat zurückgezogen haben, weil es ihnen ihr politischer Sinn und ihr Gewissen nicht gestatteten, eine schon im Entstehen mißlungene Schöpfung zu unterstützen, die eben deswegen schon zur Untätigkeit und Machtlosigkeit verurteilt war, nämlich einer Schöpfung, die von Anfang an nur ein Scheinprodukt war und ein solches bis zu ihrem Ende geblieben ist, und die auch infolgedessen einer normalen Entwicklung des polnischen Staatswesens nur im Wege stand. Diese Kreise nehmen jetzt an, daß die gegenwärtige Regierung im Königreich Polen eine reale Grundlage, ihre eigenen Rechte und eine wirkliche Gewalt haben wird. Deswegen sind sie der Ansicht, daß sie sich jetzt von einer Mitwirkung mit ihr nicht zurückziehen dürfen. Sie wollen also jetzt nur ihre Pflicht erfüllen.

Nun erscheint aber in Petrikau ein Blatt, das den Titel „Dziennik Narodowy“ führt, und das wegen seiner nahen Beziehungen zum Obersten Nationalkomitee als das offizielle Organ dieser Institution angesehen wird. Dieses Blatt greift jetzt die erwähnten Kreise wegen ihrer Absicht an, der gemeinsamen Arbeit teilzunehmen, an. „Nie pozwalamy!“ (wir erlauben es nicht!) ruft es, seinen Kraſauer Souffleur nachahmend. Denn zu Ämtern und Staatsstellungen, sowie zu einem Einfluß auf die Geschicke des Königreichs Polen dürfen nur diejenigen zugelassen werden, welche den parteiischen Stempel des Obersten Nationalkomitees tragen. Allen anderen ist der Zutritt dazu verboten, wenn sie auch neun Zehntel des ganzen Königreichs repräsentieren sollten, und wenn auch die Unproduktivität des Staatsrats bereits bewiesen hat, daß man ohne sie und gegen sie nichts unternehmen kann, weil die Gesamtheit im Königreich Polen sich nichts ausdrängen läßt. Trotzdem will man aber jetzt diesen bedeutenden Teil des polnischen Volkes von der Mitarbeit ausschließen, weil — in der „Einigkeit die Kraft ruht!“ — So ruft nämlich jetzt der falsche Chor jener kleinen Provinzblätter im Okkupationsgebiete, die ihre Existenz den Kraſauer Quellen des Obersten Nationalrates verdanken.

* * *

Das Oberste Nationalkomitee hat vor einigen Tagen unter dem moralischen Druck der Gesamtheit seine Liquidation angekündigt. Es hat sie jedoch noch bis zu jenem Augenblick verschoben, wo die polnische Regierung „alle seine Agenden“ werde übernehmen können.

Zwei Proben dieser Agenden wurden gerade in den letzten Tagen präsentiert. Wir haben sie aber geschildert. Die eine dieser Agenden heißt in der Sprache des Obersten Nationalkomitees „Schutz der Legionen“. In der Praxis setzt sie sich aber aus einer Reihe von Intriguen zusammen gegen die Aktion zugunsten der Legionen, die von den rechtmäßigen Vertretern des Landes unternommen wurde. Die andere Agende nennt sich „Vereinigung des Königreichs Polen zum Zwecke staatschöpferischer Arbeit“. Sie findet aber darin ihre Verkörperung, daß die angesehensten und einflussreichsten Sphären der polnischen Volksgemeinschaft von der Mitwirkung ausgeschlossen werden. In den letzten Wochen sahen wir außerdem allerdings noch eine dritte Agende, nämlich die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des Departements des „Schutzes der Legionen“.

Wir wissen noch nicht, wann im Königreich Polen eine Regierung zustande kommen wird, die die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen wird,

die Schäden wieder gut zu machen, welche das Oberste Nationalkomitee angerichtet hat. Es wird nämlich einer Herkules-Arbeit bedürfen, um das Erbe des Krafauer Augias wieder in Ordnung zu bringen. Bevor jedoch die künftige polnische Regierung im Königreich Polen an diese unangenehme Arbeit wird herantreten können, hat das polnische Volk das Recht, zu verlangen, daß das Oberste Nationalkomitee schon seine unglückselige Tätigkeit aufhebe, und daß es durch unverbesserliche Individuen seine Wühlereien nicht fortsetze, deren Synonym es selbst war. Wir wollen hier schon von der Frage der Verwaltung jener Fonds absehen, die unser Volk in der Kasse des Obersten Nationalkomitees im besten Glauben niedergelegt hat, da es der Ansicht war, daß sie im Interesse der polnischen Sache Verwendung finden würden. Wir hoffen, daß die künftige polnische Regierung im Königreich Polen eine klare Rechnungslegung verlangen und daß sie diese Rechnung dem polnischen Volke vorlegen wird, wenngleich das Oberste Nationalkomitee sich dieser Pflicht zielbewußt entzogen hat. Es ist aber nicht mehr erlaubt, der Sache der Legionen weiter zu schaden, und ebensowenig ist es erlaubt, eine Spaltung im Königreich Polen hervorzurufen; mit einem Worte, es ist nicht erlaubt, jene Methoden weiter zu kultivieren, durch welche man das Königreich Polen in einer so empfindlichen Weise Galizien entfremdet und der nationalen Sache unberechenbaren Schaden zugefügt hat.

Die polnische Regierung im Königreich Polen soll also künftig „die Agenden des Obersten Nationalkomitees übernehmen“. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß diese Übernahme gleichlautend sein wird mit der Ausschaltung alles dessen, was in diesen Agenden politische Unvernunft und vor allem demokratisierende Intrigue war. Bevor jedoch eine solche Übernahme erfolgt, haben wir schon genug an den bisherigen Praktiken. Wir haben genug des Flüsterns in den Vorzimmern, der Förderung der Zwietracht im polnischen Volke, der Bemühungen um parteiliche oder private Vergünstigungen, um den Loyalitätsstempel für ganze Gruppen oder um besondere Titel für einzelne Personen; kurz, wir haben genug der ganzen Wühlarbeit, über die mit dem Zwang einer Liquidierung sogar eine so geduldige Volksgemeinschaft quittieren mußte, wie es die in Galizien ist, eine Volksgemeinschaft, die Jahrzehnte hindurch dazu erzogen wurde, politische Korruption zu tolerieren. Wir haben also genug von alledem, was bis dahin schlangenartig um die nationale Sache zu schleichen suchte.

Wir wollen jetzt damit endlich abbrechen. Polen schreitet nämlich jetzt nach vorwärts. Mögen also jene Reste der Mlawischen Methoden zurücktreten, jene verrosteten Ringe unserer bisherigen Ketten und jene verpestete Zwingerluft, durch die das Blut ganzer Geschlechter vergiftet wurde, so daß diese Geschlechter bis zur Entartung degenerierten. Das Oberste Nationalkomitee mußte ja zurücktreten. Mögen also diejenigen, die seine Liquidierung übernommen haben, nicht vergessen, daß ihre einzige Aufgabe jetzt darin besteht, alles das zu unterlassen, wodurch die polnische Sache drei Jahre hindurch geschädigt wurde, und daß sie für die Erfüllung dieser ihrer Pflichten die Verantwortung tragen müssen. Daran wollen wir sie hier erinnern.

Aus Nr. 242 des Naprzód (Kraau)
vom 20. Oktober 1917.

Nachrichten über die Legionen.

Am Montag, den 15. Oktober, kam in Przemyśl Graf Adam Tarnowski an, nach dem der Major Mieniewski einen besonderen Boten nach Dzikow

geschickt hatte. In Gegenwart Tarnowskis fand am Montag vormittag eine Konferenz der Obersten statt. An dieser Konferenz nahmen auch die Mitglieder des Gerichtshofes teil, nämlich: Haller und Zajac. An demselben Tage begannen auch die Gerichtsverhandlungen gegen die Angeklagten aus dem I. Ulanen-Regiment; der Verteidiger beantragte die Vertagung der Sitzung; dieselbe wurde bis zum nächsten Montag ausgesetzt. Vorläufig wurde von den Obersten Bericht über die Sachlage eingefordert. Tarnowski versicherte, daß die Sache sich auf dem besten Wege befinde, d. h. daß die Legionen nicht mehr an die Front gehen, sondern nach dem Königreich Polen zurückverlegt würden. Man solle sich nur ruhig verhalten und keine Ausschreitungen zulassen. Dasselbe hat der Fürst Lubomirski geschrieben. Alle Hoffnungen stützen sich jetzt auf den Regentschaftsrat.

Aus Nr. 478 des Czas (Kraau)
vom 16. Oktober 1917.

Von der nationalen Rechten.

Am Sonntag, den 14. d. Mts. nachm. 4 Uhr, fand im Saale des Kreisrates eine Hauptversammlung der Mitglieder der nationalen rechtsseitigen Partei statt. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende der Partei, Erzellenz Józef Tarnowski, mit folgender Ansprache:

„Ich begrüße die geehrten Herren im Gefühl der Wichtigkeit des Augenblicks, in dem wir uns versammeln. Seit unserer letzten Versammlung ist eine lange Zeit verflossen, auch sind viele Ereignisse eingetreten, die einerseits unserm Vaterlande Unglück brachten, und andererseits vor uns die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für das polnische Volk aufblitzen ließen. Diese Hoffnung der Erstehung des polnischen Staates, die jeder von uns im Herzen hatte, aber deren Erfüllung wir in der Zeit unseres Lebens nicht erwarten durften, gab und gibt uns Kraft zur Ertragung aller Schrecklichkeiten, die uns der Krieg gebracht hat. Und wenn Gott unserem Volke tatsächlich eine bessere Zukunft beschert, dann werden wir im Gefühl des Glückes alle unsere Leiden auf dem Altare des Vaterlandes niederlegen.“

Gleich nach dem Beginn des Krieges haben alle Parteien in unserm Lande ihre Parteiziele vergessen und sich, von dem einen Gedanken belebt, dem Vaterlande zu dienen, für ein Programm erklärt, dessen Ausdruck die bekannten, am 16. August 1914 gefaßten Beschlüsse waren, die die Legionen und das „Oberste Nationalkomitee“ ins Leben riefen. Ebenso wie wir im August 1914 kräftig unsere Hand dazu boten, zwischen den Parteien eine Verständigung herbeizuführen, so hat auch im Laufe der Zeit der ausführende Ausschuß im Einverständnis mit der Krafauer Landtagsfraktion und nach der Konsolidierung im April 1916 auch im Einverständnis mit den oft galizischen Konservativen an allem tätige Teilnahme bewiesen, was real den Wiederaufbau des polnischen Staates bezweckte.

Wenn wir uns schon so lange nicht versammelt haben, so ist das nicht bloß infolge der Hindernisse geschehen, die der Krieg bereitet, sondern auch deshalb, weil wir uns mit andern Parteien solidarisch ausschließlich auf dem Boden der nationalen Politik stellten und es deshalb selbstverständlich nicht für notwendig erachteten, uns an die Parteien zu wenden und in ihrer Gegenwart andere Anträge und Gedanken zu berühren. Als aber vor einigen Monaten auf dem Gebiete der praktischen nationalen Politik eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit hervortrat, gaben wir unserer Überzeugung Ausdruck und gleichzeitig beschlossen wir, uns an die Parteien zu

wenden und sie um die Beurteilung des von uns eingenommenen Standpunktes zu bitten. Besondere Vorträge und deren Erörterungen werden Ihnen darüber Aufklärung geben, worauf die Unterschiede in den Anschauungen über die nationale Sache beruhen. Ich beschränke mich auf die Hervorhebung des Hauptgedankens und zwar: daß wir die Arbeit an dem Ausbau des polnischen Staates auf der Grundlage der Akte vom 5. November und vom 12. September als erste Pflicht jedes Polen in der gegenwärtigen Kriegszeit betrachten, daß wir ein allen Polen gemeinsames Ideal anerkennen und trotzdem auf realem Boden stehen und zur Erzielung desselben unsere Hand zu bieten wünschen, was sich im gegebenen Augenblicke erreichen läßt. Andererseits sind wir Gegner eines untätigen Abwartens bis die Bestimmung über unser Los entscheidet.

Wir wünschen also von Ihnen zu erfahren, ob sie mit unserm Standpunkte einverstanden sind und ob Sie bereit sind, diesen zu unterstützen und es infolgedessen für zutreffend halten, gegen die Arbeit aufzutreten, die die Schaffung der Unterlagen des polnischen Staates vor Beendigung des Krieges nicht zulassen will. Ich hoffe, daß wir alle auf diesem Boden stehen und daß die „Nationalen Rechte“ anerkennt, daß wir uns nach realen Rücksichten richten müssen. In dieser Hoffnung begrüße ich Sie, geehrte Herren, und eröffne die Sitzung.“

Alsdann referierten: W. L. Jaworski über die Lage der polnischen Sache und der Abg. Cäsar Haller über die gegenwärtige parlamentarische Situation.

Über diese Referate entwickelte sich eine längere Erörterung, und dann legte Herr Stanislaus Konojka folgende Resolutionen vor:

1. Die Hauptversammlung der „Nationalen Rechte“ nimmt mit Dank und Anerkennung den ihr vorgelegten Bericht der Herren Tarnowski, Jaworski und Haller über den Standpunkt und die Tätigkeit der Partei in der Zeit des Krieges entgegen.

2. Die Hauptversammlung drückt die Überzeugung aus, daß die Grundlage der polnischen Politik in der gegenwärtigen Situation der Ausbau des polnischen Staates auf der Grundlage der Akte vom 5. November und vom 12. September, sowie die Bildung eines polnischen Heeres sein müßte; in Österreich ist eine Politik aufrechtzuerhalten, die die Machtstellung Österreichs unterstützt und seine Stimme bei der Lösung der polnischen Frage stärkt.

3. Die Hauptversammlung drückt die Überzeugung aus, daß das polnische Hilfskorps als Stamm des polnischen Heeres verwendet werden und als solcher schleunigst in das Königreich Polen zurückkehren müßte.

Für die Fahntreue bringt die Hauptversammlung den Legionen ihre Huldigung dar.

Nach einer Ansprache des Grafen Johann Stadnicki wurden obige Resolutionen einstimmig angenommen.

Ebenso wurde folgende Resolution des Abgeordneten Haller angenommen: Nachdem die Hauptversammlung der „Nationalen Rechte“ mit größter Beunruhigung von den Vorgängen in Litauen erfahren hat, drückt sie ihre Überzeugung dahin aus, daß die verantwortlichen Faktoren ihren ganzen Einfluß geltend machen werden, damit die Entwicklung der Verhältnisse in Litauen dem Standpunkte und den Interessen des polnischen Volkes entspreche.

Endlich wurde auf Antrag des Herrn Adam Jendrzejowicz den konservativen Mitgliedern des obersten nationalen Komitees für ihre ausdauernde patriotische Tätigkeit dankbare Anerkennung zum Ausdruck gebracht.

Darnach erklärte der Direktor der gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaft, Dr. Franz Paszkowski namens des kontrollierenden Ausschusses, daß dieser

Ausschuß die Rechnungsbücher und die Kassen-Beläge geprüft und diese in vollständiger Ordnung gefunden habe und für den Ausschluß Entlastung beantrage. (Wurde beschlossen).

Schließlich wurde zur Wahl des ausführenden Ausschusses geschritten. Durch Zuzug wurden der Graf Józef Tarnowski als Vorsitzender der Partei und die Herren Dr. Stanislaus Starowiejski und Dr. Thaddäus Starczewski als stellvertretende Vorsitzende und der ausführende Ausschluß, sowie der kontrollierende Ausschluß in ihrer bisherigen Zusammensetzung gewählt.

Aus Nr. 478 des Czas (Kraakau)
vom 16. Oktober 1917.

Die Entente und die Passivisten.

...Zum Schluß muß die Bestürzung erwähnt werden, die nach den letzten Reden der politischen Männer der Entente Platz gegriffen hat. Die Tatsache, daß in diesen Reden die polnische Sache überhaupt nicht berührt wurde, hat ernüchternd gewirkt und insbesondere den Glauben an den Einfluß des Herrn Roman Dmowski geschwächt. „Wir sind isoliert!“ — sind die Worte derjenigen, deren Blicke bisher noch immer auf England gerichtet waren.

Aus Nr. 240 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 21. Oktober 1917.

Ein unberufener Gesandter Polens.

Im Moskauer „Echo Polskie“ vom 25. September lesen wir:

„Wieviel Vertreter Polens gibt es doch auf der ganzen Welt! Keine noch so große und glückliche Nation hat so viele Gesandte wie die Polen. Die „Polish Review“ bringt uns einige interessante Illustrationen zu dem sehr großen Buche, welches „unberufene polnische Gesandtschaft“ heißt. Irgend ein „Korrespondent“ des Blattes „Observer“ hat einen Artikel gebracht, welcher betitelt ist, „Russian Dmowski the Work of a Polish Statesman“, in welchem er feststellt, daß Herr Dmowski nach England gekommen sei und in den Ländern der Entente zusammen mit seinen Kameraden und Vertretern des Nationalkomitees zu dem Zwecke arbeite, die polnischen Interessen gegenüber den Koalitionisten zu vertreten. — „The Polish Review“ fertigt diese Behauptung in bestimmter Weise ab:

„Wer hat Herrn Dmowski eine diplomatische Mission übertragen? Doch wohl kaum der provisorische Staatsrat. Die polnische Kommission in Petersburg ebenfalls nicht, da seine einstigen Freunde zusammen mit ihm auseinander gegangen sind. Zum Glück hat der „Observer“ selbst über Herrn Dmowski eine andere, weit mehr entschiedene Meinung bei der Besprechung seines Vortrags über Polen geäußert: Roman Dmowski ist ein bekannter Parteileader in der ersten und zweiten Duma. Die nationaldemokratische Partei, deren Führer er war, gebärdete sich mehr nationalistisch als demokratisch, und die Desertion aus der russischen freiheitlichen Bewegung sowie die Verständigung mit der Autokratie haben bewirkt, daß die wahren Demokraten in Polen diese Partei nicht anzunehmen vermochten. Die polnische Demokratie stellt, so oft ihr die verantwortlichen polnischen Leaders in Warschau oder in Petersburg Ausdruck verleihen, Polen als im Einvernehmen mit dem Geiste der neuen russischen Regierung und der westlichen Demokratien befindlich hin.“

Überhaupt hatte Herr Dmowski in Cambridge kein Glück. Anlässlich des historischen Teiles seines

Vortrages über Polen wirft ihm „The Polish Review“ oberflächliche Geschichtsphilosophie vor und zitiert die Widersprüche und die unbegründeten geschichtlichen Urteile. — „Sogar die deutschen Schriftsteller haben eine klarere Anschauung bezüglich des polnischen Problems. Für sie ist der alte Geist der polnischen Verfassung eine „wahre Antithese der preussischen Idee“. Dmowski will den verderblichen Einfluß der Deutschen nachweisen. Der Leser braucht in der Lektüre des Dmowski'schen Vortrags — so sagt das englische Organ — nicht allzuweit zu gehen, um sich Rechenschaft abzulegen. „Die größte Gefahr für die polnische Existenz war Deutschland“. Dmowski gibt eine gewisse Gefahr von seiten der Romanows her vor dem Kriege zu, mit dem Ausbruch des Krieges hätten aber die Polen alle Kräfte angestrengt, um mit Rußland zum Einvernehmen zu gelangen. Damals — so erinnert „The Polish Review“ — standen die Polen Auge in Auge dem gegenüber, was die provisorische russische Regierung „Hypokrise der Versprechungen des alten Regimes“ nennt. Aber Herr Dmowski kennt die Sache natürlich besser, als die provisorische Regierung.

„Die Wahrheit“ — so sagt Herr Dmowski — verstehen viele aufgeklärte und denkende Leute in Rußland, und an ihrer Spitze sehen wir die großmütige Person des russischen Kaisers, welcher den im Großfürstenmanifest niedergelegten Ideen die Billigung erteilt.“ Dieser Absatz aus dem Dmowski'schen Vortrage ist wirklich würdig hervorgehoben zu werden. „The Polish Review“ erblickt in ihm ein charakteristisches Produkt der Spekulation des nationaldemokratischen Führers. Es charakterisieren ihn Mangel an Überblick, Leichtgläubigkeit und leichtes Hinweggehen über den lebendigen Fortschritt des Denkens und über die Meinung des Landes.

Wir haben die englischen Ansichten getreu wiedergegeben, damit man uns nicht der Parteilichkeit beschuldige. Polen hat tatsächlich Glück mit den unbefruchteten Gesandten, die ihm im Auslande einen schönen Ruf verschaffen.

Aus Nr. 934 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)
vom 20. Oktober 1917.

In der Befürchtung vor einem kräftigen polnischen Heere.

Kopenhagen, im Oktober.

Das „Bulletin“ des Vorstandes des Verbandes militärpflichtiger Polen brachte in Nr. 9 eine sehr charakteristische Nachricht. Der Befehlshaber des Stabes teilte mit, daß Kierenski es für unmöglich erachtet hat, das oberste ausführende polnische Komitee gegenwärtig zu legalisieren, weil die ihm von dem Kongress in Petersburg vorgeschriebenen Aufgaben die Grenzen überschritten, die von der vorläufigen Regierung vorzeichnet seien und sich nur für ein polnisches Korps ausprägen. Die vorläufige Regierung wolle nicht zugeben, daß aus allen Polen der russischen Armee ein besonderes Heer gebildet werde. Angesichts dieser Tatsache hat der Befehlshaber der westlichen Front — trotz des genehmigenden Telegramms des Oberbefehlshabers — es abgelehnt, zum Stabe des Heeres und für die Militärbezirke Kommissare zu berufen und einzusetzen.

„Indem wir diese traurige Nachricht bringen — so wehklagt „Bulletin“ — können wir unsere Verwunderung über den Standpunkt des Herrn Kierenski im Verhältnis zu den militärpflichtigen Polen nicht unterdrücken, zumal doch eine Erklärung der vorläufigen Regierung besteht, die uns die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht zusichert.“

Auf eine Anfrage des Vorstandes des Verbandes, wie es mit der Sache der Polonisierung eines Bataillons des Lagers und der Ingenieurabteilung der zweiten Armee stehe, antwortete der Befehlshaber des polnischen Korps, daß die geplante Polonisierung dieser Abteilungen auf die Ablehnung der obern Behörde gestoßen sei.

So tritt die Tatsache langsam immer deutlicher hervor, daß Rußland, nicht einmal das revolutionäre Rußland, ein polnisches Heer bei sich haben will.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS

1900